INTERIM

auswärts 2,50 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2 DM

ZEITUNG FÜR EINFACHE LÖSUNGEN!!

Nr. 184/185

19. März 1992

Vorwort:

Werte LeserInnenschaft:

Daß unsere anspruchsvolle Zeitschrift letzte Woche nicht erschienen ist. konnte ja nicht unbemerkt bleiben und hat zu allerlei Spekulationen Anlass gegeben. Der Grund war allerdings eine technische Panne unter uns selbst.
Wir können an dieser Stelle nur noch einmal betonen, daß dieses Heft nur so gut sein kann wie seine Vorlagen; sowohl inhaltlich natürlich aber auch technisch., Sucht euch also gute Kopierer. und außerdem: Redaktionsschluß ist montags; was Dienstag bei uns ankommt, kann nur noch in Ausnahmefällen berücksichtigt werden. Einige Beitäge, die eigentlich für die letzte Nummer vorgesehen waren haben wir als Block in die Mitte genommen.
Gut fanden wir, daß sich auf der Veranstaltung am letzten Sonnabend verschiedene ausländische Jugendgangs zusammengeschlossen haben, um zukünftig nicht mehr gegeneinander, sondern vereint gegen Rassismus und Naziübergriffe zu kämpfen. Gegen Ende der Veranstaltung kam es dann noch zu einer Schlägerei v.a. zwischen Mitgliedern zweier Gangs, nachdem sich eine Person von der Einlaßkontrolle nicht nach Waffen durchsuchen lassen wollte. Im Anschluß daran wurden noch in der gleichen Nacht die Scheiben von dem Laden in der Adalbert 6 zertrümmert. Wenn die Meldung von einer an diesem Abend im SO gelaufenen "versuchten" Vergewaltigung stimmt, so muß die Auseinandersetzund darüber öffentlich geführt werden und sie muß Konsequenzen haben.

Das Frauenpapier zum Antirassistischen Zentrum ist von den Verfasserinnen für die Interim gekürzt worden. Die ausführliche Version wird demnächst für Frauen (wahrscheinlich) in der AMAZORA) zu finden sein
PS Liebe Antifas: Eure Post ist bei uns damals angekommen und die Sachen haben wir kompetenten Menschen weitergegeben. - Kein Grund zur Sorge also.

Inhalt:

Ordner:

Äthiopien
N.Hofmeier 2/3Anhörung
Kriminalisierung des Umweltzentrum
LPD Berlin
Männerpapier HH
Aktion 3. Welt
BP
Bolschewik zur Stalindisk. 91
ECN(s.S.11)
Einladung Reichstagsgespr.
Reps im Kiez (v.letzter Woche)

Impressum
Gesamtherstellung: Eigendruck im Selbstverlag
Herausgeberin: Interim e. V. Gneisenaustr. 2a 1000 Berlin 61
Redaktionsanschrift: s. o.
V.I.S.d.P.: Charlotte Schulz

SELBSTVERPETZUNGSSCHREIBEN

WIR HABEN AM **16.3.** DAS VORDER- UND HINTERHAUS DER MAINZER STRASSE 2 MIT FARBBEUTELN ANGEGRIFFEN.DIESE AKTION SOLL SICH ABER NICHT GEGEN DIE DERZEITIGEN BEWOHNER DER HÄUSER RICHTEN,DA DIESE SELBST AM UNTERSTEN ENDE DER WOHNRAUMSPEKULATION UND DEM GESCHÄFT MIT DER MAINZER STRASSE STEHEN.

WIR FORDERN EUCH ABER AUF AKTIV GEGEN DIE KAHLSCHLAGSANIERER UND HAUSBESITZER MITTELS SÄMTLICHER AKTIONSFORMEN (TRANSPARENTE GEGEN MIETWUCHER UND SPEKULANTEN RAUSHÄNGEN,MIETBOYKOTT UND GEZIELTE SABOTAGE Z.B. DER STROMZÄHLER UND DES WACHSCHUTZES) VORZUGEHEN UND AUS DER ANONYMEN MASSE DER BEFÜRWORTER DIESER POLITIK, DIE MAL EBEN SO 80 MILLIONEN DEUTSCHMARKS AUSSPUCKEN KANN,UM IHR NICHT GENEHME AUTONOME WOHN- UND LEBENSPROJEKTE DURCH EINEN PARAMILITÄRISCHEN POLIZEI-EINSATZ UND EINER BEISPIELLOSEN HETZE DER ACH SO NEUTRALEN MEDIEN AUS DEM WEG ZU RÄUMEN,AUSZUSCHEREN UND DAMIT ZU ZEIGEN,DAß IHR NICHT AUF DER SEITE DIESER MIESEN GESCHÄFTEMACHER UND UNTERDRÜCKER STEHT!!!

WIR HOFFEN,DAß EUCH DIE NEUE FARBLICHE GESTALTUNG DES INNENHOFES GEFÄLLT;DIESES PISSGELB WAR JA NICHT ZU ERTRAGEN!

SCHAFFT 1,2,3 .... VIELE MAINZER STRASSEN!
WIDER DAS VERGESSEN! MAINZER LEBT!
ZUSAMMENLEGUNG DER HERRSCHENDEN KLASSE
IN 1-2 GROSSE GRUFTEN!

EINE AKTION DES AUTONOMEN VOLXSPORTS IN ZUSAMMENARBEIT MIT DEN UMHERSCHWEIFENDEN HASCHREBELLEN

MACHT KAPUTT WAS EUCH KAPUTT MACHT

ptotokoll des Koordinierungstreffens für eine revolutionäre 1.mai-demo

einige gruppenund einzelpersonen haben sich letzte woche getroffen und überlegt,wie dieses jahr der 1.mai aussehen könnte. dabei kam heraus, daß niemand deranwesendenbereit war, sich dieses jahrwiederin ein plenum zu begeben, das die zentrale 1.mai-vorbereitung darstellen würde. in bezugnahmeauf das vor einigen wochen in der interim veröffentlichtem papier ~~verstehen~~ verstehen wir uns als koordinierungstreffen, das v.a. die techniks wie anmeldung,route, erste reihen... koordinietr. die inhaltliche bestimmung soll von allen an der demo teilnehmenden gruppen und personen erfolgen und nicht mehr von einem zentralen vorbereitungsplenum, das sich dann nach wochen doch nicht einigen kann. wir möchten aber daß noch vielmehr sich an der koordinierung beteiligen und rufen deswegen alle interessierten auf sich daran zubeteiligen. fest steht bis jetzt, daß es eine demo ab 13.00 uhr oranienplatz geben wird. darüber hinaus gibt es zwei vorschläge für eine route :1. nur im 36er kiez. 2. kurzer schlenker durch 36 (o-str., mariannen, walde), dann luckauer, o-str.,zu springer und taz, dann treuhand zur friedrichstr., bis oranienburger durchs scgeunenviertel zum sitz von diepgen wieder zurück zum kiez (mariannenplatz- abschluß). diese zweite route ist mit dem vorschlag gekoppelt, danach in der o-str. zwischen platz und heini ein internationalistisches fest zu macgen an demsich auch die läden in der strasse beteiligen sollen. ein weiterer vorschlag für ein fest war eins am schlesischem tor/ oberbaumbrücke zu machen. heir gibt es schon die überlegung der bi gegen den autowahnbau an diesem tag diesen bereich zur fußgängerInnenzone zu erklären, was sich ja dann koppeln ließe. darüber hinaus plant die bi für den 10.mai einen aktionstag und der baubeginn ist voraussichtlich mitte juni.
~~weiter~~ weitergibt es eine gruppe, die vor dem 1.mai eine internationalistische veranstaltung mit film, beiträgen, essen, musik. ferner wollen die, die den 20.4 vorbereiten diesen auch in die mobilisierung für den ersten mai stellen. und wahrscheinlich wirds es eine vv vor mitte april geben und eine nach dem 20.4.
das nächste koordinierungstreffen soll ende märz sein. dann sollen die fragen von route, fest, rahmenprogramm, demoanmeldung schon endgültig geklärt werden. meldesystem, lautsprecherwagen, redebeiträge ... sollen dann auf einem weiteren treffen besprochen werden.
weil es kein zentrales plakat und keinen zentralen aufruf gibt, sind alle gruppen aufgerufen, eigene plakate und aufrufe zumachen und zu verteilen....
besonders fürs fest ~~wi~~ werden noch leute gesucht die mitmachen wollen.
. beteiligt euch an diesen diskussionen und überlegt euch selbst eigene mobilisierungen. fragt nach dem nächstem koordinierungstreffen.
FÜR EINE ~~XXXX~~ STARKE REVOLUTIONÄRE 1.MAI-DEMO !!!

1. MAI

2.veränderte Auflage

Wir rufen die Jugend der Welt

Coca-Cola

M B W

McDonal

Gedanken zum Veranstaltungsort des 1.Mai-Festes

Tja, wie den revolutionären Charakter der Demo und des 1.Mai-Festes wahren, ohne vom sonstigen Alltag abzuheben?
Eine deutsche,imperialistisch-strategische Variante ist es wohl den Hauptstadtcharakter Berlin's herauszustreichen.
Berlin, also ein "Herz der Bestie" funktioniert nur einwandfrei, wenn das Blut in den großzügig angelegten Arterien fließt und nicht permanent staut,mit vielen kleinen zulaufenden Äderchen (Stadtring). Dieser Herzblutkreislauf, wird erst durch die bauliche Erschließung der Oberbaumbrücke und des Nordbahnhofs reibungslos funktionieren können! Ohne deren Integration in die bauliche Planung packt's die Pumpe nicht!
Da gibt's ja noch Olympiapläne,Brot und Spiele für's Volk und,und...
Es geht da also nicht nur um Autowahn,Naturzerstörung,Wohnniveau-senkung etc.,wie uns die "fortschrittlichen,reformistisch motivierten Politprofis vorproblematisieren wollen.
Um also der imperialen Strategie der "Ruhe im (Hinter)Land" entgegenzuwirken, müsste es doch für revolutionär motivierte Kräfte da um die Störung - mindestens -,ja Zerschlagung des fortgesetzten Aufbaus eines "deutschen Nationalgefühls und einer lokalpatriotischen "Berlin - Hauptstadt - Stolz - Euphorie" gehen. Diese hätte denn logischerweise ,- offen rassistisch - frei von Flüchtlingen und ChaotInnen zu sein.
Die Mißstände im "eigenen (Hinter)Land (z.B. Wohnungsnot,neue Armut etc.) werden versucht mit Reformen (Perfektionierung des Wohlfahrtsstaates) beruhigt zu werden. Dafür werden anderswo (Golf)Kriege inszeniert um die dafür notwendigen durch Ausbeutungsbedingungen garantierten "Auslandsprofite" zu sichern.

"Das Privateigentum muß Heil bleiben."

Klar also ein 1.Mai - Fest an der Oberbaumbrücke ?

Nicht in der Oranienstr. - viele kleine Läden, verunmöglicht eigene gezielte Militanzpraxis

Lausitzerplatz - auch hier selbstgewählte Militanz durch den "Krawallmythos" nicht mehr durchführbar!

Görlitzerpark - sein aktueller lokaler Bezug ist genutzt worden,deshalb und wegen fast gleicher Platzabgeschlossenheit nun Oberbaumbrücke.

Die Oberbaumbrücke, ein Nadelöhr zwischen OST - und WEST - Berlin, dem GHETTO K (reuzber) 36 und dem REST (Berlin).
Zwischen OST - und WESTufer seitlich links und rechts von der Brücke pendeln unsere Fährboote.
In der Falckensteinstr. stehen vor der Brücke bereits Stände und die Bühne in Richtung Friedrichshain als symbolischer? "Antifaschistischer Schutzwall".
Wenn es dort zur Bambule kommen sollte können Stände wie "Gäste" auf der Brücke in geruhsamer Hektik freiwillig abdüsen.
Wird das 1.Mai Fest von "unseren" staatlichen Organen angegriffen, nehmen wir dies zum Anlass unsere revolutionäre Stadtplanung vorzeitig beispielhaft zu praktizieren. Das heißt, jedes Baufahrzeug, jedes Bauschild, jeder große Straßenpflaster, verfügbare Schnellbeton und mitgebrachte Spitzhacke von unserem BauarbeiterInnenblock wird für die revolutionäre Umgestaltung der Oberbaumbrücke bis zum Kottbusser Tor, - kurzfristig -, und langfristig -, über Friedrichshain bis Nordbahnhof und da zurück zum Kottbusser Tor (**Stadtring**) unermüdlich, selbstlos mitarbeiten und stetig brennendes Interesse für eine autofreie FußgängerInnen und Volxsportspielzone bekunden.
Die dabei auftretende Vielzahl unserer VolxsportathletInnen wird denn die bestehende Vielfalt der für Olympia zur Qualifikation bereitstehenden Volxsportkünste eindrucksvoll demonstrieren können.
Damit sei denn zumindest kurzfristig der Stadtplanung "unserer" geldgierigen Betonmafia ein genüssliches Ende bereitet.
Nach einer so behutsam vorgetragenen Öffentlichkeitsarbeit dürfte für das 1.Mai Fest an der Oberbaumbrücke der selbstbestimmbare Veranstaltungsablauf wohl maximal gesichert erscheinen.

PS: Wäre als Gegenstück zur Oberbaumbrücke ein Fest am Nordbahnhof nicht naheliegend?

Zur Anti-Olympia-Streitschrift "SchMächtige Körper"

Drei Gedanken, die nicht im Gegensatz zur Streitschrift stehen, sondern als Ergänzung dazu gedacht sind:

1) Deutsche Seele oder Olympiamacher?

Das AOK scheint sich verdoppelt zu haben in AOK und AOK/Opposition. Der Grund: Wie soll man den eigenen politischen Standort gegen Olympia bestimmen - im Hinblick auf Bündnisse/Mehrheiten oder radikal ohne Kompromisse? Wie auch immer, die AOK/Opp weiß vor allem dieses eine, daß sie keine Bündnisse mit der "deutsche Seele", verkörpert in schollengeilen Schrebergärtnern, eingehen werde. Was sollte verkehrt sein an dieser Position?! Sie ist so richtig wie unbrauchbar im Hinblick auf die Bestimmung eines eigenen politischen Standpuntes, um den es doch eigentlich gehen soll in der Streitschrift. Stattdessen mehrere Seiten Einfühlung in die deutsche Seele, ihre Mentalität, ihre Vorlieben und Gelüste (bes. 17/8) - was erschreckend leicht zu fallen scheint. Dahinter verschwindet der Blick auf diejenigen, die konkret "deutsche Seele" produzieren. Nämlich die Olympiaplaner und Akzeptanzförderer, die sich ebenso in die deutsche Seele eindenken, um ihr Olympia schmackhaft zu machen. Die muß man namhaft machen! Coubertin, March, Daume... statt Schrebergärtner-phantome. Deswegen haben auch die Stellen in der Streitschrift, die Namen von Planern, Architekten, Olympia-Managern nennen und Personen mit bestimmten Plänen in Verbindung bringen, eine viel größere kritische Kraft als atmosphärische Unterstellungen und Mentalitätserforschung der deutschen Seele.

2) Wie unterbricht man faschistische Kontinuitäten dort, wo sie bewußt gesucht werden?

Der politischen Standort der AOK/Opp. steht in den Koordinaten der Geschichte, der Geschichte der olympischen Spiele un der Geschichte Deutschlands, die sich am Punkt der Nazi-Spiele 1936 in Berlin kreuzen. "Wir würden uns etwas vormachen, schnitten wir aus unserer Arbeit die Vergangenheit des Nazi-Reiches heraus. Dieses ist unser Pfand: das Wissen, das wir besitzen, ist ein Sich-erinnern" heißt es in der Streitschrift (24). Zwei Drittel der Streitschrift umfaßt die Arbeit des Sich-Erinnern und das ist tatsächlich die einzige Möglichkeit, um einen politischen Standpunkt gegen Olympia einzunehmen.

Der Haken dabei: auch das Olympia-Kommitté erinnert sich. Ganz bewußt sucht es historische Orte auf, um wie 1936 das IOC ins Pergamonmuseum einzuladen oder das von March/Speer erbaute Stadion im Jahr 2000 zu nutzen. Allein im Aufdecken von Faschismus-Kontinuitäten liegt angsichts solcher dreisten Nazi-Bezüge dann nicht mehr die ganze Kritik, der ganze Angriff. Es genügt nicht zu sagen: "An einem solchen Ort dürfen olympische Spiele nie wieder stattfinden" (Streitschrift, 21). Denn dagegen steht das "jetzt erst recht"/"gerade weil" der Macher, zwischen inszenierter Wiedergutmachung und Revision der Geschichte.

Diese offensive Faschismuskontinuität kommt in der dummdreisten Variante des "jetzt erst recht" vor, mit dem Wind des Sieges über die Nachkriegsgeschichte (sprich "Kommunismus") im Rücken. Das "Endlich wieder Deutschland" trifft den Nerv, der solange eingeklemmt zwischen verlorenem Weltkrieg und Schuldvorwürfen lag. In einer verfeinerten Variante wird Faschismuskontinuität ebenfalls nicht mehr geleugnet, sondern offensiv eingesetzt mit einem "gerade weil...". Weil Verdrängung out ist, wird das Sich-der-Geschichte-stellen zur Chance und Möglichkeit der geschichtlichen Aufarbeitung umfunktioniert. Die sieht dann etwa so aus wie in der Akzeptanzförder-Broschüre "Werkstatt-Olympia Journal", wo auf 4 Seiten Krieg, Sport und Nationalsozialsmus aufeinander und auf die bevorstehende Olympiade in Berlin

bezogen werden, um zu dem Schluß zu kommen: "Daß man sich dem Fest von 1936 zu stellen hat (...) So bietet sich ein materialästhetischer Zugang geradezu an: Die imaginären Räume, ihr Material und ihre Organisationsformen könnten ihrerseits für ein offensives ästhetisches Probehandeln (...) dienen..." (aus der 0.Nr Juli/Aug.1991).

Gegen so einen ästhetisierenden Kram läßt sich wirksam nur argumentieren, wenn die Genauigkeit der geschichtlichen Sachverhalte dagegen gesetzt (die Streitschrift ist tatsächlich viel genauer!) und darüberhinaus diese offensive Anknüpfung an den NS-Faschismus als Akzeptanz-Strategie bloßgestellt werden kann.

3) Olympische Spiele verhindern oder olympischen Spiele in Berlin verhindern?

Angesichts der offiziellen Strategie, Olympia **gerade** in Berlin, ist die Position, die das bloß verneint, die dagegen bloß ein Tabu der Orte setzt, nicht nur unwirksam, sie bringt sich auch in die Nähe zu einem Nationalismus mit negativen Vorzeichen. Die Verneinung der besonderen Orte bestätigt schließlich auch eine Sonderrolle Berlins, Deutschlands. Sie mündet im Bezug auf Anti-Olympia in die Position der AOK/Opp.: "Es geht um die Olympischen Spiele in Deutschland" (25). Die Betonung liegt auf Deutschland.

Um nicht auf der gleichen Ebene wie die Olympiaplaner zu verharren, nur mit negativen Vorzeichen, müßte die Stadt selbst in den Mittelpunkt der Kritik geraten. Diese Stadt mit ihren historischen Speichern, den Bauten und Orten, war während der Mauer einfach nur da, auf Eis gelegt. Kein Showmaster aus Politik und Wirtschaft, der sie als Kulisse für historische Ereignisse benutzte, der sie für deutsche Größe funktionalsieren wollte, sondern einfach vernachläßigt, immer ein bißchen peinlich, daß es die geteilte Stadt gab, die an unrühmliche Zeiten erinnerte. Jetzt aber kann der ganze wabernde Historismus in der Architektur und den Orten hemmungslos und ohne Unterschied zwischen Preußen und NS aktiviert werden. - Auftrieb für das spezifische Berlin- und das allgemeinere Deutschland-Gefühl. (Neuerdings wird ja in diesem Zusammenhang an das Berliner-Care-Paket-syndrom appelliert - die olympischen Spiele als verspäteter Dank...). Die aus geschichtlicher Erstarrung erwachende Stadt kann ihrer Anlage gemäß wieder Weltstadt werden. Die Orte, an denen Geschichte brachlag, verwirklichen sich und darin liegt die eigentliche Kritik: die Gebäude lassen sich ohne weiteres eingliedern, in ihre ursprünglichen Funktionen wieder einsetzen. Die Kritik richtet sich gegen die innere (im Gegensatz zu der aufgesetzten, propagandistischen) Kontinuität der Stadt, ihre in den Orten und Gebäuden gespeicherte repräsentative Hauptstadt, die Olympia-macher nicht erst erfinden, nur nutzen müssen.

Neben der Kritik am **Ort** der Spiele müßte auch die Sache, die Spiele selbst betont werden. Die Position des AOK/Opp., die Spiele **vor allem in Berlin** zu verhindern, steht eigentlich im Widerspruch zu der treffenden Analyse der Rolle des Sports in der Streitschrift. Sie müßte doch eher in die Position münden, Olympiaden überhaupt zu verhindern. Denn an den "schMächtigen Körpern" würde sich mit einer Verdrängung der Spiele aus Berlin nach sonstwohin nichts ändern. Überall werden SportlerInnen auf ihren profitablen, experimentierbaren Körper reduziert oder nur noch als Störgröße in dem Kommerzspektakel gehandelt werden. Der Zusammenhang von Sport und Krieg (als Kriegsersatz) wird durch die Verhinderung der Spiele in Berlin jedoch noch nicht aufgebrochen. Beide Koordinaten, Geschichte Deutschlands und Geschichte der olympischen Spiele ergeben zusammen den Standpunkt einer Position gegen Olympia.

Sibby Patzke

2. Aufruf zum Antifaschistischen Aktionswochenende in Leipzig !

Bundesweiter Faschistenaufmarsch am 21.3.92 getarnt als "Anti-Drogen-Demo" !

Angezettelt haben diese Demo bekannte Nazigrößen (s.a. Interim 182 S.14). Dieser als "Anti-Drogen-Demo" getarnte Aufmarsch am int. Anti-Rassismus-Tag ist eine Provokation und der Versuch Leipzig zu "säubern", (wie es die Faschisten schon in Linz gemacht haben.).
Wir rufen deshalb alle antifaschistischen Kräfte auf, uns schon ab Freitag, 20.3. bei der Sicherung der besetzten Häuser, von StudentInnen- und Ausländerwohnheimen, sowie unseren Treffpunkten zu unterstützen ! Am Samstag, 21.3. wird es um 13^{30}h eine Gegendemo geben.
Treffpunkt ist: Connewitzer Kreutz (s. Plan). Unsere Demo geht zum Marktplatz, 200m weiter treffen sich die Faschisten um 17^{00}h auf dem Sachsenplaz.
Am Abend ist im Eiskeller HC-Konzert, dort ist auch der Treffpunkt für Leute, die noch bis Sonntag bleiben können. Das ist wichtig, denn es werden Angriffe von Faschos erwartet, die wir verhindern wollen!
Der Eiskeller ist in der Koburger Str. 3, 7030 Leipzig. Dort ist auch die Anlaufstelle für Schlafplätze. Telefonisch erreicht ihr den Eiskeller unter (Vorwahl von W-Berlin: 03741) 311044.
Die Leipziger AntifaschistInnen haben sich entschlossen, den Faschistenaufmarsch mit allen Mitteln zu bekämpfen. Zum einen durch :
- mobilen Einsatz diverser kleiner Gruppen, die operativ Faschoansammlungen unmöglich machen. Zum anderen durch
- eine offensive Demo für antifaschistische Selbstbestimmung.

<u>Wie kommt Ihr zum Eiskeller?</u>
mit Straßenbahn Nr.28, 9 Haltestellen vom Hauptbahnhof aus, in Richtung Markkleeberg–West
oder mit Nr. 58, 10 Haltestellen von Friedrich–Engels–Platz auch in Richtung Markkleeberg–West
Weitere Infos im Plan

Das "Conne Island" (ex -Eiskeller) Koburger str. 3 (Connewitz) plant:
FREITAG: Treffen, Koordination, Essen + Trinken, Abends Konzert(HC) mit "Sleepy Lagoon D.C." & "Articles of Faith" (USA)
SAMSTAG: Treffen, Koordination, ESSEN + Trinken, Musik mit unseren ausländischen Freunden, Nachmittags Demo, danach im Ladencafe, Infostände, Musik und abends Konzert (HC) mit "Violent Arrest" & "Born Against" (USA)
SONNTAG: ESSEN + Trinken für alle + Abreise.

BULLENTERROR GEGEN ANTIFAS IN PASSAU

Das USK schlägt wieder zu. Schon ein paar Stunden vor der Demo wurde versucht, die Nibelungenhalle, den Veranstaltungsort der DVU, zu blokkieren. Die Antifas wurden vom USK brutal auseinandergetrieben. Zwei Stunden später wurde eine größere Gruppe von Antifas, die auf dem Weg in die Innenstadt waren, willkürlich von Bullen angegriffen und über Bahngleise gejagt. Dabei wurden 18 Leute festgenommen, hauptsächlich aus dem Ruhrgebiet. Gegen sechs von ihnen wurde Haftbefehl erlassen, d.h., sie sitzen immer noch in der JVA Passau. Einer von ihnen wurde zusammengeschlagen. Offensichtlich handelt es sich um einen erneuten Versuch von Kriminalisierung und Einschüchterung von AntifaschistInnen durch die bayerischen Justiz.

Wie es mit den Leuten im Knast weitergeht, ist jetzt noch nicht abzuschätzen. Im Augenblick sieht es so aus, daß sie bis zum Haftprüfungstermin mindestens zwei Wochen drin bleiben. Wir wissen aber noch nichts genaues darüber, was ihnen vorgeworfen wird. Genaueres, Einschätzungen und Infos werden noch veröffentlicht, wenn wir mehr wissen. Auf jeden Fall erstmal schöne Grüße und viel Kraft den Gefangenen.

who is who - nachschlag

wir sind auf unbeschreibliche weise an das notizbuch des rep-funktionärs detlef dressler gelangt. wir haben es ausgewertet, hier die ergebnisse.

- das notizbuch enthielt rep-unterlagen, persöhnliches und material des "sportlichen vereinigung süden 09 e.v."
- dabei handelte es sich um terminnotizen, quittungsblocks, mitgliederlisten, anwesenheitslisten usw.
- außerdem fanden wir originaldokumente wie mitgliedsausweise, post, ämterkorrespondenzen usw.

fast alles material stammt aus dem verlauf des jahres 1990, ist also nicht ganz aktuell. einiges war auch neueren datums. wir haben sämtliches material nach den daten der reps durchgesehen und so einige komplette adressensätze zusammenbekommen. dabei haben wir nur personen berücksichtigt, die e i n d e u t i g aufgrund der unterlagen als reps, sympathiesanten/-innen oder funktionäre/-innen zu identifizieren waren.

- d.d. ist nicht nur vorsitzender des ortsverbandes 7, sondern auch der s.v. süden 09. wir haben in den vereinslisten aber kaum reps gefunden.

detlef dressler
gallwitzallee 39 1/46
7757239
vw-bus: b-at6549
vors. ov7 im kv steglitz

barsch, fritz
7745532
ex-rep-funktionär

birkholz, ekkehard, dr.
bernsteinweg 82 1/47
732486

Republikaner sind Menschen wie Du und ich,
mit menschlichen Vorzügen und Schwächen,
auf jeden Fall aber Demokraten,
die sich für Freiheit, Ordnung und Gerechtigkeit einsetzen
und die Polizisten auch Polizisten nennen.

REP

Dr. Ekkehard Birkholz · Bernsteinring 82 · 1000 Berlin 47 · ☎ 732486

brengelmann, harald
rheinstr. 23 1/41
8517221

dallmann, karsten
ramsteinweg 31a 1/37
8158964

erling, tom
dilgesstr. 32 1/46
7736343
ex bvv-mitglied

häsler, michael
berkerstr. 7 1/41
8553832

hardel, karl-heinz
borussiastr. 14 1/42
7525714

harder, wilfried
7517855

hoepner, detlef
kaiser-wilhelm str. 88 1/41
7746423

hoffmann, jürgen
7123815
schwatlowstr. 15 1/45
elektroanlagen-hoffmann

janisch, stefan
parallelstr. 5 1/45
7726830
ex rep funktionär

janisch, th.c.
7527420

jeschke, werner
gritznerstr. 25 1/42
7925145

jeschke, marie luise (s.o.)

kaindl, oliver
lauterstr. 7 1/41
8513781
mitgl.nr.29053

kaindl, gerhard
lauterstr, 7 1/41
8513781
mitgl.nr. 14714
gesch.führer d. analog-modul kaindl 7928472

mach, horst
alsenstr. 16 1/41
7928427

männel, mario
tempelhofer damm 185 1/42
7527123
vereinsbetreuer svs

miosga, richard
sulzaerstr. 16 1/33
8262527

pepa, lothar
bischhöfsgrüner weg 69 1/46
7744754

pepa, alfred
b. weg 65 1/33
7742773

rudek, t.
fregestr. 15 1/41
8526268
mitgl.nr. 8315

ANALOG-MODUL KAINDL GmbH
Modulare Stromversorgungssysteme
Analogelektronische Systeme
Computerperipherie für Meß- u. Regelsysteme
Gedruckte Schaltungen
Poschingerstraße 34 · 1000 Berlin 41
Telefon 030/792 84 72 · Fax 792 48 25

GERHARD KAINDL
Geschäftsführer

Kontaktadresse:
Oliver Straube
Postfach 41 00 21
1000 Berlin 41

schröder
6926700
stellvertr. ortsvors.

straube, oliver
albrechtstr.
7912057
pr-abteilung (rep-info)

trippler, manfred
bröndbystr. 30e 1/45
8179296
mitgl.nr. 10216

werner, lars-michael
hohenbornweg 11 1/46
7757282
kreis gesch. führer

Ausnahmegenehmigung

Der Polizeipräsident in Berlin, Platz der Luftbrücke 6, 1000 Berlin 42, (Eingang A 1), Zimmer 2687

GeschZ (bei Antwort bitte angeben) Dez SV 22 3-0819 3	Fernruf Vermittlung 699 0 App. Durchwahl 699 3 47 90	Datum 16.10.1990

Aufgrund des § 46 (1) Nr. 8 der Straßenverkehrsordnung (StVO) vom 16.11.1970 (GVBl. 1971 S. 77) wird unter dem Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs folgende Ausnahmegenehmigung erteilt

Genehmigungsinhaber (Name/Anschrift) Die Republikaner Kreisverband Steglitz, c/o Herrn Detlef Dressler, Gallwitzallee 39, 1000 Berlin 46, Tel.: 7757239

Genehmigung zur Aufstellung und Betreibung
☐ eines beweglichen Straßenhandelsstandes ☐ eines beweglichen Schankvorgartens ☐ eines beweglichen Informationsstandes -10- ☒ mehrerer beweglicher Info-Stände (s. Anlage)

☒ Zweck: Information über die Partei (Wahlkampf)

maximale Standfläche (Länge x Breite)	Gültigkeit der Genehmigung - bis zum
3 x 1 m (Tisch)	1. Dezember 1990

Aufstellort

C.O.T.R.(M)

Innere Sicherheit Nr. 1 vom 28. Februar 1992

Militanter „Antifaschismus" im Aufwind

1. – *IS 2/BfV* – Ausländerfeindliche Übergriffe von Rechtsextremisten und Skinheads haben dem militanten „Antifaschismus" neue Nahrung gegeben; die Extreme schaukeln sich hoch.

1.1 Autonome sehen seit eh und je im „Antifaschismus" eine Möglichkeit, ihre Strukturen zu festigen und ihren subversiven Zielen näherzukommen. So schrieben Autonome aus Göttingen in einem „Diskussionspapier zur autonomen Organisierung" (August 1991): Mit der Räumung besetzter Häuser und der Durchsetzung – aus ihrer Sicht – imperialistischer Großprojekte wie Startbahn West, Brokdorf und Gorleben seien den Autonomen die wichtigsten Standbeine genommen worden. Große Teile der Szene wollten nur noch ihre eigenen Nischen erhalten. Dies reiche jedoch nicht. Notwendig sei letztlich ein revolutionärer Umbau der Gesellschaft, eine Zerschlagung des alten Machtgefüges. Autonome sollten sich unter dem Vorzeichen „Antifa" organisieren – von den Städten und Gemeinden bis zu bundesweiten Treffen. Die Stärke des „autonomen Antifaschismus" liege in dessen großer Mobilisierungsfähigkeit. Über die „antifaschistische Selbsthilfe" werde militante Praxis in den eigenen Reihen verankert und von anderen Menschen als legitim akzeptiert. Die Auseinandersetzungen mit Nazis führten zwangsläufig zur Auseinandersetzung mit der Staatsmacht, den „Bullen"; damit erreiche der Kampf neue Dimensionen. „Autonomer Antifaschismus" sei der beste Hebel, „antiimperialistische Politik" zu vermitteln.

1.2 Was mit „antifaschistischer Selbsthilfe" gemeint ist, verdeutlicht eine (undatierte) Broschüre „Die antifaschistische Selbsthilfe organisieren". Darin fordern „autonome Antifaschisten" zu militanten Angriffen auf Rechtsextremisten auf. Ein erster Schritt sei, Bilder und Adressen von Faschisten zu veröffentlichen; damit würden diese erkennbar, beobachtbar und angreifbar. Es sei wichtig, ihre Verbindungen, Treffpunkte, Wohnungen, Druckereien, Autos usw. zu kennen; dadurch könne ihnen „die Ruhe genommen werden". Faschistische Organisierung sei ohne Gewalt letztlich nicht zu verhindern. Die Bundesrepublik Deutschland, so heißt es weiter, sei zwar kein faschistischer Staat, der Übergang dazu sei aber schon heute angelegt. Daraus ergebe sich die Frage: „Warum das Übel nicht an der Wurzel packen?" Dies bedeute, das System und die Verantwortlichen anzugreifen.

1.3 Die „Antifa-Jugendfront" (Berlin) – inzwischen nach eigenen Angaben bereits 25 Ortsgruppen – veröffentlichte eine Broschüre „Tips und Trix für Antifas" (50 Seiten). Als wesentlichen Teil „antifaschistischen Widerstandes" nennt das Heft Blockaden von Nazi-Treffpunkten: Da die Blockaden illegal seien, müßten sie sehr gut vorbereitet werden. Um „Bullenknüppel" abzuhalten, könnten Stangen an Transparenten eingezogen werden. Zum „antifaschistischen Selbstschutz" empfehle sich geeignetes „Werkzeug" wie Tränengas, Holz und ähnliches. Vor Demos und Kundgebungen werde oft gefilzt. Falls trotzdem solche Waffen benötigt würden, müsse man sich genau überlegen, wie man sie reinkriege. Knüppel und anderes Handwerkzeug hätten nur dann einen Sinn, wenn man sie beherrsche; Training sei notwendig.

2. Die Zahl militanter Aktionen gegen Rechtsextremisten (und vermeintliche Rechtsextremisten) ist in den letzten Monaten sprunghaft gestiegen. Als Beispiele seien erwähnt:

Am 11. Oktober 1991 verübte eine „Antifaschistische Zelle" einen Brandanschlag auf das Anwesen eines Repräsentanten der rechtsextremistischen „Deutschen Volksunion" (DVU). In einer Selbstbezichtigung wurden Namen und Anschriften weiterer Mitglieder der DVU, der „Nationalistischen Front" und der „Republikaner" publiziert. Zumindest zwei von ihnen wurden Opfer von Anschlägen mit Sachbeschädigung.

Am 26. Oktober 1991 überfielen etwa 60 Vermummte das Haus des österreichischen Rechtsextremisten Karl Polacek (Landesvorsitzender der „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" – FAP –) in Mackenrode/Göttingen. Die Angreifer – die sich selber „Autonome Antifaschisten und Antifaschistinnen" nennen – warfen mit Steinen und schossen mit Stahlkrampen. In einer Selbstbezichtigung bezeichneten sie den Überfall als „erfolgreich"; wörtlich: „Die Nazis hatten 15 Verletzte zu beklagen, wir keinen einzigen." Die Selbstbezichtigung endet mit der Drohung: „Für die militante Initiative – Die antifaschistische Selbsthilfe organisieren – Nazis aufs Maul – Wir kommen wieder."

In Berlin (Zeitpunkt unbekannt) überfielen „autonome antifaschistische AktivistInnen" den Neonazi Oliver Schweigert (Vorsitzender der „Nationalen Alternative" in Berlin). Im autonomen Szeneblatt Interim vom 31. Oktober 1991 schrieben sie dazu: Man habe Schweigert während eines Interviews für das französische Fernsehen erwischt, in einen Hauseingang getrieben und dort verprügelt; wörtlich: „Wir hoffen, daß die Verletzungen so schwer sind, daß dieses Oberschwein da lange Probleme mit hat." Den „Reporterärschen", die den Nazis gegen Geld Werbeauftritte verschafften, habe man die Aufnahmen entwendet. Die Selbstbezichtigung endet mit den Worten: „Verschärfte Grüße an die GenossInnen, die in Göttingen Karl Polaceks Haus angegriffen haben!!!!!!"

---

aus egin:

DAS TÄGLICHE ELEND AM RANDE DER 'FESTUNG EUROPA'

Zwei Einwanderer aus Nordafrika starben gestern (6.2.) und mehr als Hundert wurden verhaftet, als sie versuchten, spanischen Boden in der Region El Ejido zu betreten. Dies teilte die Zivilregierung Almerias mit. Die Immigranten kamen mit einem Boot nachts an, das von einem weiteren Fischerboot geschleppt wurde.

Nach denselben Quellen befanden sich auf den Booten mit einer maximalen Kapazität von 30 Personen ca. 300 Immigranten, in ihrer Mehrzahl zwischen 25 und 35 Jahre alt.

Die zwei gestorbenen Maghrebiner sind Ahmend Oyelde Simbarx (26) aus Zayón und Salman Ahmend (27) aus Tedrara.

Nach den Worten des Sprechers der Zivilregierung erscheint es "nach den Aussagen der aufgegriffenen Nordafrikaner möglich, daß eine unbestimmbare Anzahl von Personen, die an der Schiffsreise teilnahmen, während der Überfahrt ums Leben kam."

Das Fischerboot wurde kurz vor Morgengrauen an den almerischen Küsten in der Höhe der Ortschaft Almerimar entdeckt. Das geschleppte Boot war sieben Meter lang, während der "Schlepper" eine Kiellänge von ca. 20 Metern hat.

Polizeikräfte hätten beobachtet, daß eben zahlreiche Personen versucht hätten, die Küste schwimmend zu erreichen, während andere dies in kleinen Booten taten, wobei die beiden erwähnten Maghrebiner ertranken.

Unter den Verhafteten befinden sich zwei Frauen, nach der Zivilregierung "etwas Neues, dies war bisher bei illegalen Einwanderern nicht der Fall."

Die aufgegriffenen NordafrikanerInnen, die aus der marokkanischen Ortschaft Nador in der Nähe von Melilla stammen, wurden in die Polizeikommissariate von Almeria und El Ejido und in die Kasernen der Lokalpolizei von Adra und Roquetas de Mar gebracht, während die Polizei die Suche nach weiteren "illegalen" EinwanderInnen fortsetzte. (...)

NEWS - 15.03.92

HINTERGRUND

Das etwas andere Netzwerk ...

Nachrichten von *ECN* kommen zur Zeit 2-wöchentlich aus Italien, Griechenland, England, Holland, Schweden und Frankreich nach Berlin. Berichte, Texte, Diskussionsbeiträge, Ankündigungen und Dokumente können im Interim-Ordner eingesehen werden bzw. in (vorläufig) folgenden Infoläden kopiert werden:

- DANEBEN, Rigaer Str. F-hain
- SOUTERRAIN, Kastanienallee, Prenzelberg
- OMEGA, Sparrstr. 21 1/65*
- PAPIERTIGER, Cuvrystr. 25 1/36*

Dort haben wir eigene Ordner aufgestellt, die regelmäßig - vorläufig alle zwei Wochen - von uns aktualisiert werden.
*: Da können Artikel zur Weiterverbreitung in Stadtteilzeitungen etc. auf Diskette kopiert werden. Ihr findet sie dort in den links angegebenen Verzeichnissen: ARP\: Aktuelle Berichte, ANN\: Ankündigungen, BGR\: Hintergrundberichte, DOK\: Dokumentation, NDX\: Kurzinfos, Listen, Verzeichnisse.

Wir wollen ein Info-Netzwerk politischer Gruppen aufbauen, einen *gegenseitigen* Nachrichtenaustausch auf europäischer Ebene. Dies ist keine Nachrichtenagentur, keine Einbahnstraße - Also: Kurze, wichtige, liebevoll geschriebene Berichte, in english please (wenn's ins Ausland soll) und als Textdatei ans:

Spinnennetz Berlin
c/o PAPIERTIGER, Cuvrystr. 25 1/36

500 Jahre Kolonialismus - 500 Jahre Widerstand in den USA

Veranstaltung mit zwei Vertretern des American Indian Movement am Freitag, den 27.3. um 20:00 im Ex, Gneisenaustr. 2a

ECN - European Counter Network / 15.03.92

```
  entry : #9S7
   date : 14.03.92
   from : it
     to : nat/m
subject : Italien  8. März
:::::::: :::::::::::::::::::::::::::::::::::::::::::::::::::::::::::::::
```

8. März in Italien
An diesem Tag gab es vielfältige Aktionen und Demonstrationen in mehreren italienischen Städten.
In Zentrum von PADUA organisierten Frauen eine Plakataktion ('poster-documentation') über Abtreibung, Frauen im Knast, Vergewaltigung und Frauenarbeit.
In der Woche zuvor war bereits ein Büro des 'Movimento per la vita' (eine rechte Organisation gegen das Recht auf Abtreibung und gegen die Frauen) angegriffen worden.
(...)
BRESCIA:
Eine Frauengruppe besetzte das dortige Büro des 'Movimento per la vita', warfen dort Kondome gefüllt mit Eiern (!) und Farbe. Große Parolen auf den Wänden forderten das Recht auf Abtreibung. Alle Lokalen Zeitungen schrieben von 'Vandalismus ohne irgend einen Bezug zu den Frauen'...!
MAILAND: L'8 ci ha r8! (the 8th has broken!)...
ROM:
Demonstration für Marinella, eine Frau die vor einigen Jahren an den Folgen einer Vergewaltigung starb, gegen die Gerichte und das patriarchale System ('that always exploites the women.') (...)
TURIN:
Es gab Kundgebungen und eine Demonstration durch die Stadt. Eine Frauengruppe versiegelte mit Sekundenkleber die Eingänge mehrerer Pornokinos und entglasten dort auch einige Fenster.

[gekürzt aus dem englischen Original]
::: end of message

Linke Gewalt gegen Frankreichs Rechte

Rouen. dpa
Mit der Verwüstung eines Büros der Nationalen Front (FN) in Rouen und Angriffen auf eine örtliche Polizeiwache hat die Welle der Gewalt linksgerichteter Gegner der französischen Rechtsextremen einen neuen Höhepunkt erreicht. Am Rande einer Wahlkundgebung von FN-Führer Jean-Marie Le Pen zogen in der Nacht zum Sonnabend Demonstranten randalierend durch die Straßen, beschädigten elf Autos, warfen Brandsätze und Steine und verwüsteten das FN-Büro. Die Polizei ging mit Tränengas gegen die rund 2 000 Demonstranten vor. 33 Personen wurden vorübergehend festgenommen.

Ein „Bulle" ist kein „Süßer"

Schwuler Demonstrant flirtete mit einem Polizisten / 800 DM Strafe wegen „Beleidigung"

„Schwule haben auf die Gebräuche der Heterosexuellen Rücksicht zu nehmen." Diese Belehrung gab das Amtsgericht Moabit am 11. Februar dem Arbeitslosen Thorsten Mai mit auf dem Weg, nachdem es ihn zuvor wegen „Beleidigung" und „Widerstand" zu einer Geldstrafe von 800 DM verknackt hatte. Dem schwulen Angeklagten wurde zur Last gelegt, einen Polizeibeamten „Süßer" genannt zu haben.

Zu dieser „schweren Ehrverletzung" (Amtsrichterin Müller) war es im Vorfeld der Berliner Lesben- und Schwulendemo gegen „Fascho-Terror" am 7. Juni 1991, kurz nach dem Überfall auf Charlotte von Mahlsdorfs Gründerzeitmuseum gekommen. Dort führte die Polizei, die sich öffentlich bereit erklärt hatte, die Demonstration zu schützen, auf einem Bürgersteig in der Warschauer Straße Vorkontrollen durch.

In die Überprüfung gerieten allerdings nicht Skinheads und Neonazis, sondern „szeneangehörig wirkende" Demoteilnehmer wie Thorsten Mai. Da schönes Wetter war und der eingesetzte Polizeibeamte Olaf Heck „auch recht gut aussah", hatte Thorsten gegen die Leibesvisitation nichts einzuwenden. Er schlug sogar vor: „Wenn du mich abtastest, darf ich doch auch mal, Süßer?!". Doch Heck, vermutlich ein wenig verklemmt, wies Thorstens zärtliche Hände schroff zurück. Der Schutzmann bevorzugte offensichtlich die harte Welle, denn blitzschnell legte er dem Schwulen Handschellen an und führte ihn in den Mannschaftswagen. Was dort passierte, fand die Richterin für die Wahrheitsfindung unerheblich. Nach eigenen Angaben sei Thorsten dort „etwas verdattert" gewesen, aber „nicht sonderlich erregt".

Die Moabiter Amtsanwaltschaft sah in Thorstens Verhalten die Straftatbestände der Beleidigung, Körperverletzung und des Widerstands erfüllt. Nach Aussagen von Polizisten habe er nicht nur anzubändeln versucht, sondern dem Beamten auch „an die Männlichkeit greifen wollen" sowie sich mit Tritten gegen die Festnahme gewehrt. Thorsten bestritt dies ebenso wie zwei Zeuginnen, doch für den Prozeß blieb das unerheblich. Hauptvorwurf blieb nämlich das gefallene Kosewort: „Wenn mich ein Mann 'Süßer' nennt, finde ich das eklig", brachte es Hecks Polizisten-Kollege Michael Santack auf den Punkt.

Es geht auch anders... Foto: J. Aevermann

„Hier ist Satire nicht verstanden worden", beharrte dagegen Thorstens Rechtsanwältin Susanne Wilkening und plädierte auf Freispruch. Die eingesetzten Polizisten hätten „überreagiert", weil sie sich in ihrem männlichen Stolz verletzt gefühlt hätten. Wilkening zweifelte daran, ob diese Beamten für den Schutz einer Lesben- und Schwulen-Demo überhaupt qualifiziert seien. Doch ihren Beweisantrag, hierzu den Polizei-Beauftragten für homosexuelle Belange, Heinz Uth, als Zeugen zu befragen, lehnte Amtsrichterin Müller ab.

Stattdessen sprach sie Thorsten Mai nach drei Stunden Verhandlung im Namen des Volkes schuldig. Der schwule Demonstrant hätte sich anstandslos der Kontrolle unterziehen und bei seinem mißlungenen Späßchen auf eventuelle Vorurteile der Polizisten Rücksicht nehmen müssen. Von Satire könne deshalb keine Rede sein. Dennoch ist das letzte (Kose-)Wort in diesem Prozeß noch nicht gesprochen. Thorsten kündigte an, gegen das Urteil Berufung einzulegen.

Micha Schulze

„Es hätte doch nett werden können"

Aus dem Schlußplädoyer von Thorsten Mai

Es fällt mir schwer, aus einer Sache, die doch eigentlich hätte nett werden können, auf den harten Boden der Realität zurückzukehren.

(...) Zu dem Wort „Süßer": Im Brockhaus-Wahrig steht dazu „entzückend, reizend, nett anzusehen, hübsch". (...) Wie kann jemand, der nicht wie Frauen damit in die Enge getrieben wird, sondern einen ganzen Stab Menschen neben sich hat, also in der Position des Stärkeren ist, derart aggressiv darauf reagieren? Ist das verletzter Männlichkeitswahn?

(...) Die meisten Menschen unseres Kulturkreises leiden darunter, daß sie als Kinder zuwenig gestreichelt wurden. Dieser Entzug führt dazu, daß sie berührt werden möchten, aber Angst haben, darum zu bitten oder sich darum zu bemühen. Physischer Kontakt ist für sie tabuisiert, weil sie ihn geistig und körperlich mit Sexualität assoziieren. Vielleicht ist hier der Schlüssel zu suchen, warum es dem Herrn Heck nicht möglich war, die ganze Situation spielerisch zu nehmen. So, wie sie gemeint war. Denn von wirklicher Bedrohung kann wirklich nicht ausgegangen werden. Ich habe von vornherein signalisiert, daß ich durchaus gewillt war, seinem dienstlichen Bedürfnis nachzukommen.

Oder war es die Angst vor Autoritätsverlust, die es dem Herrn Gruppenleiter verunmöglichte, die ganze Sache etwas lockerer zu handhaben, der stattdessen seinen Jungs zeigen wollte, wie mit „soetwas" umzugehen ist? (...) Oder war es wirklich banale Angst vor Schwulen oder Haß? Dann allerdings wäre dieser Mann in einer Vorkontrolle zu dieser Demo am falschen Platz gewesen.

Mich hat die Art der Reaktion jedenfalls arg erschreckt. Ich habe bisher von keinem ähnlichen Fall gehört, daß jemand verurteilt worden wäre, bloß weil er den Begriff „Süßer" benutzt hat.

Prozeß gegen Aids-Aktivisten

Mit Prozeßeinstellung endete am 16.1.92 eines der mittlerweile drei Verfahren gegen die angeblichen Besetzer der ehemaligen Klinik in der Methfesselstraße in Kreuzberg.

Das bis heute leerstehende Gebäude sollte am World-Aids-Day 1989 besetzt werden, um den obdachlosen Aids-Kranken eine Unterkunft zu bieten und eine ambulante Pflegestation aufzubauen. Auch humanes sterben sollte in den neuen Räumlichkeiten möglich sein.

Die Aktion wurde von zahlreichen schwulen Prominenten und HIV e.V. unterstützt. Durch organisatorische Schwächen war die Polizei allerdings bestens informiert und die Besetzer nach einer Stunde wieder auf der Straße. Die meisten hatten das Haus freiwillig verlassen, nachdem ihnen vom Einsatzleiter der Polizei Straffreiheit zugesichert worden war. Gegen ihn wurde dann anschließend ein Verfahren wegen Strafvereitlung im Amt eingeleitet, später aber eingestellt. Keine Straffreiheit und Einstellung erfuhren allerdings die dreizehn Personen deren Personalien in die Akten gekommen waren. Sie kennen das Gerichtsgebäude in Moabit bereits wie ihre Handtaschen.

Seit einem Jahr wird gegen sie wegen Hausfriedensbruch prozessiert. Das Hauptverfahren gegen sieben Personen mußte im Sommer '91 unterbrochen werden, da sich Polizeizeugen nicht mehr erinnern konnten. In der Neuauflage sollten nun alle „Mittäter" befragt werden, sie sollten sich wohl gegenseitig denunzieren. Der Clou des ganzen aber ist ein ganz anderer: Hausfriedensbruch ist ein Antragsdelikt, das heißt, der Hauseigentümer stellt Strafantrag. In diesem Falle haben die Besitzer in mehreren Briefen ans Gericht unmißverständlich klar gemacht, daß sie an einer Strafverfolgung nicht mehr interessiert sind. Daß sie sich dabei nicht in Juristendeutsch ausdrückten, brachte ihnen die Bemerkung des zuständigen Richters ein, sie seien „der deutschen Sprache nur bedingt mächtig". Erst durch die Überzeugungsarbeit von Rechtsanwalt Eisenberg gelangen schließlich doch Staatsanwaltschaft und Gericht zur Einsicht, daß das Verfahren einzustellen sei.

In einem abgetrennten Verfahren wurden drei „Angeklagte" zu Geldstrafen von je 20 Tagessätzen verurteilt. Zwei gingen in Berufung. Die Berufungsverhandlung fand am 18.2. statt. Zum Redaktionsschluss der ***SIS*** ist der Ausgang noch nicht bekannt gewesen. Auch hier hofft man auf eine Einstellung, weil die Aktenlage dieselbe ist wie im Hauptverfahren.

Auch ein drittes Verfahren, das wegen unentschuldigtem Fernbleiben einer Angeklagten noch aussteht, muß erst noch verhandelt werden. Von Überlastung der Justiz kann also keine Rede sein!

Die Betroffenen schütteln angesichts dieser Justizsturheit und Verurteilungsgeilheit nur noch mit den Köpfen. Angeklagte Chou-Chou de Briquette: „Dieser Prozeß hat mindestens 50.000DM gekostet, genau das Geld, das HIV e.V. fehlt".

Cronaca nera: unbestrafte Verbrechen

Gewalt gegen Schwule in Italien

VON DANIELA DANNA

Daß in Italien „i froci", wie Schwule genannt werden, gehaßt sind, ist eine Tatsache, die vor drei Jahren offiziell bestätigt wurde: eine Untersuchung des Meinungsforschungsinstituts „Demoskopea" ergab, daß die Homosexuellen die meist gehaßte Gruppe der Gesellschaft, sind. Gefolgt von Zigeunern, Alten, Farbigen und Behinderten. Beinahe in jeder Ausgabe der italienischen Schwulenzeitschrift *Babilonia* ist über eine neue Bluttat zu berichten; Briefe von Opfern erreichen die Mailänder Redaktion anonym und sie mehren sich. Die meisten Opfer wagen es nicht die Täter bei der – nicht besonders schwulenfreundlichen – Polizei anzuzeigen. Das hätte meist auch wenig Sinn, da 85% der angezeigten Verbrechen nicht aufgeklärt werden. Italien wird gewalttätiger: laut amtlichen Statistiken für 1991 stieg allein die Zahl der Morde um 35%.

Aber es ist seltsam, daß kaum Gewalt gegen homosexuelle Vereine, Lokale oder prominente Aktivisten ausgeübt wird. *Giovanni Dall'Orto,* Redakteur von „Babilonia", meint dazu: „Das Einzige was in der letzen Zeit passierte, ist ein Molli gegen ‚Il Cassero' (das Zentrum des Schwulen- und Lesbenverbands ‚Arci Gay' in Bologna): sie hat ein Badezimmer zerstört. Der Grund für diesen Anschlag blieb unklar. Hier in Mailand liegen unsere Redaktion, die Buchhandlung ‚Babele' und die Kneipe ‚Querelle' – alle an Orten die bestimmt nicht geschützt sind. Aber nie hat jemand etwas gegen uns unternommen. Hingegen ist ein anderer Ort sehr gefährlich geworden, der ‚Löwengraben' am Porta Venezia. Wer dort verkehrt, weiß um das Risiko. Und die Leute, die trotzdem hingehen, scheinen eine starke masochistische Seite zu haben. Es handelt sich um Leute, die sich nicht in eine schwule Kneipe wagen, weil sie sich nicht eingestehen, schwul zu sein. Sie führen ein Doppelleben, oft sind sie verheiratet und haben Kinder, ihre Homosexualität betrachten sie als reine ‚Schwanzaffaire'".

Homosexualität wird in Italien meistens als private Angelegenheit betrachtet, auch die Gewalt gilt Privaten: Raub und Überfälle gegen isolierte Schwule. Ein kleines, aber typisches Beispiel war eine Demo in Cremona im letzten September. Wir waren nur dreißig Schwule und Lesben, aber außer einigen Schimpfwörtern von Passanten ist uns nichts passiert. Aber ein junger Mann schrieb uns später anonym, daß er nachdem er uns die ganze Zeit beobachtet hatte, ohne den Mut zu finden, sich uns anzuschließen, von ein Paar Jungs bedroht und fast zusammengeschlagen wurde.

Nach Meinung von vielen Schwulen kommt aber noch ein Faktor ins Spiel: das Zusammenwirken von Henker und Opfer, das nicht zufällig eines der beliebtesten Themen in den Werken *Pier Paolo Pasolinis* war. Der Journalist *Giovanni Forti* beschreibt das Wechselspiel zwischen Strichjungen und Freiern: „Ein Freier, der sich beweisen muß, daß er ein richtiger Mann ist, muß Strichjungen verachten und erniedrigen, so daß er beruhigt sein kann: Er wollte nicht meinen Körper, er wollte mein Geld."

Und was denken die Täter? In „Babilonia" erschienen kurze Interviews mit Strichern, die ihre Kunden verprügelt haben.

Wenn du Schwule verprügelst, glaubst du, daß damit etwas gelöst wird?

Sicher! Daß die früher oder später aus Angst abgeschlachtet zu werden, mit ihrem Schmutz aufhören. Und dabei macht's uns Spaß. Das ist das Wichtigste: die sind nichts!

Hast du Angst, angezeigt zu werden?

Das machen die niemals! Die scheißen sich nur in ihre Hosen. Ich hasse sie, weil sie stören.

Was stören sie denn?

Die stören den Weltlauf, den Lauf der Dinge.

Die Idee von Anti-Gewalt-Gruppen und Anti-Gewalt-Telephonen ist in Italien älter als in Deutschland: solche Erfahrungen gab's in Turin, Bologna, und Mailand. Aber diese Form von Präsenz scheint nicht so erfolgreich zu sein: „In drei Jahren", sagt der Mailänder *Massimo Mariotti*, „haben wir nur ungefähr zehn Anrufe pro Jahr bekommen. Die meisten rufen an, um einfach über ihre Situation, ihre Probleme zu sprechen. Anrufe von Gewaltopfern sind die Ausnahme. Viel grösser ist das Bedürfnis über Ängste, oder das persönliche Coming out zu sprechen." Auch die Tatsache, daß es in Italien keine antihomosexuelle Gesetzgebung gibt, erleichtert nach Angaben Mariottis nicht unbedingt die Emanzipationsarbeit. Die Unterdrückung ist durch gesellschaftliche Vorurteile geprägt, doch es fehlt ein direktes und greifbares Ziel und so ziehen sich viele Schwule ins Privatleben zurück.

Nicht allein die Gewalt ist es, die Schwule in Italien erregt, sondern auch die Art, wie die Presse über diese Delikte berichtet und dabei Vorurteile ungehemmt kolportiert. Die angegebenen Gründe für Gewalttaten gegen Schwule sind regelmäßig Stereotype wie „Eifersucht" oder ein „wahnsinniger Haß". Und man kann sich nur ärgern, wenn die Medien Ausdrücke wie „die elende Welt der Homosexuellen", „soundsovielter Mord im düsteren Milieu der Homosexuellen", „der Mörder wird in der Gay-Szene Turins gesucht", oder „Überfälle und Morde in sexuellem Untergrund" benutzen. Und dies sind noch nicht einmal die Schlagzeilen der Boulevardpresse.

Seit 1983 versucht *Roberto Donatini*, Informationen über Gewaltverbrechen gegen Schwule zu sammeln; sein Material wurde in einer Dokumentation von ‚Arci Gay' veröffentlicht, in der mehr als hundert Zeitungsartikel aus den Jahren 1980 bis 1988 zusammengefaßt sind. Für die Zeit davor ist die Recherche schwierig: Berichte über entsprechende Gewalttaten, die laut Donatini seltener als in den 80er Jahren sind, wurden in die Skandalchronik des Lokalteils verbannt. Neben der Ermordung *Pier Paolo Pasolinis* erregte in den 70er Jahren der Mord an einem schwulen Kellner öffentliche Aufmerksamkeit. Der Mann war 1978 von der Neonazi-Gruppe „Ludwig" ermordet worden. Die beiden „Führer" der Gruppe wurden 1987 festgenommen und zu 30 Jahren Gefängnis verurteilt.

Allein von 1980 bis 1983 hat die Presse über mehr als zwanzig Morde an Schwulen berichtet. Darunter auch der Mordfall *Salvatore Pappalardo*, der im römischen Giardino Campidoglio mit einem Stock erschlagen wurde. Das war 1982 und die römischen Schwulen haben mit einer Woche des Protests, Sit-ins, Fackelzügen, Demos und öffentlichen Treffen mit der Polizei reagiert. Es wurde beklagt, daß nur einige hundert Leute an den Kundgebungen teilgenommen hatten, aber nach dieser Woche ist das „Collettivo del movimento gay romano" entstanden.

In den folgenden Jahre setzte sich die Welle der Gewalt fort:

Florenz 1985: An einem Treffpunkt von Schwulen, Transvestiten, Prostituierten und Freiern wird der schwule Bankangestellte *Giovanni Milianti* mit Messerstichen getötet.

Neapel 1985: Eine Bande von etwa zwanzig Jugendlichen terrorisiert Schwule in Neapels Cruising Area.

Reggio Emilia 1986: Eine ähnliche Bande wie in Neapel beginnt in der Reggio Emilia ihr Unwesen. Von der humorvollen Hetero-Presse wir sie die „Schlümpfebande" genannt. Die Schläger behaupteten: „Wir wollten den Schwulen eine Lektion erteilen." Ihre Mittel waren Raub und Schlägereien mit Messern und Peitschen. Erst als die Bande anfing, auch „unbeteiligte" Passanten zu überfallen, kam es zu einer Anklage. Wie üblich hatten Schwule keinen Mut, die Schläger anzuzeigen.

Padua 1987: Zwei Schwule werden in einem Abstand von wenigen Wochen unter ähnlichen Umständen ermordet. Die schwule Disco „Alcazar" wird durch Brandstiftung zerstört. In Verona kommt es regelmässig zu Schlägereien und Arci-Gay-Aktivisten werden mit dem Tode bedroht. Die katholische Region Veneto zeigt ihre Intoleranz.

Rimini 1987: Ein schwules Paar wird in seinem Auto aufgefunden: durchlöchert von Pistolenschüssen. Obwohl ihre zwanzigjährige Beziehung kein Geheimnis war, sprachen die Zeitungen von dem „geheimen Leben" der beiden Opfer. Die Neonazis der Gruppe „Ludwig" bekennen sich zu dem Doppelmord.

Foligno 1987: Der 60jährige *Cesare Cesarini* wird mit zahlreichen Messerstichen getötet.

Neapel 1987: *Roberto Petacca*, 45 Jahre alt, wird in seinem Haus erschlagen, nachdem die Täter ihn gefoltert hatten.

Verona 1987: Nach einer zweijährigen Reihe von Überfällen organisierter Banden, darunter

Foto: Babilonia

auch Neonazis, in denen mehrmals geschossen wurde und ein Schwuler unter ungeklärten Umständen ermordet wird, beginnt Arci Gay eine Kampagne gegen Gewalt: überall in der Stadt hängen Plakate mit Daten und Orten von Überfällen. Eine Gruppe der prominentesten Anwälte Veronas bietet den Schwulen ihre Unterstützung an.

Provinz von Agrigento 1988: *Giuseppe Caruana,* 28, im Dorf wegen seiner weibischen Art Außenseiter, wird gesteinigt. Als Täter werden Familienangehörige eines Jungen verdächtigt, den der Mann „gewöhnlich auf dem Dorfplatz belästigte".

Florenz 1988: Drei Jahre nach dem Mord an *Giovanni Milianti* wird der Rentner *Aldo Biagioli* auf die selbe grausame Art ermordet.

Turin 1988: „Er sagte: wie schön sind deine Hände, wie schön dein Gesicht... Ich habe mein Messer rausgezogen, und habe es ihn in den Nakken, unter sein Ohr und seine Brust geschlagen", so das schockierende Geständnis eines 51jährigen Arbeitslosen der einen 63jährigen Adeligen ermordet hat.

Bologna 1988: *Widmer Biagini,* ein 51jähriger Industrieller und Besitzer einer Modefabrik, wird erschossen. Nach diesem Mord beginnen schwule Aktivisten in Bologna paarweise in den Cruising Areas zu patrouillieren, um die Leute zu warnen und um das neue Anti-Gewalt-Telefon bekannt zu machen.

Lentini (Sizilien) 1988: *Filadelfo Innao,* 25 Jahre alt, ein Friseur der kein Geheimnis aus seiner Homosexualität machte, wird von einem 17jährigen erschlagen; danach stellt sich der Täter der Polizei. Als Motiv gibt er an, er habe eine Schmach abwaschen wollen.

Mazara del Vallo (Sizilien) 1988: Nach den brutalen Morden an *Luca Coppola,* einem prominenten Theaterregisseur, und *Giancarlo Prati,* einem bekannten Schauspieler, berichtet die Presse von einem „Drama der Leidenschaft, wahrscheinlich im homosexuellen Milieu". Die Täter werden festgenommen: es waren Einbrecher. Trotzdem beschreiben Journalisten sie als „eine Bande von Vorbestraften, die gegen große Summen Homosexuellen ihre Gesellschaft anboten".

Palermo 1989: Im Februar kommt es zu drei brutalen Morden. Im Laufe des Jahres wird noch über weitere Mordfälle Padua, Mailand, Alessandria und in La Spezia berichtet.

Turin 1991: Nachdem es im März und April beinahe täglich zu Überfällen im Parco del Valentino gekommen war, die nie angezeigt wurden, organisiert „Informagay" ein öffentliches Treffen mit Polizeibeamten. Dabei werden die verschiedenen Möglichkeiten erklärt, Anzeige zu erstatten.

Rom 1991: Zwei schwule englische Zwillingsbrüder, die in der Hauptstadt mit Straßentheater ihren Unterhalt verdienen, werden ermordet und in den Tiber geworfen.

In Italien bedeutet „ein Mann zu sein" immer noch zu einer privilegierte „Rasse" zu gehören. Männer demonstrieren Dominanz und Aggressivität – Gefühle und Schwäche zu zeigen führt zum Ausschluß aus der Männergesellschaft. So ist es dann fast logisch, daß die Männer die aus ihrer (von Gesellschaft und Kirche festgelegten) sexuellen Rolle herausfallen und auf ihre „virilità" (d. h. die größtmögliche Zahl von Frauen zu „erobern") verzichten, ausgestossen, verachtet, gehaßt werden.

Und die Schwulen werden zum Objekt der Gewalt. Nicht nur weil sie die Täter kaum jemals anzeigen, aus Furcht ihre sexuelle Orientierung werde öffentlich, sondern weil sie die starren Normen der Hetero-Gesellschaft stören, weil sie gegen die Ordnung der Familie und eine überkommene Sexualmoral stehen. Eine Ordnung, der die Täter unterworfen sind und aus der sie nicht auszubrechen wagen.

Die Autorin ist Korrespondentin der italienischen Schwulenzeitschrift Babilonia.

Die italienische Schwulenbewegung auf einer Anti-Gewalt-Demo in Rom. *Foto: T. Bedin*

Pier Paolo Pasolini ist sicherlich das prominenteste Opfer von Gewalt gegen Schwule in Italien. In der Nacht vom 1. zum 2. November 1975 wurde Pasolini auf einem Sportplatz bei Ostia von einem 17jährigen Jungen ermordet. Die Hintergründe, ob Pasolini Opfer eines geplanten politischen Mordes oder zufälliges Opfer eines Strichers wurde, sind bis heute ungeklärt.
Foto: aus der Biografie P. P. Pasolinis von Nico Naldini (Wagenbach Verlag)

Einladung zum 3.überregionalen

linksradikalen ♀⚢♀-Treffen!

Treffen am 10., 11. u. 12.4.92

LIEBE ♀⚢♀ ALLER NOCH "HERREN" LÄNDER!

Am 8./9.2.92 fand in Nürnberg das 2. linksradikale ♀⚢♀-Treffen statt. Es waren etwa 40♀⚢♀ da aus Nürnberg,Erlangen,Regensburg,der Oberpfalz, München,Freiburg,Berlin,Wiesbaden,Frankfurt,Göttingen,Bern und Wien.

Schwerpunkt des letzten Treffens war immer noch die Mobilisierung gegen den WWG '92 in München und wie die Arbeit der einzelnen ♀⚢-en Gruppen aus den verschiedenen Städten in die Mobilisierung gegen den WWG eingebunden werden könnte.

Es war jedoch auch von Anfang an klar,daß es nötig ist,eine gemeinsame politische Praxis zu entwickeln (nicht zuletzt wegen der desolaten Situation der radikalen Linken und der ♀⚢-en Zusammenhänge) die über die Mobilisierung gegen den WWG hinausgeht.
Aus den Diskussionen ging hervor,daß es weiterhin ein starkes Bedürfnis nach Austausch von Informationen und Diskussionsprozeßen und nach bundesweiten Strukturen gibt.

Wir haben auf dem 2. Treffen versucht,die inhaltlichen Schwerpunkte der Arbeitsgruppen (die sich teilweise schon auf dem 1.Treffen gebildet haben) in Bezug zu einer Mobilisierung gegen den WWG zu stellen.
Arbeitsgruppen waren:
- Einschätzung zum WWG
- ♀⚢ und Knast
- Organisierung
- Rassismus
- Flüchtlingspolitik

Weiterhin haben wir noch praktisch am Ablauf der Gegegaktionen zum WWG geredet:
- bundesweite Großdemo in München mit ♀⚢♀ Block
- Gegenkongreß mit eigenem ♀⚢♀ Forum zu den Schwerpunkten Bevölkerungspolitik und Stand der ♀⚢♀ Bewegung
- Aktionstage am 6. - 8.7. mit eigenen ♀⚢♀ Aktionen

Grobe Überlegungen für's nächste Treffen sind:
- neusten Stand von Demo,Aktionstagen und Gegenkongreß besprechen
- Aufruf dazu zu schreiben
- Arbeitsgruppen vom letzten Treffen weiterführen
- und natürlich auch viele neue Ideen und Vorschläge von Euch...

Zu guter letzt,wie,wo und wann wir uns das nächste mal treffen wollen:
Da beim letzten Treffen die Zeit leider viel zu knapp war,haben wir uns überlegt, die Anreise ab Freitag zu ermöglichen,um Samstag früh schon anfangen zu können, deshalb:
- Anreise ab Freitag,10.4.,ab 22Uhr
- Beginn Samstag 11.4 ab 11Uhr
- Schlafsäcke und Isomatten bitte mitbringen
- Für Verpflegung wird natürlich gesorgt
- Falls Kinderbetreuung oder anderes nötig,bitte vorher bescheid sagen
- Und für unsere Vorplanung wäre es gut,wenn Ihr Euch vorher anmelden könntet, mit wievielen Ihr kommt
  (♀⚢ EG-Gruppe,Infoladen,6200 Wiesbaden,Werderstr.8,Telefon: Do 17-19Uhr 0611/440266)

Also nochmal: Samstag,11.4.92 ab 11Uhr und den ganzen Sonntag treffen wir uns,

JUZ BOCKENHEIM (FRAUENETAGE)
VARRENTRAPPSTRASSE 38
6000 FRANKFURT

BITTE VERVIELFÄLTIGEN UND WEITERSAGEN....

Anti-islamischer Rassismus und Algerien

1. Dokumentation einer Veranstaltung:
- Anmerkungen zum Feindbild "Islam"
- Französische Kolonialherrschaft
- Frauen und kulturelle Identität
- Politische und ökonomische Entwicklung Algeriens bis heute

2. Texte zur Diskussion:
- E. Said: Überlegungen zum Orientalismus
- F. Fanon: Rassismus und Kultur
- CARF: Vom Terroristen zum Barbaren. Das Gesicht des antiarabischen Rassismus

März 1992, ca. 50 Seiten, 3 DM.
Bestelladresse:
"AG Algerien", c/o Buchladen,
Gneisenaustr. 2a, 1000 Berlin 61.
(Bei Einzelbestellungen bitte 4,20 DM in Briefmarken beilegen!)

Jugendliche Kommandantinnen

Frauen bei Sendero

Sendero, eine Alternative für Frauen? Tatsache ist, daß der Frauenanteil in den Reihen der aktiven KämpferInnen sehr hoch ist und daß Sendero sich bemüht, die speziellen Bedürfnisse der indianischen Bäuerinnen zu berücksichtigen. Der nachfolgende Beitrag der US-amerikanischen Ethnologin Carol Andreas beschreibt, worin die Attraktivität Senderos für die Frauen bestehen könnte, während der aus der peruanischen feministischen Frauenzeitschrift „Viva" übernommene Kasten, auf die geschlechtliche Arbeitsteilung und Funktion der Frauen bei Sendero eingeht – und zu ganz anderen Einschätzungen kommt.

Im Juni 1986 hatte ich eine Verabredung mit einem Führer der Kommunistischen Partei Perus (PCP), besser bekannt als Sendero Luminoso oder Leuchtender Pfad.

Bei unserem Treffen in der Ecke eines kleinen Restaurants in einer kleinbürgerlichen Wohngegend von Lima, war ich dann fasziniert zu sehen, daß es sich bei einem Führer dieser Bewegung, die allgemein als „rätselhaft", „bösartig", „despotisch" und „dogmatisch" gilt, um eine junge Frau mit leiser Stimme und bestimmtem, aber bescheidenem Auftreten handelt. Im Laufe meiner Untersuchung über Frauenorganisationen innerhalb der armen Bevölkerung Perus hat sich gezeigt, daß Sendero Luminoso von Anfang an auf Frauen eine stärkere Anziehung ausgeübt hat als auf Männer. In der Tat sind die bekanntesten Sendero-Kommandanten Frauen im Teenageralter, wie z. B. Edith Lagos, deren Redekunst die Bauern und Bäuerinnen in der gesamten südlichen Zentral-Sierra begeistert hat, und deren Sarg in Ayacucho 30 000 Menschen gefolgt sind.

Edith Lagos war die erste „comandante" des Leuchtenden Pfades in Ayacucho. Sie entkam mehrmals aus dem Gefängnis, bevor sie im Alter von neunzehn Jahren von den Militärs erschossen wurde. Die Lehrerin Laura Zambrano Padilla, bekannt als „Meche", wurde 1984 mit großem Aufwand festgenommen; sie wurde beschuldigt, der Kopf der militärischen Aktionen des Leuchtenden Pfades in Lima zu sein. Brenda Pérez Zamora wird in einigen Berichten als stellvertretende Befehlshaberin der Organisation seit 1988 bezeichnet. Von María Paradi heißt es, daß sie den Sturm auf ein Gefängnis in Ayacucho geführt hat, bei dem Hunderte von Gefangenen befreit wurden. Marina Loayza, Sonia Rosas, Violeta Quispe, Haydee Cáceres, Filipina Calomino, Hermelinda Escobar, Emma Frida, Patricia Zorrilla, Carla Carlota Kutti und Clementina Berrocal gehören zum weiteren Kreis derer, die in der allgemeinen Presse als „grausame und blutige" Guerrillaführer bezeichnet werden.

Im Juni 1989, einen Tag vor der Eröffnung des Präsidentschaftswahlkampfes, wurden in einem Rundumschlag der Regierung dreißig AnführerInnen verhaftet; achtzehn von ihnen waren Frauen. Unzählige Lehrerinnen, Ärztinnen, Anwältinnen, Künstlerinnen und Journalistinnen wurden mit der Anschuldigung des „Terrorismus", der „Symphatisierung mit dem Terrorismus" und der „Unterstützung terroristischer Vereinigungen" polizeilich gesucht.

Die Anziehung, die Sendero also offensichtlich auf Frauen ausübt, wird verständlich vor dem Hintergrund des Zusammenbruchs der traditionellen peruanischen Gesellschaft, vor allem im Hochland, in den vergangenen dreißig Jahren. Die meisten Männer haben die Dörfer verlassen, um in den Fabriken und Minen zu arbeiten. Die Frauen sind daher den größten Teil des Jahres auf sich selbst gestellt, ihnen bleibt es überlassen, das Land zu bebauen und zu schützen.

Die politischen Strukturen, die sowohl durch die Spanier als auch in der republikanischen Epoche etabliert wurden und Frauen von den allgemeinen Möglichkeiten politischer Partizipation ausschließen, stehen in krassem Widerspruch zu der tragenden

Funktion der Frauen in der Dorfgemeinschaft.

Die vom Männern dominierte Linke Perus hat in diesem Punkt versagt, genauso wie sie nicht imstande ist, der Korruption und Vetternwirtschaft in der Verwaltung Einhalt zu gebieten. Das Mißtrauen der Frauen gegenüber den von Männern besetzten Ämtern ist daher sehr tief.

In Kenntnis dieser Tatsache bemüht sich Sendero, Frauen auf die Übernahme verantwortungsvoller Positionen vorzubereiten. Ein zentraler Punkt im Programm des Leuchtenden Pfades ist die Einsetzung von Volkskomitees und die gleichzeitige Beseitigung der dörflichen Regierungsstrukturen, die ausschließlich wirtschaftlichen Interessen dienen und ein gleichberechtigtes Verhältnis zwischen allen DorfbewohnerInnen unmöglich machen. Bezeichnend für diese Komitees ist ihr großer Frauenanteil. Außer der Neuverteilung des Landes, der Unterstützung von kollektiven Pflanzungen und Ernte haben die Volkskomitees die Abnahme von Alkoholismus, Prostitution, Drogenkonsum und Gewalt in der Familie bewirken können. Bedürftige erhalten Unterstützung von der Gemeinde. Bildung ist für jede/-n möglich geworden. Geldhandel wird durch Tauschhandel ersetzt, und kulturelle Traditionen werden bewußt gepflegt.

Aus Zorn über die Korruption in der Verwaltung und den Zusammenbruch der sozialen Strukturen verlangen viele Frauen nach einer zuverlässigen Autorität, die Auseinandersetzungen entscheidet und „Ruhe und Ordnung" des täglichen Lebens garantiert. Eine Alternative wie die kommunistische Partei Perus – egal wie autokratisch –, die auf Worte auch Taten folgen läßt und unbedingte Disziplin und Vertrauen fordert, findet großen Anklang.

Ein entscheidender Unterschied zwischen Sendero und dem, was sie die „revisionistische Linke" nennen, liegt in Senderos Betonung auf Selbstbestimmung und auf Entwicklung der Subsistenzwirtschaft als Alternative zur Exportwirtschaft. In diesem Punkt wird auch wieder Senderos Bedeutung für Frauen klar: HauptbetreiberInnen der Subsistenzwirtschaft sind indianische Frauen, die von den Vorteilen der „Entwicklung" zumeist ausgeschlossen sind.

Die Mehrheit der PeruanerInnen stammen aus Quechua sprechenden Gemeinschaften der Anden, wo es den Spaniern zwar gelang, das Inkareich zu vernichten, nicht aber die indianische Kultur zu zerstören. Erst seit den fünfziger Jahren dieses Jahrhunderts, als Folge der kapitalistischen Entwicklung, sind die ländlichen Gemeinschaften zunehmend bedroht. Exportwirtschaft hat die Subsistenzwirtschaft verdrängt und die Arbeitsmigration, vor allem von Männern, verursacht.

In vielen Fällen sind Produktion und Verkauf von Produkten, wie beispielsweise Fleisch und Kartoffeln, die traditionell in der Hand von Frauen lagen, durch Männerdomänen wie industrialisierte Viehzucht und mechanisierte Landwirtschaft ersetzt worden. Diese wirtschaftliche „Entwicklung" hat den Lebensstandard der indianischen Familien alles andere als verbessert. Zwar hat sich die Agrarproduktion überall erhöht, aber nicht die Menge der für die arme Bevölkerung, insbesondere Frauen und Kinder, erhältlichen Lebensmittel und sonstigen Produkte.

Ein Drittel aller peruanischen Familien, besonders auf dem Land, werden von einer Frau ernährt. Die meisten Frauen sind neben ihrer anstrengenden Arbeit im Bereich der Subsistenzwirtschaft im „informellen Sektor" tätig oder gehen anderen Beschäftigungen mit ungesichertem Auskommen nach. Weder die Regierung noch die großen Gewerkschaftsverbände lassen Bemühungen erkennen, diese Situation der Frauen zu verbessern. Viele Frauen glauben daher, daß nur wirklich etwas geschehen wird, wenn Sozial- und Wirtschaftsleben buchstäblich „von Grund auf" verändert werden. Zur Durchführung dieser radikalen Vision liefert ihnen der Leuchtende Pfad die notwendigen Hilfsmittel. Eines davon ist die Führerinnenschaftschaft von Frauen.

Ein weiterer Schlüssel, um die relative „Überrepräsentierung" von Frauen bei Sendero zu erklären, ist die soziale Unabhängigkeit der Frauen in der Region, in der die Bewegung ihren Anfang genommen hat. Die meisten Dörfer der peruanischen Sierra bestehen aus zwei Teilen: einem höhergelegenen mit Viehhaltung, und einem tiefergelegenen mit Ackerbau. Zur Zeit der Conquista wurden viele der oberen Dörfer in Ayacucho zu Zufluchtsorten für Frauen, die wegen Götzenverehrung verfolgt wurden oder das Opfer von Vergewaltigung, Konkubinat und Zwangsheirat mit Priestern und „hacienderos" waren. Die gleichberechtigte Arbeitsteilung zwischen den als Halbnomadinnen lebenden Frauen und den Männern im Tal ermöglichte es den Frauen, eine gewisse soziale und wirtschaftliche Unabhängigkeit zu entwickeln, während sie gleichzeitig noch von den Ehemännern und älteren Söhnen unterstützt wurden. Obwohl die Entfernung zwischen den beiden Dorfteilen einen Tagesmarsch betrug, standen die BewohnerInnen in ständigem Kontakt, die Frauen nahmen an den Entscheidungen dörflicher Belange teil, die Auswirkungen des Feudalismus wurden gemeinsam getragen.

Foto: aus nacla, Volume XXIV

Oftmals wird angemerkt, daß die Frauen bei Sendero an eine präkoloniale Andentradition anknüpfen, nach der Frauen oft an vordester Kampflinie zu finden waren.

Eine Begleiterscheinung der sozialen Veränderungen der letzten Jahrzehnte ist der Ehebruch seitens der Männer, der für die Frauen eine wirtschaftliche und soziale Katastrophe bedeutet. Sendero ist bekannt dafür, Ehemänner, die Frauen und Kinder verlassen haben, zu bestrafen. Befragt nach der Vereinbarkeit dieser Einschüchterung von Männern mit Senderos Bemühungen, dieselben Männer zu rekrutieren, antwortete eine meiner Informantinnen einfach: „Die Männer gewöhnen sich daran".

Eine Frau, die an Senderos „Volksbildungs"programmen teilnimmt, hat mir erzählt, daß fast alle SchülerInnen in diesen heimlichen Schulen junge Frauen seien, von denen viele im Hochland aufgewachsen

sind, wo das Überleben fast unmöglich geworden ist. Sie sehen keine Hoffnung in einer Reform, weder durch Gewerkschaftstätigkeit noch in Sozialmaßnahmen der Regierung, und ganz gewiß nicht durch eine Wahl-Farce. Frauen aus der LandarbeiterInnen-Gewerkschaft haben mir oft gesagt, daß sie es leid seien, endlosen leeren Reden und Versprechungen zuzuhören. Ich habe erlebt, daß Frauen in der Gewerkschaft eine Art „kulturelle Revolution" inszeniert haben, indem sie – ohne besonderen Erfolg – auf die Behandlung von Frauenanliegen gedrungen haben.

Ich habe eine Führerin des Leuchtenden Pfades gefragt, wie sie sich als eine gebildete berufstätige Frau „blind" der Autorität einer Einzelperson, die dazu noch ein Mann ist, unterordnen kann. Sie gab zur Antwort, daß unter der Führerschaft von „El Guía" – oder „Presidente Gonzalo" wie Abimael Guzmán auch genannt wird – die Bewegung etwas erreicht habe, was noch keine andere politische Organisation erreicht hat: eine gelungene Attacke gegen „bürokratischen Kapitalismus" und den „Compradoren-Staat". Aber das Wichtigste sei für sie die Erfahrung von einer allgegenwärtigen Führung, auf deren Tun sie sich verlassen könne, und die nicht wankelmütig sei. Angesichts des Verhaltens von Wahlkandidaten und ihrer Rivalität untereinander ist die vertikale Führerschaft von „El Guía" sehr willkommen.

Die strengen Regeln inerhalb der Bewegung werden von den Frauen nicht zuletzt auch als ein gewisser Schutz empfunden: Exekutionen und andere Maßnahmen richten sich nicht nur gegen Verräter, Spitzel und Feinde der Bewegung, sondern auch gegen Männer, die der Vergewaltigung beschuldigt werden. Dazu sind die Frauen unter Gleichgesinnten: Sie werden weder wegen ihrer Armut oder ihrer mangelnden Bildung, noch wegen ihres Frau- und Indianerinseins verachtet. Ihre Interessen werden ernstgenommen und laufen nicht Gefahr, aus persönlichen Vorteilen „verraten und verkauft" zu werden.

Abschließend bleibt zu betonen, daß Sendero Luminoso im Moment zwar auf seiten der indianischen Frauen Perus steht, daß aber hierin sicher keine Garantie zu sehen ist für eine unveränderte Haltung im Falle einer PCP-Regierung. Es wäre nicht die erste revolutionäre Bewegung, in der die treibende Kraft am Ende das Nachsehen hat. Deshalb werden die Frauen des Leuchtenden Pfades immer wieder mit Nachdruck klarstellen, daß sie nicht bereit sind, ihre endlich (zurück-)eroberte Position wieder aufzugeben.

Carol Andreas

gekürzt aus: nacla, Vol XXIV, No 4, Dez./Jan. 1990/91

Übersetzung: Sabine Schulte

Männlicher sein als Machos

Wenn auch ihre Anzahl und ihre Teilnahme an Aktionen das Gegenteil vermuten läßt, werden die Frauen, die in den Reihen des Sendero Luminoso kämpfen, nicht als Frauen wertgeschätzt. Nach Angaben der Befriedungskommission des peruanischen Senats sind 20% der Aktivisten von SL Frauen. Die Gesamtzahl der Rebellengruppe beläuft sich nach offiziellen Daten des Innenministeriums auf 3000 Mitglieder. Aussagen von aktiven Kämpferinnen, von Familienangehörigen der Senderisten und von SozialforscherInnen stimmen darin überein, daß bei Eintritt in die Reihen von Sendero Luminoso eine Frau zunehmend „vermännlicht", zu einem weiteren Kämpfer wird und schließlich Rollen annimmt, die sie marginalisieren und diskriminieren.

Carlos Iván Degregori (siehe sein Beitrag in diesem Heft) wies darauf hin, daß die geschlechtsspezifische Unterdrückung, der die Frauen – besonders auf dem Lande – ausgesetzt sind, gepaart mit der Ausbeutung, Diskriminierung und Unsicherheit, die im ganzen Land herrscht, die Frauen „zu einem wichtigen Potential für den Senderismus" machen. Die Organisation begann seit 1984 in die Frauenbewegung hineinzuwirken, als die Frente Estudiantil Revolucionario (Revolutionäre Studentenfront) gegründet wurde und Frauenfraktionen bei den Universitätsangehörigen und Intellektuellen gebildet wurden. Kenner des Senderismus behaupten, daß die spezifischen Frauenprogramme im wesentlichen von Augusta La Torre, der Frau des Sendero-Anführers Abimael Guzmán, ausgearbeitet wurden.

Im Organisationsinnern muß die aktive Frau, auch wenn sie Befehlshaberin von Exekutionskommandos ist oder damit beauftragt ist, Überlebenden eines Attentats den Gnadenschuß zu versetzen, „in jedem Moment beweisen, daß sie männlicher als die Machos ist," bedeutet die Historikerin Maritza Villavicencio. Laura Zambrano Padilla, eine der weiblichen Führungsfiguren in den Reihen Senderos, bestätigt auf ihre Weise die Behauptungen der Historikerin: „Sendero bietet den militanten Frauen den Krieg als Lebensalltag", erklärte sie in einem Interview. „Der Feminismus ist eine bürgerliche Theorie, deren Grundlage in der Gegenüberstellung von Männern und Frauen wegen ihrer Geschlechtszugehörigkeit besteht... Sie sucht die Entwicklung der Frauenbewegung unter der Führung der Arbeiterklasse zu torpedieren, die durch ihre Kommunistische Partei und in Abhängigkeit vom Volkskrieg geschieht. Liebe gibt es nur als Klassenliebe, und als solche steht sie in Abhängigkeit vom Volkskrieg", erklärte die Lehrerin, eines der wenigen in der Öffentlichkeit bekannten Mitglieder von SL. Wegen terroristischer Aktionen verurteilt, verbüßt sie eine Haftstrafe in einem Hochsicherheitsgefängnis des Landes.

Nach Angaben des Anthropologen Degregori darf sich kein aktives Mitglied mit Frauen aus unteren Rängen in eine Paarbeziehung begeben. „Das Leben und die Aktivitäten der Senderistas werden von der Partei geregelt." Margot, die Cousine einer Aktivistin, die aus Sicherheitsgründen ihren vollen Namen nicht nennen will, gab uns folgenden Kommentar zu der Stellung der Frauen in den Reihen der Organisation: „Die Frauen verrichten die selben Aufgaben wie die Männer; darüberhinaus aber müssen sie noch andere peinliche Pflichten erfüllen. Viele junge Frauen haben die 'revolutionäre Aufgabe', in die Gefängnisse zu gehen, um die Genossen zu betreuen. Das können sie nicht verweigern. Das Einzige, was sie machen können, ist, auszusuchen, mit wem sie sich einlassen. Im allgemeinen teilt ein Verantwortlicher die Paarungen zu." Die Frauen, die „irrtümlich" schwanger werden, müssen abtreiben; im anderen Falle werden sie von der Gruppe geschnitten. „Meine Cousine mußte in ihr Dorf zurückkehren. Sie hatte sich geweigert, abzutreiben. Man sagte ihr daraufhin, daß sie wegen ihres Zustandes die Aufgaben, die die Partei stellte, nicht erfüllen könne."

Außerdem nehmen die weiblichen Senderistas an Sonderkommandos teil und arbeiten in einigen Komitees von Familienangehörigen Verhafteter und Verschwundener sowie in der „Volkshilfe", einer Nothilfeorganisation, die überwiegend die Verletzten versorgt, die geheimen Kliniken ausstattet, Verteidiger aussucht und Gefangene besucht, neben weiteren Aktivitäten.

Julia Vicuña

aus: Viva (Lima), Sept. 89

Niemals war mir so wenig danach zumute, still zu sein, wie jetzt!

ZUR POLITIK DER FRAUEN AUS DEM ANTIRASSISTISCHEN ZENTRUM UND ★ GRUNDSÄTZLICHE ÜBERLEGUNGEN ZUR ANTIRASSISTISCHEN POLITIK

wir sind frauen, die aus verschiedenen politischen bereichen kommen,(antiimperialismus, antirassismus, antifa, bevölkerungspolitik) und zum grössten teil seit mitte der achtziger jahre daran arbeiten.
wir sind sowohl mit frauen, als auch mit mäännern organisiert.
trotzkritik, dieschon vor der besetzung von uns formuliert wurde, haben wir uns sehr unterschiedlich in die diskussionen eingeklingt.
nach der vergewaltigung in der silvesternacht, eurem verhalten darin, die darauffolgenden vvś und papieren, haben wir uns über euer verhalten und die art und weise die diskussion darum zu führen, maßlos geärgert !!!

als allererstes zu der formulierung "sexistischer angriff" für eine vergewaltigung.die verwendung dieses begriffes dreht für uns kämpfe von frauen zurück. vor jahren haben wir gesagt, wir lassen nicht zu, daß männer definieren was gewalt gegen frauen ist, diepatriachale männergesellschaft/justiz ist aufgrund von frauenstärke entlarvt worden. genausowenig lassen wir uns vorschreiben, wann eine frau glaubwürdig ist und wann nicht. das gilt insbesondere auch für linke strukturen.

es gab und gibt immerwieder auseinandersetzungen und druck von frauen, auch in gemischten zusammenhängen, sexistische strukturen (bis hin zur vergewaltigung), wahrzunehmen, sich ein eigenes verhältnis darin zu erkämpfen, und es in die jeweilige praxis miteinzubeziehen.
bereits die frauenbewegung seit 68, setzte sich mit der parole "das private ist politisch" dafür ein, patriachale gewaltverhältnisse jenseits von "befindlichkeiten" zu definieren und in einen gesellschaftlichen kontext zu stellen.
mittlerweile sind auseinandersetzungen um sexistische strukturen innerhalb der linksradikalen gruppen/strukturen fast vollständig in die "privaten bereiche" abgedrängt worden, eine offene auseinandersetzung um sexistische gewalt/vergewaltigung wird wieder tabuisiert.
an dem punkt hättet ihr verschiedene möglichkeiten gehabt, das thema aus eurer sicht aufzugreifen.
wir gehen davon aus, daß euch die auseinandersetzung/das wissen darum sicher nicht neu ist. umso schlimmer finden wir euer taktisches umgen, die tatsächliche vergewaltigung zu verharmlosen, in dem der begriff "sexistischer angriff" als entschärfung verwendet wird. dafür müssen dann erklärungen , wie schlammmschlachten der rechten(evt. auch linken?) presse herhalten, bullenrepression u.a..
das sich die bürgerliche bis rechte presse auf widersprüche von uns stürzt, oder sich selbst anlässe schafft um zu hetzen, wissen wir schon lange. genauso wie die bullen an schwachen stellen ansetzen bzw. sich selbst sachen konstruieren, um repression zu legitimieren.
diese argumente werden allerdings auch oft benutzt, um defensives verhalten zu rechtfertigen, und in diesem fall auch um widersprüche nicht zu benennen. wir vermuten dahinter, daß ihr euer projekt antirassistisches zentrum vor grundsätzlicher kritik rechtfertigen und schützen wollt.
sicher, es gab von euch selbstkritik, in einem papier greift ihr z, b. auf, daß euch erst spät der sexismus der weissen männer (unterstützer) bewußt geworden ist, ihr den wahrgenommen habt. entschuldigt das aber gleichzeitig mit dem "automatismus der überrödelei".
für uns stellt sich da die frage, ob euch die widersprüche in einer organisierung mit männern bewußt sind, bzw. sie immerwieder thematisiert werden?

im zusammenhang mit sexistischen strukturen von flüchtlingsmännern verwendet ihr den begriff "kollektivschuld".
kollektivschuld ist hier kein geschichtsloser begriff, sondern wird entweder benutzt um eine kontinuität des faschismus zu verschleiern und/oder um zu suggerieren, daß es keine kontinuität von widerstand gab. (bürgerliche geschichtsschreibung). eine andere variante ist die moralisierende fassung innerhalb der linken antisemitismusdebatte.
außerdem wird mit eurem verwenden des begriffs kollektivschuld in diesem zusammenhang der kampf von frauen negiert,die mit der parole "jeder mann ist ein potenzieller vergewaltiger" patriachale realität erkennbar gemacht, und bewußtsein verändert haben.

eine auseinandersetzung unter euch um sexistische strukturen begann erst in einer zugespitzten situation.
eine auseinandersetzung um alltägliche strukturen(auch innerhalb der frauen und männer in der unterstützerInnengruppe) fand vorher nicht statt.darüber und über die damit verbundene wertigke t zwischen sexismus von weis-

sen und schwarzen männern, drückt sich ein nicht verhältnis zu grundsätzlichen patriachalen verhältnissen aus, und ist somit ein weiterer punkt - auch eine form von mittäterschaft -begrifflichkeiten, die von frauen definiert worden sind, zurückzudrehen.

"weshalb fällt es uns so sch er einen eigenen entwurf zu entwickeln? unsere, der frauen einzige möglichkeit uns innerhalb des patriachats wenigstens "individuell" zu "befreien ", war die teilnahme an emanzipatorischen bewegungen innerhalb des patriachats.nur da vermeinten die meisten von uns, gesellschaftlichen einfluß ausüben zu können, dort haben wir uns artikulliert und eine gewisse teilhabe an der macht erkämpfen können. allerdings geschah das zu dem preis der negierung unserer sexuellen differenz und "unseres spezifisch weiblichen vermögens". hier waren wir mit unserem verschwinden beschäftigt. ...und so greifen wir nun, da uns das schmerzlich bewußt wird, auf das gelernte zurück, versuchen das geschlechterverhältnis über vorfindliche gesamtgesellschaftliche(sprich patriachale) abhängigkeiten und begrifflichkeiten zu definieren.
...und die forderung nach aufhebung aller abhängigkeiten schien unter der prämisse des männlichen ideals der unabhängigkeit nicht nur gerechtfertigt, sondern auch notwendig. es galt also die vernachlässigten frauen miteinzubeziehen.das patriachat hat die besonderen bedingungen der ausbeutung der frau über die wertschätzung der unabhängigkeit derart unsichtbar gemacht,daß uns eine ableitung der befreiung der frau aus den erfahrungen anderer kämpfe anwendbar schien; kaum das wir begriffen hatten, daß es sich dabei um patriachale handelt. und das wir nicht gesehen haben, daß das reformismus war, blanker reformismus"
aus: "vom mythos der unabhängigkeit"
metropolengedanken und revolution

da wir schon an meheren stellen das "zurückdrehen von frauenkämpfen betont haben, wollen wir mal formulieren, warum uns die auseinandersetzung setzung darum so zentral ist. zum e nen denken wir,daß eine geschichtsaufarbeitung von frauen, ihren erfahrungen und kämpfe unerlässlich ist, um begannene fehler zu erkennen und um positive ansätze weiterzuentwickeln. eine analyse der situation, insbesondere aus dieser sicht ist notwendig, um nicht einerseits die altbekannten politischen patentrezepte/ verhaltensweisen zu reproduzieren, anderseits in ohnmacht und handlungunfähigkeit zu verfallen, oder systemimmanente kämpfe um den erhalt von frauennischen zu führen.

wir begreifen die heutige situation als einen abschnitt der zunehmenden "modernisierung des patriachats". dieser prozess trägt in der metropole sicher andere züge wie im trikont. wir wollen an dieser stelle nicht jeden punkt ausführen(obwohl eine diskussion darüber sicher auch spannend und auch notwendig ist), da dies in diesem papier den rahmen sprengen würde. trotzdem einige stichpunkte , um zu verdeutlichen, worum es und geht:

zurückdrängen des feminismusbegriffes, widersprüche zwischen frauen haben sich verschärft, keine eindeutige benutzung des begriffes, das systemsprengende ist dabei mehr oder weniger über bord geworfen worden. tendenzen wie "neue innerlichkeit", "mütterlichkeit", aber auch repression haben zur abkopplung des begriffes von befreiung geführt und die brisanz von frauenkämpfen neutralisiert.
- wertezerfall (kleinfamilie, ehe , kirche...)
- zurückdrängen von frauen in "typische frauenrollen" , bei mitbeteiligung einiger frauen an der herrschaftssicherung.
- individualisierungstendenzen, yuppisierungs, singels...
- differenzierung und spaltung der fauen in viele verschiedene intessenslagen/ gruppen und bedingungen.
- zunehmende gewaltstrukturen - angst wird geschürt - gleichzeitig sollen unter dem druck lösungen eher innerhalb des systems gesucht werden (staatsakzeptanz tanz)
- neue moraldiskussion in den metropolen /vernichtung im trikont: die aidsdiskussion
- inhalte und lebensformen der neuen frauenbewegung werden sinnentleert und gegen linke strukturen gewendet z.b. quottierungsdiskussion, alternative kinderläden, der selbstbestimmungsbegriff der §218 diskussion wird in der aktuellen, sogenannten "euthanasie - debatte " nach rechts gewendet.
- kulturelle hegemonie
...um nur einige punkte zu nennen.

diese modernisierungstendenzen beziehen sich auf die brd mit verschiedenen paralleelen zu anderen westeuropäischen ländern. in den (in sich unterschiedlichen) ländern des trikonts und in den osteuropäischen länderm sehen viele punkte nocheinmal anders aus. wir schreiben diese beispiele, um klarzumachen in welchen kontext, jetzt die diskussion um rassismus und sexismus steht/geführt werden sollte.
uns geht es hier mit unserer kritik nicht um eine generelle schuldzuweisung, sondern um den umgang von euch, bzw. eure nicht - auseinandersetzung mit diesemthema und euer eigenes subjektives verhältnis dadrin, d.h. eure motivation zu kämpfen über das unterstützen hinaus.
vergewaltigungen die offen geworden sind gab es mehrmals in linksradikalen zusm-

menhängen. die art und weise die auseinandersetzung zu führen und auch die konsequenzen waren unterschiedlich. wir finden viele dieser auseinandersetzungen nicht unbedingt nachahmenswert.viele wurden einzelfallmäßig und punktuell thematisiert, individualisiert oder gegen die betroffenden frauen gedreht. einerseits hatten solche auseinandersetzungen den effekt, daß gewalt gegen frauen öffentlicher thematisiert worden ist, anderseits ist die eigene widersprüchlichkeit ausgeklammert worden(schablonendenken, ideologische verhaltensmuster). trotzdem fragen wir uns, warum ihr solche erfahrungen in euren diskussionen nicht miteinbezogen habt.es muß doch möglich sein, bzw. es ist notwendig erfahrungen übernehmen zu können ohne sie auf allen ebenen selbst zu machen.
aus den diskussionen, die nach der vergewaltigung folgten, ergab sich für uns das bild, daß ihr antipatriachale ansätze im ARZ als frauen zu kosten eines "pragmatismus und objektiven notwendigkeiten" in den hintergrund gestellt habt.
(frauen als sexuelles neutrum?). der weg sollte doch eigentlich auch das zeil sein, oder?

DIE ROTE ZORA

"frauen neigen dazu einer offenen konfrontation auszuweichen, solange es geht - im exil bleibent, eine überlebenstechnik - aber auch eine opferhaltung. diese opferhaltung führt dazu, sich der verantwortung für gesellschaftliche zustände zu entziehen und daran mitschuldig zu werden. so ist die tatsache, daß frauen gewalt erfahren, keine entschuldigung dafür, daß sie diese gewalt weitergeben,...
die verinnerlichung des frau seins als effektivste form der herrschaftssicherung läuft über subtile formen der verhinderung von selbstbewußtwerdung durch erziehung, moral,liebe, die normen setzen und anpassung erzwingen.
macht wird gesicherter ausgeübt über nicht offene formen, sodaß frauen auch ohne anwendung von gewalt ihre gesellschaftliche funktion übernehmen und ertragen, sich mit ihnen identifizieren. so führt die situation der frau eher zur aufgabe der identität, zur selbstzerstörung, als zum kampf gegen ihre unterdrückung...
die autonomie hat wichtige prozesse eingeleitet ,wertstrukturen der männergesellschaft in frage zu stellen, keine perspektive innerhalb gesellschaftlicher machtgefüge zu suchen, nicht über partizipation an der macht einfluß ausüben zu wollen, frauenbefreiung nicht über die männerrolle zu definieren.das hat dazu geführt, sich freiräume zu schaffen,um patriachalen strukturen zu entfliehen. das war und ist wichtig, weil keine bewegung so sehr gegen die eigene identifizierung mit dem unterdrücker ankämpfen muß,wie die frauenbewegung !"

aus: rote zora,jedes herz ist eine zeitbombe,januar 1981

es gibt für uns weiße metropolenfrauen innerhalb der gesellschaftlichen gewalt und herrschaftsverhältnissen rassismus/sexismus verschiedene widersprüche. das eigene koloniale verhältnis im gegensatz zu den eigenen zielen/vorstellungen von grundlegender gesellschaftlicher veränderung. darüber ist eine genauere auseinandersetzung dringend notwendig,die wir aber unter frauen führen wollen.

uns fällt es schwer, die konkrete kritik an euch,losgelöst vom ARZ und grosse teile der antirassistischen politik "seit hoyerswerda", zu formulieren.
einige grundsätzliche kritikpunkte sind in dem papier "kritik und überlegungen zur autonomen flüchtlingspolitik und zur tu - besetzung" in der interim nr. 168 veröffentlicht worden.auf dieses papier können wir uns positiv beziehen. einige punkte unserer kritik wollen wir jedoch in kurzfassung aufgreifen:
- euren begriff von selbstorganisierung. die räume in der tu sind hauptsächlich von weißen unterstützerInnen besetzt worden, indem raum der dadurch zum teil

entstanden ist,haben sich trotz schwieriger bedingungen flüchtlinge im alltag selbst organisiert,erstmal aus ihren bedingungen heraus.die art und weise , wie die flüchtlinge sich organisiert haben ,hat sich zum größten teil wohl nicht mit euren vorstellungen gedeckt. selbstorganisierung nur unter eurer verwaltung?
- die umkehrung dieser vorstellung von selbstorganisierung,die andere seite der medaille, ist nach dem wunsch und dem anspruch,erstmal der frust,anschließend kommen die selektionstendenzen.
kriterien zu finden, welche flüchtlinge in einem projekt wie dem ARZ wohnen können, scheint eure lösung zu sein.
die herangehensweise, immer wieder zu betonen,aus gemachten fehlern wichtige erfahrungen für euch selbst gezogen zu haben, darin sehen wir tendenzen einer selbsterfahrungsgruppe.
- argumente wie "zeitdruck", "überrödelei", "politische notwendigkeiten" um genauso weiterzumachen wie bisher.
- autonome politik als "lückenfüller" für funktionen , die kirchen,parteien,humanitäre kräfte nicht mehr besetzen, als autonome sozialarbeiterInnen und lagerverwalterInnen.

in diesem zusammenhang wollen wir mal klarstellen, das sich unsere kritik nicht an gruppen in der form richtet, die jahrelang kontinuirliche arbeit machen.verschiedene ansätze finden wir als ebene von politik wichtig und notwendig.jeder politische ansatz sollte allerdings getrennt diskutiert werden, anhand von politischer ziele und anhand von einer perspektiv - bzw. strategiediskussion. beratung, sozialarbeit und praktische hilfe kann durchaus eine ebenne autonomer politik sein,allerdings sollte die beschränktheit und systemkonformität darin immer wieder thematisiert, und in einen gesamtgesellschaftlichen kontext gestellt werden.ansonsten werden verscheidene erfahrungen und diskussions - oder praxisansätze (wie z.b. eine umfassendere diskussion um internationalismus,oder eine debatte um militante organisierung ...) rausgekickt.es entsteht eine arbeitsteilung bzw,. ein eingeschränkter blickwinkel von politik.
- funktionalisierung/objektivierung der flüchtlinge, vereinnahmung
- flüchtlinge werden vorwiegend als opfer betrachtet und somit als hilfsbedürftig. sie sind allerdings keine homogene gruppe (siehe jugendbanden wo es ein gespaltenes verhältnis der autonomen zu gibt)
- "opfer können nicht gleichzeitig täter sein" - eure logik.
- die eigene identität wird zurückgenommen,oder rausgelassen,um eine zusammenarbeit bzw. "breite" zu erreichen und um konflikte zu umgehen.
- darüber entsteht das gefühl,was ganz wichtiges zu tun,rödeln zu müssen und dabei die eigene perspektivlosigkeit (siehe zahlreiche diskussionen vor hoyerswerda) zu verdrängen.
- flüchtlingspolitik wird hauptsächlich auf bestimmte ereignisse zugespitzt gesehen, wie abschiebungen,angriffe.....
weder die fluchtursachen, noch die verantwortlichen werden thematisiert. ein internationalistischer bezug wird nicht mehr hergestellt...
-- das "angebot" der quottenlösung (die flüchtlinge der tu auf die berliner quote anzurechnen,was bedeutet das andere in die ex - ddr müssen) wude nicht offen thematisiert und gemeinsam diskutiert.
- eine auseinandersetzung um verschiedene ansätze und erfahrungen von flüchtlingsgruppen, um ziele und forderungen, wie z.b. offene grenzen, sind kaum noch in der diskussion.
-mangelnde vermittlung von eigenen anätzen,inhalten und politikverständnis (eigene motivation von politik)

diese und ähnliche kritikpunkte sind sowohl an euch als auch an andere formuliert worden,bisher mit sehr wenig ergebnis.stattdessen kam von euch sehr schnell die forderung nach durchsetzung von frauenräumen im zentrum.wir kennen aus eigener erfahrung, daß frauenräume notwendig sein können,wissen aber auch das strukturen nicht losgelöst vom inhalt entstehen können. solange die eigenen strukturen und fehler nicht angegangen werden (auch innerhalb der frauenräume), gibt es auch keine garantie die fehler nicht der reihe nach zu wiederholen.
das drückt sich auch in eurem zweiten papier in der interim aus, in dem ihr eure kritik an der 8.2. demo nicht formuliert und wohl auch nicht eingebracht habt (ihr schreibt leider auch nicht worin diese kritik bestand,genausowenig wie ihr andere punkte in diesem text konkretisiert). an dem punkt jedoch, wo die flüchtlingsfrauen etwas in der demo sehen, kligt ihr euch ein. das ist der kreislauf von "selbstgeiselung - verdrängung - wiederholung

alter muster zur erhaltung der effektivität und handlungsfähigkeit"...
insgesamt schätzen wir euer verhalten als ein totales festhalten an eurem projekt ein, daß einen zentralen punkt der antirassistischen politik darstellen soll. für uns ist das ein realitätsverlust und eine grobe selbstüberschätzung.jede grundsätzliche kritik an euch und eurer politik wird mit dem begriff "entsolidarisierung" (von euch und auch von den flüchtlingen!) abgeblockt, bishin zu der bezeichnung "aasgeier". das steht dann unter dem altbekannten motto: "wer nicht für uns ist, ist gegen uns."
einerseits schreibt ihr,ihr fühlt euch isoliert von der autonomen linken, anderseits wird es als ein "schicksalsschlag" erklärt, losgelöst von der massiven kritik, und den bedenken vieler vor der besetzung.
wir wollen damit nicht ein verhalten der scene legitimieren, "stammtischmässig" über gerade laufende initiativen zu hetzen und mit dem eigenen zusammenhang darüber abzuziehen, ohne das kritik offen und konstruktiv formuliert wird. das kann aber eure erfahrung nicht sein. eine "interne" auseinandersetzung hat unserer meinung nach nicht viel gebracht, deshalb machen wir s die kritikpunkte öffentlich.viele punkte beziehen sich natürlich nicht nur auf euch, sondern

auf alle zusammenhänge in der linken.
wir haben auch nicht vor,mit moralisch erhobenen zeigefinger, autonome ansätze und und vermeitliche klarheiten in alter manier festzuklopfen.allerdings gehen wir davon aus, daß es eine geschichte gibt, auf die wir uns auch positiv beziehen können und daß es insgesamt darum geht diese geschichte gemeinsam aufzuarbeiten.
an den punkten rassismus7 sexismus könnten es im moment folgende fragen oder diskussionsstränge sein:
- eine bilanz der antirassistischen initiativen der letzten zeit..was hat z.b. das ARZ für konkrete verbesserungen gebracht? wo sind die knackpunkte wie z.b. die quotendiskussion ...
- wäre ein langsames rausgehen der unterstützerinnen möglich, indem sie zunächst einmal nur organisatorisches übernehmen um sich tendenziell ganz rauszuziehen?
(damit meinen wir nicht, das projekt nicht mehr zu unterstützen, weil fehler gelaufen sind, sondern ev. andere formen der zusammenarbeit zu finden.

- welche antiimperialistische/ antirassistische initiativen wären z. z. denkbar? wo kann unter dem hintergrund einer gesellschaftlichen analyse druck auf verantwortliche ausgeübt werden, ohne daß es beliebig wird ergebnislos bleibt?
in diesem zusammenhang wäre auch eine genauere diskussion über bestimmung der nächsten schritte notwendig auf dem hintergrund von gemachten erfahrungeni in der organisierung zu diessm thema.dabei geht es um bündnisse genauso wie um militante organisierungsansätze.(z.b. die rz kampagne). anwelchen punkten können sich dezentrale ansätze und verschiedene ebenen antirassistischer politik ergänzen ohne inhalte zu verwässern?(z.b. zentrale punkte in den stadtteilen wo flüchtlinge hingehen können, verschiedene bündnisse, militante initiativen,demos usw...)
- wie gehen wir einerseits mit rechtsradikalismus/rassistischen strukturen um, anderseits mit einem wegfallen der sozialen puffern? (humanistische kräfte, kirchen, al,soziales netz...)
- wie können wir eine politik verbinden,die

sowohl die einzelnen flüchtlinge unterstützt, gleichzeitig aber auch offensiv für uns selbst ist?
-welche bedeutung haben diskussionen über steuerung der einwanderung bzw. alternativen? (siehe golfkriegsdiskussion,wo die linksalternativen bis in autonome kreise hinein,um den erhalt der eigenen privelegien besorgt waren, oder die diskussion um den polInnenmarkt,wo vorurteile gegen "händler" mit den "gütern " des sozialismus" bzw. "wirtschaftsflüchtlinge" auch von linken sehr massiv waren)
an welchen punkten werden dabei versuche gemacht,die flüchtlinge und die hier lebenden migrantInnen zu spalten?
- warum tauchen ziele wie "offene grenzen" nicht mehr in der diskussion auf? haben sich vorstellungen und utopien verändert?
- wie können wir eine zusammenarbeit mit anderen erreichen,wo wir uns als politisches subjekt transparent machen,und die eigenen ansätze vermitteln, ohne widersprüchez.b. patriachat zu verschleiern?
- welche möglichkeiten gibt es, aus einem eigenen verhältnis heraus, als frauen, selbstorganisierungstendenzen zu unterstützen?unter welchen voraussetzungen?
-begriffe wie internationalismus/solidarität sind nicht mehr in der diskussion. wie können wir uns wieder mehr daran auseinandersetzen,um nicht symptombekämpfung in den metropolen zu betreiben und das eigentliche ausmaß der flüchtlingspolitik aus den augen zu verlieren?

wir denken,daß es verschiedene ebenen gibt, hintergründe aufzuzeigen,verantwortliche zu benennen, die zusammenhänge zu uns herauszuarbeiten und gemeinsame ziele herauszufinden.
wie wir an einer anderen stelle des papieres von einer modernisierung des patriachats gesprochen haben,sehen wir den umbau der metropolitanischen gesellschaft überhaupt. rassismus (der teil,der geschürt,kontrolliert und einsetzbar bleibt) hat darin eine wichtige funktion zur durchsetzung.
beispiele dafür wären:
- soziale kontrolle und selktion über datein
- bevölkerungsplitischemaßnahmen im zusammenhang mit flüchtlingen (menschenversuche über blutspenden)
-offene repression und total regelmentierter alltag über razzien, kontrollen,sondermaßnahmen,asylgerichte ...
- profite mit flüchtlingen z,b. blumenhändler, schlepperorganisationen, heimbetreiber (oder auch adas drk),gaststättenbesitzer,dieflüchtlinge für ein paar mark schuften lassen...
- westeuropäische formierung/vereinheitlichungsbestrebungen über gremien wie trevi, schengen

wir haben bewußt beispiele aus den metropolen genommen. andere punkte(ansätze wie neuer antiimperialismus, fundamentalistische strömungen, "nationalitätenkonflikte" ...) würden wir zu diesem zeitpunkt lieber getrennt und differenzierter diskutieren.

insgesamt haben wir viele diskussionspunkte nur angerissen, an denen wir intressse hätten uns genauer auseinanderzusetzen. voraussetzung dafür wäre allerdings ersteinmal die bereitschaft von anderen frauen an diesen themen mit allen widersprüchen und fehlern weiterdiskutieren zu wollen.das wäre eine basis sich über vorstellungen und bereits gemachten erfahrungen,auch von uns,konkreter auseinanderzusetzen.

"Die Flüchtlingsfrage ist keine humanitäre oder juristische Frage und beschränkt sich nicht auf die Frage des "politischen Asyls". Sie ist Teil eines globalen Kassenkampfes und Ausdruck eines vom imperialistischen Weltsystem gesetzten Widerspruchs, der ein Proletariat neuen Typs hervorbringt: die mobilisierten, vertriebenen, entwurzelten Massen der 3.Welt.

So wie die Flüchtlingsbewegungen die Grenzen zwischen dritter und erster Welt überschreiten, muß heute der antiimperialistische Kampf auf die Metropole zurückbezogen werden. Es ist das gleiche imperialistische System, das die Menschen dort vertreibt, sie hier in Lager sperrt und ihnen als Sozialpolitik gegenübertritt. Antiimperialismus wird konkret, wo er Bezug auf die gesellschaftspolitischen Konflikte nimmt, die sich vor unseren Augen abspielen und wo er sich ins Verhältnis setzen läßt zu einem möglichen Klassensubjekt.

Antiimperialistische Politik in der BRD hat sich bisher an den beiden Polen der Solidarität mit den Befreiungsbewegungen der 3.Welt und der Bekämpfung der imperialistischen Kriegsmaschinerie orientiert.

Wir haben nicht die Illusion, daß die Immigranten und Flüchtlinge in der BRD mit Teilen der westdeutschen Unterklasse rasch gemeinsame Interessen entwickeln können. Trotzdem muß antiimperialistische Politik genau da angesiedelt sein, wo sich rassistisch vermittelte Klassenspaltung tendenziell aufbrechen lassen.

Es geht also nicht um humanitäre Gesten gegenüber Flüchtlingen, es geht nicht um die Verantwortlichkeit des Sozialstaates und auch nicht um die Verteidigung des Asylrechts."

Zitate: Rev. Zorn Extra 1986

Literaturhinweise:

- Metropolengedanken und Revolution
- Beiträge für feministische theorie und Praxis, 27 für einen antirassistischen Feminismus - der mythos vom schwarzen Vergewaltiger
- angela davis: rassismus und sexismus
- radikal 144, teil 2, frauenaktion gegen einen Vergewaltiger
- texte der roten zora, insbesondere jedes herz ist eine Zeitbombe
- radikal 145, gehversuche
- rape is a crime - broschüre zur vergewaltigungsdiskussion
- thümerrohr: mittäterschaft und entdeckungslust

FRAUEN BILDET BANDEN

Diese Parole sprühen Frauen seit Jahren an die Mauerwände. Einige Banden haben in der Woche vor dem 8. März unter dem Motto "HERUS ZUM 8. MÄRZ" in der Stadt ihre Spuren hinterlassen. Spuren, die tagtäglich zu einer Flut gegen den männerbeherrrschten Alltag werden müßten.

Einige Autos der MitarbeiterInnen von Radio 100,6 wurden platt gemacht. Die Bande sagt dazu:

Ob Soft- oder Hardpornos, Kinder- oder Killerpornos, alles, was der männlich geile Schwanz begehrt, wird ihm direkt über Funk und Fernsehen ins traute Heim geliefert. Vor sich hinschmachtende schwülstig, schmieriggeile Stimmen triefen über'n Äther. Es wird mobil gemacht, den männlichen Phantasien sind keine Grenzen mehr gesetzt. Schwarz-Schilling machts möglich. Hauptinhalt dieser Palette an pornographischen Brechmitteln ist die sexuelle Versklavung von Frauen; jedes Bild, jedes Wort strotzt vor Frauenverachtung. Jede Szene schreit nach Vergeltung. Einen kleinen Schritt in diese Richtung haben wir versucht, indem wir die Autos der MitarbeiterInnen vom Sender Radio 100,6 beschädigt haben und hoffen, wir konnten einigen von ihnen das Wochenende vergälen.

weitere Aktionen:

An den Fassaden Gitschiener/Alexandrinenstr., sowie Falckensteinstr. wurden große Mobilisierungsparolen gemalt.

An ca. 50 Kiosken, Videoläden und Sexshops wurden die Scheiben mit Plakaten gegen Gewalt gegen Frauen mit gutem Kleber zugebabbt.

Auf der Warschauerstr., an der Oberbaumbrücke, am U-Bahnhof schlesisches Tor sowie in der Linie 1 wurden massenhaft Plakate gegen Rassismus, Sexismus und Patriarchat geklebt.

Zwei Reisebüros, die an dem dreckigen Geschäft mit Sextourissmus verdienen, wurden nachts besucht, mit Parolen besprüht und bei einem die Scheiben eingeschmissen.

Am Humboldthafen ist ein neues Graffiti von Frauen zu bewundern (wunderbar zu sehen vom S-Bahnhof Lehrter Str.): Dead Men can't rape. Wie Vergewaltigern zu begegnen ist, zeigt ein Bild mit einer Frau mit einem verdammt spitzen Messer.

An der Sexbar Nostiz/Gneisenaustr., die mit sexistischen Frauenbildern an den Fensterscheiben und "Love Girl"-Leuchtreklame für ihre Ekelkunden wirbt, wurden die sexistischen Bilder zerstört.

ES GIBT VIELE ARTEN DEN 8. MÄRZ ZU FEIERN UND DAS JAHR HAT 365 TAGE!!!

FRAUEN SCHLAGT ZU!

Tot oder lebendig

"Nur die Ahnungslosigkeit des geborenen Opfers oder die Heuchelei des Henkers kann die Vorstellung produzieren, daß Menschwerden eine Sache des guten Willens und Könnens sei."
(aus: "Die kulturelle Revolution der Frau" von Karin Schrader-Klebert, aus Autonome Frauen. Schlüsseltexte der Neuen Frauenbewegung seit 1968.)

Wir drucken Auszüge aus dem Revolutionären Zorn Nr. 3, Mai 1977, der Revolutionären Zellen ab, um zu dokumentieren, aus welchem (Selbst-)verständnis heraus die Militanten in den 70er Jahren sich entschieden, den bewaffneten Kampf in der BRD zu organisieren. Dieses damalige Selbstverständnis, die eigene Motivation zu kämpfen, kann heute durch die Entwicklung einer autonomen radikalen Frauenorganisierung und dadurch das Wissen über Patriarchat, nicht mehr so einfach geschlechtsneutral formuliert und übernommen werden. In diesem Zusammenhang möchten wir auf das Vorwort der Roten Zora zu ihrem Praxisteil verweisen, wo sie ihr Verständnis zu militanter Praxis erklären.
Insgesamt haben wir den Eindruck, daß überhaupt eine solche militante Haltung mittlerweile innerhalb der autonomen Linken (gemischt- wie frauenorganisiert) verlorengeht.
Wir wollen hier keine neuen Mythen produzieren, sondern Euch "anregen" Euch mit den Texten und Erklärungen der militanten Gruppen, wie Rote Zora, RZ, RAF und 2.Juni auseinanderzusetzen; und diese als einen Teil von linksradikaler Geschichte der letzten 20 Jahre zu begreifen, die nicht abgeschlossen ist.
Aktuell wollen wir mit dieser Veröffentlichung einen historischen Bezug zu dem RZ-Papier "Gerd Albartus ist tot" (Interim Nr.174) und der Selbstauflösungserklärung einer Revolutionären Zelle in der letzten Interim Nr.183 herstellen.
Wir denken, daß es in diesen beiden Erklärungen eine Menge Widersprüche und Fragestellungen gibt, mit denen auch wir schon lange konfrontiert sind und die wir beantworten müssen:

- Verhältnis aus der Metropole heraus zu trikontinentalen Befreiungsbewegungen - Internationalismus - Antiimperialismus
- Antisemitismusdebatte
- Mythos vom bewaffneten Kampf - (Nicht-)Verhältnis und Ignoranz zu militanter Politik
- "Gegeneinanderausspielen" bzw. Widersprüche zwischen einem antipatriarchalen und einem antirassistischen /internationalistischen Ansatz

Wir möchten eine Debatte über die verschiedenen politischen Ansätze und Erfahrungen führen. Und wir denken, daß viele dazu was sagen können und müssen; nicht nur aber auch die verschiedenen Zellen, Viren und Frauenbanden.
Ohne einfache Lösungen zu präsentieren oder alte Grabenkämpfe zu führen oder "die Flinte in's Korn zu werfen", sondern indem die eigenen Erfahrungen, Widersprüche und Grenzen offen gemacht werden, um daraus lernen zu können.
Anknüpfend an die Diskussion um das RZ-Papier "200 Jahre sind nicht genug" vor eineinhalb Jahren.

(HÄ??? d. S.)

Einige Frauen und Männer aus der Interim

GEGEN DEN MYTHOS ★ VOM BEWAFFNETEN KAMPF

Revolutionärer Zorn Nr. 3

(...)
Die Frage konkret zu stellen, heißt: sie zu beantworten - so oder so.
Wer nicht antworten will, produziert Gerüchte, die sich inzwischen zu einem handfesten Mythos ausgewachsen haben: Für die einen ist der Bewaffnete Kampf die aktuelle Verkörperung des Leibhaftigen, etwas Fürchterliches, es läuft ihnen schon beim Gedanken daran, eiskalt den Rücken runter. Für die anderen ist er das absolut Größte, sowas wie ein Glaubensbekenntnis, ein Werk von Giganten - eben auch nur ein Mythos!

Dieser Mythos, der negativ aber auch der positiv besetzte, hat die Funktion aus der selbstverständlichsten Geschichte der Welt: daß der **Unterdrückte Widerstand leistet - und zwar nicht nur mit dem Maul** - eine übermenschliche, auf jeden Fall eine nicht machbare Angelegenheit zu machen
Die Existenz der Stadtguerilla hat diesen Mythos nur wieder aktuaklisiert, gewachsen ist er in den jahrhundertelangen Niederlagen des deutschen Volkes - der Bauern, der Arbeiter, der Frauen, der Alten, der Kinder, der Minderheiten (wie der Juden) gegenüber Herrschaft in jeder Form.
Alle Herrschaftsverhältnisse kommen auf Dauer nicht mit der physischen Unterwerfung der Menschen aus, sie müssen sich in den Köpfen und Seelen einnisten - sie kolonisieren. Hat in der Vergangenheit diese Funktion im wesentlichen Religion übernommen, so ist das heute zu einem harten Job für ein Millionenheer von Richtern, Journalisten, Technikern, Wissenschaftlern, Meistern, Medizinern, Beamten, Psychiatern geworden. Die Produktionsverhältnisse, die Wohn- und Schulverhältnisse, die Lebens- und Sterbeverhältnisse sind so organisiert, daß sie nicht nur tägliche Zerstörung produzieren, sondern auch das Gefühl des Unabänderlichen-Ewigen - den Mythos von der Macht.
Die Macht und ihr Mythos halten die ihr unterworfenen Menschen im Status von Kolonisierten. „Der Kolonisiertenstatus ist eine Neurose-".(Sarte) Eine Neurose, die ständig die Lebenskraft der Menschen untergräbt, sie an ungelebten Möglichkeiten, an den täglich erduldeten Niederträchtigkeiten ersticken läßt, so wie die Verschmutzung in einem See den Sauerstoff bindet, den die Fische zum leben brauchen. Das Ergebnis ist die massenhafte Auflösung von Personen, das Auseinanderbrechen von Identitätsresten - platic people - geladen bis zum Zerbersten mit Furcht und Aggressionen. „Diese zurückgehaltene Wut dreht sich, wenn sie nicht ausbricht, im Kreis herum und richtet unter den Unterdrückten selbst Verheerungen an."(Sartre) Man braucht sich nur in der deutschen Linken umzugucken und man stößt überall auf die katastrophalen Spuren dieser VERINNERLICHTEN REVOLTE:
Wer die Macht und die Herrschaft nicht mit seinen ganzen Fähigkeiten angreift, sich nur wegduckt, wie die Alternativbewegung, der strickt selber mit am Mythos von der Macht und damit auch an seiner Entsprechung: dem Mythos vom bewaffneten Kampf.
Denn wer Herrschaftsverhältnisse nicht angreift, erklärt sie dadurch **praktisch für unangreifbar,** egal was er sich theoretisch dazu denkt. Folglich können die, die sie mit Erfolg angreifen, keine normalen Menschen sein. Deutlich wird das bei der Lorenz-Entführung: da ist von eiskalten, frechen Spezialisten die Rede, von Politprofis, von genialen Strategen... kurzum von Übermenschen - von Monstren. Die Niederlage, die der Revolutionär Illich Ramirez Sanches einigen Herrschaften bereitet hat, versuchen sie in ihrer Beweiskraft dadurch zu entschärfen, daß sie sie zu den Geniestreichen eines Phantoms verzerren - des Phantoms „Charlos". Dieses Verfahren wird grundsätzlich jeder erfolgreichen Aktion gegenüber angewandt: Erfolgreicher Widerstand wird an Ort und Stelle zur Legende verarbeitet - zum Werk von Über- oder Untermenschen - jedenfals nicht Menschen gemacht, für die Unterdrückten gilt also weiterhin: Widerstand liegt nicht im Bereich des MENSCHENMÖGLICHEN, Herrschaftsverhältnisse sind unabänderlich, daher greifbar.

Die ETA sagt dazu, wie sie Carrero Blanco in den Himmel hat fahren lassen, folgendes:
Jon: „Zusammenfassend kann man sagen: es ist nicht notwendig, Bergbauingenier zu sein, um einen Tunnel zu graben, noch muß man Sprengstoffspezialist sein, um das Pflaster in die Luft zu jagen, ebensowenig ist es notwendig, Spezialist für Optik zu sein, um ein Auto so hinzustellen, daß man eine Stelle markiert und jemanden hinzustellen, der ein Zeichen gibt. Anders gesagt, man muß die Mythen vernichten. Niemand ist ein Gott und braucht das zu sein: das ist das Werk ganz normaler Leute..."
Die Entmenschlichung der Revolutionäre, ihre Vertierung oder Gigantisierung, diese beiden Varianten der Mythologisierung, ist die klassische ideologische Waffe der Konterrevolution.
Die Linke macht diese Dreieinigkeit komplett, indem sie den Mythos von den Politruks dazusteuert, die sich gegenseitig und ihre Umwelt mit einem abstrakten, todeswütigen politischen Leistungsdruck erpressen, funktionalisieren, verheizen.

Keiner soll sich in den Revolutionären wiedererkennen. Denn sich mit uns identifizieren, heißt zu begreifen, daß Revolution immer ist, daß es kein „vor der Revolution" und kein „nach der Revolution" gibt. Selbst wenn sich die revolutionären Kräfte nicht rühren, findet Revolution statt, nämlich Konterrevolution. Es gibt in den Beziehungen zwischen Herrschenden und Beherrschten keine Sekunde einen Stillstand. Jede Lebensäußerung eines Menschen ist von diesem Krieg geprägt: sie hat entweder den Charakter des Hinnehmens oder den Charakter des Aufbegehrens: dazwischen gibt es nichts. Oder anders ausgedrückt: **man kämpft entweder gegen dieses System oder man wird vom System gelebt.**

Wer kämpft, steht auf der Liquidierungsliste dieses Staates. Wer nicht kämpft, stirbt systemimmanenten Erstickungstod. Wer uns also Todestrip vorwirft, hat sich für letzteres entschieden und zwar kampflos, während wir mit allen Mitteln um unser physisches und psychisches LEBEN kämpfen.

Denn Leben muß erst erkämpft werden, es muß Stück für Stück aus den Krallen des Molochs zurückerobert werden.

Denn wir tragen alle das Kainsmal der Kolonisierten: Angst, Scham, Konkurrenz, Neid, Brutalität vermengt mit Sentimentalität... Und nur durch die radikale Negation all dessen, was man aus uns gemacht hat, werden wir Menschen werden, werden wir leben lernen. Das bedeutet: „um gegen den Feind zu kämpfen, müssen wir gegen uns selbst kämpfen. Beides ist ein und dasselbe."(Sartre) Und das, was uns treibt, ist die Ahnung davon, was Menschen sein könnten, was autonome Völker sein könnten. Wenn wir Chile erleben, wenn wir Portugal erleben, wenn wir Te Saatar erleben, wenn wir Stammheim erleben, wenn wir Brokdorf erleben, dann wissen wir, daß der unversöhnliche Hass auf diese Menschen- und Völkerfresser in all unserer Verstümmelung das Menschlichste in uns noch ist.

„Diese ununterdrückbare Gewalt ist kein absurdes Unwetter, auch nicht das Wiederaufleben eines Ressentimentes: **SIE IST NICHTS WEITER, ALS DER SICH NEU SCHAFFENDE MENSCH!"** (Sartre) Wir behaupten, daß jemand, der nicht mit all seinen Kräften, Fähigkeiten, seiner Fantasie, seinen Gefühlen, seinen Möglichkeiten den Kampf gegen dieses Menschenfressersystem aufnimmt - und zwar mit der Perspektive, das Leben zu gewinnen, d.h. sich bewaffnet - ein Kolonisierter bleibt, ein vom System gelebter. Und wir behaupten weiterhin, daß der bewaffnete Kampf im Rahmen der Möglichkeiten jedes Menschen liegt. Das wissen wir, weil wir es an uns selbst praktisch erfahren haben.

Nichts macht einen Menschen mehr fertig, als die weltweiten, die großen und die kleinen Niederträchtigkeiten hinnehmen zu müßen, weil die Angst vor dem Zorn der Staatsgewalt größer ist, als die Angst, an der eigenen schrittweisen Korrumpierung allmählich zu ersticken. Wir haben auch Angst, denn was dieses System an Verfolgung, Folter, Vernichtung denen zugedacht hat, die es angreifen, ist wahrlich furchterregend.

Zu Revolutionären gehört die Angst wie der Zorn und ihre Entschlossenheit, sich als Menschen neu zu schaffen, in den Metropolen anzugreifen und damit den weltweiten Kampf gegen den Imperialismus zu unterstützen. Wir müßen mit dieser Angst umgehen lernen und sie nicht wie einen dunklen Fremdkörper verdrängen. Denn verdrängte Angst macht ängstlich, irrational, durchgeknallt. Angst, die man gelernt hat, in Griff zu kriegen, die einem nicht mehr fremd ist, macht cool, zuversichtlich und fürsorglich untereinander (weil wir sie nicht mehr gegenseitig ausspielen). Ein wesentlicher Schritt vom angstkranken Untertan zum **neuen Menschen.**

Aus diesen praktischen Erfahrungen heraus glauben wir auch nicht an jene Zärtlichkeit, an jenes neue Verhalten untereinander, das ein Teil der Linken zur Zeit propagiert, weil es als Alternative zum Kampf propagiert wird. Das ist eine Zärtlichkeit, die keinem Druck standhält, ein Verhalten untereinander, das von Betulichkeit strotzt - kurzum man bestätigt sich furchtbar lieb und verständnisvoll in dem, was man/frau **ist.**

(...)

Die Revolte, die Auflehnung — das ist Leben. Der Kampf gegen die Maschinisierung des Menschen ist Leben. Den Unterdrücker zu ermorden, ist Leben. Todestrip ist es, Unrecht, Ausbeutung, Erniedrigung jammernd hinzunehmen, mit „neuer Sinnlichkeit" die eigenen Erfahrungen von Militanz und Widerstand zu denunzieren. **Todestrip ist es, sich mit der Repression zu arrangieren, nur weil sie heute noch stärker ist**

Wir sind noch wenige, die kämpfen, aber wir sind im Kommen. Manche von uns werden vor der Zeit sterben, aber in unseren Beziehungen, unseren Kollektiven, unserem Leben realisiert sich ein Teil dessen, was wir wollen.

Es gibt derzeit in der BRD keine revolutionäre Massenbewegung. Die Taktik der Stadtguerilla ist ein Ausdruck dieser Defensive und Schwäche und nicht etwa Ersatz.

DEVRİMCİ SOL

7.292

IN UNSEREM LAND, IN DEM DIE FOLTER, DIE MASSAKER UND DAS VERSCHWINDENLASSEN VON PERSONEN ZUNEHMEN UND DIE MÖRDER FREI LEBEN KÖNNEN, WERDEN WIR WEITER DIE VOLKSJUSTIZ DURCHSETZEN!

DIE REGIERUNG, DIE MASSAKER UND FOLTER BEFIEHLT UND DIE MÖRDER SCHÜTZT, TRÄGT DESHALB DIE VERANTWORTUNG FÜR ALLE TODESFÄLLE...! ...

Demirel und Inönü sollen nicht glauben, daß sie ihre Absichten ungestört verwirklichen und diese Politik fortsetzen können, während wir tatenlos zusehen. Die Revolutionäre hatten gestern genauso wie heute die Kraft und den Mut, sich gegen die gegen das Volk gerichtete Unterdrückungs- und Folterpolitik zu widersetzen und sich gegen alle Angriffe zu wehren. Niemand soll glauben, daß die Revolutionäre zu dieser Doppelmoral und Kollaboration, zu der Unterdrückung, der Folter und den Morden schweigen und tatenlos zusehen oder durch sie geschwächt werden.

WIR HABEN DIE REGIERUNG OFTMALS GEWARNT!

Wir haben gefordert, daß die Folterer, die die Revolutionäre und das Volk massakriert haben, ermittelt und verurteilt werden sollen. Wir haben gefordert, daß die Folter und die Hinrichtungen vor Ort aufhören, das Schicksal der Verschwundenen aufgeklärt werden soll. Aber es passierte nichts. Sie versuchen diese Forderungen des Volkes und der Revolutionäre gleichzeitig durch leere Versprechungen von Demokratie und Menschenrechten und durch Terror und Folter zu unterdrücken.
In den 3 Monaten ihrer Regierungszeit ist ihre Politik der Unterdrückung und Folter, die sie verstärken werden, offensichtlich geworden. Wir haben die folgenden Aktionen mit dem Ziel verwirklicht, die DYP-SHP Regierung nochmals zu warnen und ihr zu zeigen, daß wir ihre Schritte aufmerksam beobachten.
Wir haben am 3. Februar 1992 **in Istanbul** Atif ÖDÜL (Hauptkommissar),
Mürüvet AKPINAR (Polizistin),
Salih SEVGICAN (Polizist),
in Adana: Edip SALMAN (Polizist) (x),
in Izmir: Ahmet KAYA (pensonierter Polizist)
bestraft, weil sie Folterer waren.
Am 6. Februar 1992 haben wir
in Istanbul: den Oberstaatsanwalt des Staatssicherheitsgerichts Yaşar GÜNAYDIN,

seinen Leibwächter Şaban CEYLAN und
seinen Fahrer Halit BALTA (xx) bestraft.

In Adana: wurde das Polizeipräsidium gestürmt und der Polizist Özer ÖZKAYA (xxx) von unserer Organisation bestraft.
Die Regierung und ihre Unterstützer nennen die Aktionen "Terror" aber die Völker der Türkei wissen, daß der eigentliche Terrorist der Staat ist.
Wenn die Killerhaufen mit Waffen und staatlicher Vollmacht ihren Terror weiterführen, indem sie das Volk und die Revolutionäre erschießen, durch die Folter töten und die Leichen verschwinden lassen, Menschen bleibende Behinderungen durch die Folter zufügen, sie jahrelang der Freiheit berauben und sie an den Galgen bringen, werden auch sie ihre gerechte Strafe erhalten.

Die Regierung kann weder die Folterer in Istanbul, Adana und in Izmir, noch den Oberstaatsanwalt der Staatssicherheit Istanbuls Yaşar GÜNAYDIN, in Schutz nehmen. Die Regierung weiß besser als alle anderen über deren Verbrechen Bescheid, denn sie hat die Folterer dafür belohnt, indem sie diese Verbrechen in die Personalakten als Erfolge für Beförderung einträgt. Wegen dieser Verbrechen wurden jene von der Volksjustiz verurteilt und bestraft.
Die Polizisten, die wir in Istanbul bestraft haben, Atif ÖDÜL, Mürüvet AKPINAR und Salih SEVGICAN, arbeiteten wie die Presse jetzt auch berichtet, seit Jahren in der 1. Abteilung der Politischen Polizei. Alle Revolutionäre, die dorthin verschleppt worden sind, haben sie als Folterer kennengelernt. Auch die Polizisten, die wir in Adana und Izmir bestraft haben, waren genauso bekannte Folterer. Der Oberstaatsanwalt des Staatssicherheitsgerichtes Yaşar GÜNAYDIN, den wir am 6.2.92 in Istanbul bestraft haben, war ein *bekannter volksfeindlicher Faschist*, der sich ebenfalls vieler Verbrechen schuldig gemacht hat. Er war ein Feind des Volkes und der Revolutionäre, der während des Putsches vom 12. März 1971 und 12. September 1982 als Staatsanwalt an den Militärgerichten, später an denen der Staatssicherheit gearbeitet hat. Er war bei Folterungen anwesend, hat mit der Kontra Komplotte geschmiedet und in Prozessen die Köpfe von Revoltionären gefordert.
Mit dieser Identität ist er ein Symbol für die Funktion und die Arbeitsweise der Staatsicherheitsgerichte. Deshalb ist er auch zum Oberstaatsanwalt des Staatssicherheitsgerichts von Istanbul ernannt worden.
Weder Yaşar GÜNAYDIN noch Nusret Demiral (Oberstaatsanwalt der Staatssicherheit von Ankara) noch die Staatsicherheitsgerichte allgemein haben etwas mit der regulären zivilen Justiz zu tun. Die ganze "Leistung" von Yaşar GÜNAYDIN und Nusret DEMIRAL besteht aus Folter und Komplotten. Für diese beiden Mitglieder der Kontra sind die Staatssicherheitsgerichte der beste Ort, ihre "Fähigkeiten" darzustellen.
Die Staatssicherheitsgerichte vertreten die Kontrajustiz und setzen diese durch.
Die Aufgabe der Staatssicherheitsgerichte ist, der Unterdrückung, der Folter, dem Terror, den Einschüchterungen und Erpressungen sowie den Komplotten einen juristischen Mantel umzuhängen. Sie sind Instrumente zur Niederschlagung des Volks und der Revolutionäre und zur Vernichtung ihrer organisierten Kräfte.
Wir warnen nochmals die Richter und Staatsanwälte, die noch an den Staatssicherheitsgerichten beschäftigt sind: Leistet der Kontra und dem Ausbeutungsregime keine Dienste. Wenn ihr keine weiteren Verbrechen begehen wollt, tretet zurück und berichtet öffentlich über die Arbeitssweise dieser Institution gegen das Volk und die Revolutionäre, über die Folter, die geplanten Komplotte und darüber, wie die Prozesse geplant und vorbereitet werden. Ihr müßt wissen, daß ihr, solange ihr im Dienst bei den Feinden der Menschen steht, zur Rechenschaft gezogen werdet und ihr der gezielten konsequenten Verurteilung durch die Volksjustiz nicht entgeht.
Der Polizist Şaban CEYLAN, der Leibwächter von Yaşar GÜNAYDIN, hat unsere wiederholten Aufrufe, diese Volksfeinde nicht weiter zu schützen und unsere Kämpfer nicht zu behindern und zu gefährden, nicht befolgt und ist aus diesem Grund bestraft worden.
Hier rufen wir nochmals alle Polizisten auf:
Unterlaßt die Gefährdung des Volkes und der Revolutionäre, unterlaßt die Teilnahme an der Folter und Morden; schützt die nicht mehr, die diese Verbrechen begehen, stellt Euch nicht mehr als Leibwächter zur Verfügung.
Polizisten, ihr ruft heute die Parole: "Blut für Blut - Vergeltung." Wir verstehen Euch - Ihr habt Angst! Ihr wißt, daß die Volksjustiz Euch früher oder später bestrafen wird und seid

deshalb unruhig. Aber ihr wendet Euch mit Euren Parolen an die falsche Adresse. Euer Blut wird von der Oligarchie vergossen, die Euch den Befehl zu Folter und Massakern gibt. Sie zwingt Euch, Verbrechen am Volk und an den Revolutionären zu begehen, sie gab Euch den Befehl zu dem Massaker an 12 Revolutionären am 12. und 14. Juli. **Eins dürft Ihr nicht vergessen: Kein Verbrechen wird von der Volksjustiz ungestraft bleiben, sie wird Euch zur Rechenschaft ziehen. Der werdet Ihr nicht entgehen.** Aber wenn Ihr öffentlich gesteht, bereut und Euch der Volksjustiz ergebt, wird Euch Euer Leben garantiert.
Andererseits war der Chauffeur Halit BALTA des Staatsanwalts nicht Ziel der Aktion, aber auch er hat unsere wiederholten Aufrufe nicht befolgt. Wir wollen niemanden bestrafen, der es nicht verdient hat. Deshalb hat unsere Organisation einen Aufruf an Leute wie Halit BALTA veröffentlicht, den wir hier nochmals bekräftigen. Hätte der Chauffeur den Aufruf befolgt, wäre er noch am Leben.

WIR WARNEN DIE REGIERUNG NOCHMALS!..
Wir werden weiter fordern, und ihr habt niemandem gegenüber ein Recht, ihn hinzuhalten und die Völker weiter mit Demokratie versprechen zu belügen. **Entweder erfüllt ihr unsere legitimen Forderungen oder wir werden sie erzwingen.**
Die Regierung trägt mit ihren Lügen, ihrer Doppelmoral und durch ihre vollständige Unterwerfung unter den Imperialismus die Verantwortung für die Entscheidungen des MGK (nationaler Sicherheitsrat), der mit seinen Befehlen und Äußerungen den Folterern und Volksfeinden Mut macht zur Durchführung einer Politik des Blutvergießens. Und diese Verantwortung werden sie nicht los. Wir werden sie auf jeden Fall zur Rechenschaft ziehen. Erneut warnen wir v.a Demirel und Inönü, alle Mitglieder der Regierung, die Führung von DYP-SHP und alle Abgeordneten: Ihr und Eure Politik seid für das Blutvergießen verantwortlich. Die Konsequenzen für diese Politik werdet Ihr ziehen müssen. Eure Lügen und doppelmoralischen Äußerungen werden Euch nicht retten können. Ihr habt nur einen Ausweg: Erfüllt die Forderungen des Volkes und der Revolutionäre und sprecht die Wahrheit!..

KURDISCHES, TÜRKISCHES VOLK UND ALLE ANDEREN VÖLKER DER TÜRKEI!
Vor vier Monaten haben Demirel und Inönü mit der Lüge von Demokratie und Menschenrechten die Stimmen der Massen erhalten und jetzt kann man hinter ihrer Maske ihre häßlichen Fratzen sehen.
WIR MÜSSEN FORDERN!
Denn wir fordern, was uns gehört. Folter, außergerichtliche Exekutionen vor Ort und das spurlose Verschwinden müssen aufhören, und die Verantwortlichen müssen gefunden werden. Wir müssen Arbeitsplätze und Wohnungen fordern. Wir haben ein Recht auf ein menschenwürdigeres Leben. Wenn wir unsere Stimme nicht erheben, werden sie uns weiter Brot, Arbeit, das Leben und unsere Kinder nehmen.
GLAUBT IHREN LÜGEN NICHT!
Glaubt ihnen nicht, wenn sie von Demokratie und Menschenrechten sprechen.
Glaubt ihnen nicht, denn die Folterer arbeiten weiter und ihre Folterinstrumente sind am alten Platz.
Glaubt ihnen nicht, denn die Generäle des 12. Septembers laufen mit ihren blutigen Händen frei herum und die Regierung geht gegen sie nicht vor.
Glaubt ihnen nicht, auch der Minister für Menschenrechtsfragen fordert im Fernsehen Vergeltung für die bestraften Folterer.
Glaubt nicht ihren Worten "Wartet, wir werden es Euch geben", denn sie haben dem Volk nichts zu geben. Sie sind damit beschäftigt, nach Wegen zu suchen, wie sie die Profite des Imperialismus und der Kollaborateure auf Eure Kosten vergrößern können.
Wir dürfen nicht glauben, wir müssen fordern, wir müssen unsere Stimme erheben – wir müssen kämpfen!

Wir fordern, daß sie uns unsere legitimen Rechte geben, sonst werden wir sie selber durchsetzen. Die Regierung hat das Erbe der Generäle des 12. September und der ANAP übernommen. Wir werden nicht zulassen, daß die Regierung hinter der Maske der Demokratie und der Menschenrechte Terror und Unterdrückung legalisiert. Wenn Folter, Massaker, Repression und Ausbeutung weiter gehen, setzen wir unsere Aktionen auch weiter fort.

WIR WOLLEN UNSERE RECHTE, GEBT IHR SIE UNS NICHT, ERZWINGEN WIR SIE UNS!
DIE DYP-SHP REGIERUNG SETZT DAS ERBE VON DEN GENERÄLEN DES 12. SEPTEMBER UND DER ANAP-REGIERUNG FORT!
WIR WERDEN ES NICHT ZULASSEN, DASS DIE REGIERUNG UNTER DEM DECKMANTEL DER MENSCHENRECHTE UND DEMOKRATIE DIE UNTERDRÜCKUNG UND DEN TERROR LEGITIMIERT!
SOLANGE FOLTER, MASSAKER, AUSBEUTUNG UND GRAUSAMKEIT WEITERGEHEN, WERDEN WIR AUCH UNSERE AKTIONEN FORTSETZEN!

DEVRİMCİ SOL
Silahlı Devrimci Birlikler

(x) Die Nachrichten in der Presse über die Bestrafungsaktionen in Istanbul und Adana, in denen behauptet wird, diese Aktionen seien von der PKK durchgeführt worden, sind Lügen und Provokationen der Polizei. Sie zeigen die Hilflosigkeit der Polizei und der Regierung.
(xx) Die gleiche Taktik benutzte die Polizei auch für diese Aktion. Sie hat behauptet, daß die Aktion gegen den Staatsanwalt von der Organisation THKP-C-Rote Armee verwirklicht worden sei. Eine Organisation unter diesem Namen existiert nicht. Sie ist eine Erfindung der Polizei.
(xxx) Während dieser Aktion ist ein Genosse von uns gefallen.

Die Revolutionären Linken Kräfte bereiten an dem Platz, an dem 34 unserer Genossen am 1.Mai 1977 gefallen waren und 1989 der Genosse Mehmet Akif Dalcı gefallen war, ein Transparent mit der Aufschrift "Es lebe der 1.Mai!" aus. Ein Bild, als die Polizei mit Gewalt die Menschen verschleppt.

Gegen die herrschende Weltordnung: 500 Jahre sind genug!

Gemeinsam gegen den Weltwirtschaftsgipfel '92 in München

Vom 6. bis 8. Juli treffen sich die Chefs der sieben mächtigsten Staaten (G-7) zum Weltwirtschaftsgipfel (WWG) in München. Daß sie ihr Treffen "Welt"wirtschaftsgipfel nennen, ist Ausdruck von Arroganz - als wären diese sieben Staaten schon die Welt - und von realen Machtverhältnissen - schließlich beherrschen die Konzerne und Banken aus diesen Ländern tatsächlich die Weltwirtschaft. Seit 1975 finden jährlich WWG's statt, die der Absprache zwischen den kapitalistischen Großmächten dienen. Gestritten wird um Absatzmärkte, Wechselkurse, Atomkraft und Rüstung. Der Club der Reichen bildet eine Front gegen die Menschen im Trikont, gegen revolutionäre Bewegungen und Forderungen wie Schuldenstreichungen. Der Münchner WWG tagt vor dem Hintergrund der zusammengebrochenen Sowjetunion und der neuen deutschen Weltmachtposition. Eines der Hauptthemen wird die ökonomische und politische Aufteilung Osteuropas sein. WWG's sind auch Propagandashows: Werbung für die angeblich "funktionierende" Marktwirtschaft, Demonstration imperialistischer Stärke, Selbstdarstellung der Regierungen. Der Gastgeber Großdeutschland wird in München seinen Anspruch auf Weltgeltung demonstrieren.

1992 jährt sich ein anderes Ereignis zum fünfhundertsten Mal, die "Entdeckung" Amerikas 1492. Unter dem Motto "Begegnung zweier Welten" feiern die Herrschenden in Europa und Amerika diesen Auftakt kolonialer Expansion: Olympiade in Barcelona, Weltausstellung in Sevilla, nachgebaute Karavellen segeln in die Karibik, die Columbus-Statue wird mit der Freiheitsstatue in New York vermählt. Im Oktober treffen sich die Nachfolger der Conquistadoren, Bischöfe und Papst, lateinamerikanische Präsidenten und spanischer König auf Santo Domingo, um ihre Heilige Allianz zu bekräftigen.

Feiern werden die Herrschenden zugleich ihren Sieg im Kalten Krieg und sie werden ihre Vision einer "one world" von Demokratie und Menschenrechten, Marktwirtschaft und Zivilisation propagieren. Welch ein Zynismus, welch eine Heuchelei angesichts der Realität einer weltweiten ökonomischen, ideologischen und kulturellen Ordnung, die für Konkurrenz und Ausbeutung, für Hunger und Elend, Folter und Krieg, für die rassistische und sexistische Unterdrückung und Ausbeutung verantwortlich ist!

4.7. Großdemo

(Beginn:.......Ort: ...... Route: ......)

3.7. - 5.7. Internationaler Gegenkongreß

6.7. - 8.7. Aktionstage

(Themen der Tage: .....)

500 Jahre Kolonialismus

1492 landete Columbus in der "Neuen Welt". In den folgenden Jahrhunderten ermordeten die europäischen Invasoren etwa einhundert Millionen EinwohnerInnen des amerikanischen Kontinents. Zur Ausplünderung der "Neuen Welt" verschleppten die weißen Kolonialherren fünfzehn Millionen AfrikanerInnen als SklavInnen nach Amerika, weitere sechzig Millionen AfrikanerInnen kamen bei den Menschenjagden der Europäer und während des Transports ums Leben. Bankhäuser wie Fugger und Welser finanzierten die koloniale Expansion, profitierten von indianischer Zwangsarbeit und Sklavenhandel. Von 1880 bis 1914 setzte Deutschland diese koloniale Tradition fort und entwickelte in Afrika und Ozeanien jene Praktiken, die die Nazis später in Europa benutzten: Völkermord an den Hereros und Nama 1907 in Namibia durch Massenhinrichtungen, Arbeitslager und Hunger.

Mit der Eroberung Lateinamerikas wurde der Anfang gemacht für die bis heute andauernde Ausplünderung des Trikont durch den weißen Mann. Als Konsequenz daraus lebt heute ein Drittel der Menschheit in "absoluter" Armut, in Unterernährung, Krankheit und Analphabetismus, ein weiteres Drittel vegetiert in "relativer" Armut. Davon profitieren die Banken und Konzerne, sowie ein Teil der Bevölkerung in den kapitalistischen Zentren Westeuropas, Nordamerikas und Japans. Doch selbst hier nehmen Arbeitslosigkeit, Analphabetismus, mangelhafte Ernährung und Obdachlosigkeit wieder zu.

Als Ergebnis 500jähriger Ausbeutung sind seit dem 2. Weltkrieg die Länder des Trikont von den westlichen Industrienationen in einen horrende Verschuldungsspirale getrieben worden. Allein in den 80er Jahren wurden 365,9 Milliarden Dollar an Zinsen gezahlt. Seit 1984 fließen aus Schuldendienstzahlungen mehr Finanzmittel aus der Peripherie in die Zentren als umgekehrt: Subventionierung der Reichen durch die Armen. Damit dies so bleibt werden von den internationalen Institutionen (Internationaler Währungsfond IWF, Weltbank etc., beherrscht von den WWG-Staaten) den Trikont-Ländern immer neue Programme auferlegt, die die Kürzung von Subventionen für Grundnahrungsmittel, Wohnungsbau, Bildungswesen und Gesundheitsversorgung vorsehen sowie eine Senkung der Löhne, Entlassungen und eine Liberalisierung des Außenhandels erzwingen. Um die Schulden zurückzahlen zu können, darf nicht produziert werden, was die Länder brauchen, sondern, was für Devisen verkauft werden kann: Kolumbien produziert Blumen, Argentinien exportiert Viehfutter für EG-Hochleistungskühe. Die vollständige Ausrichtung der Wirtschaft auf den Weltmarkt verschlechtert die Terms of Trades durch Überangebot und verringert die Einnahmen. Neue Kredite, die an die Erfüllung zumeist weitergehender Auflagen gebunden sind, werden zur Rückzahlung der Zinsen gebraucht. Für den größten Teil der Bevölkerung heißt die Politik von IFW und Weltbank: Mehr Arbeit für das tägliche Überleben, weite Wege, wenn die öffentlichen Verkehrsmittel unerschwinglich werden, Analphabetismus, Arbeitslosigkeit und verschlechterte Lebensbedingungen. Das erneute Auftreten der Cholera in Lateinamerika ist deshalb direkte Folge der IWF-Strategie: Die Mittel für Gesundheitsversorgung wurden seit Jahren gestrichen.

Gegen die Supermacht EG, den Zusammenschluß der Kolonialherren

Nur durch die Ausplünderung der "Neuen Welt" konnte sich der Kapitalismus in Europa in dem Maße entwickeln. Das notwendige Kapital stammt aus den Bergwerken Amerikas, in mörderischer Zwangsarbeit von den EinwohnerInnen an die Oberfläche gebracht, durch die Gold- und Silberschiffe herübergeschafft. Ihren Vorsprung haben die europäischen Kapitalisten nur durch die neokoloniale Weltwirtschaftsordnung, z.B. den ungleichen Tausch und die Niedriglohnproduktion in den Weltmarktfabriken halten können. Daß 500-Jahr-Feiern und Vollendung des EG-Binnenmarktes zusammenfallen, erscheint wie eine programmatische Ankündigung für die nächsten 500 Jahre. Unter deutschem Hegemonieanspruch formiert sich die EG zur neuen imperialistischen Supermacht in Konkurrenz zu den USA und Japan; nicht nur ökonomisch, sondern - vorangetrieben von der deutsch-französischen Achse - auch politisch und militärisch über WEU und KSZE.

Gegen Großdeutschland!

Mit der Annexion der DDR 1990 hat der Wiederaufstieg Deutschlands eine neue Qualität erreicht. Als Juniorpartner der USA konnte der deutsche Imperialismus während des Kalten Krieges seine Macht neu aufbauen, ökonomisch holte die BRD in den 70er Jahren die USA ein; die deutsche Armee ist nach dem Zerfall der Sowjetunion die stärkste in Europa. Nur der direkte Zugriff auf Atomwaffen fehlt noch. Unter UNO oder KSZE-Deckmantel werden demnächst deutsche Landser außerhalb des NATO-Bereiches marschieren. Aufgrund seiner wirtschaftlichen Stärke innerhalb der EG und gegenüber Osteuropa hat der deutsche Imperialismus damit im dritten Anlauf erreicht, was zweimal in diesem Jahrhundert militärisch scheiterte - die Vormacht in Europa.

Die Kontinuität beschränkt sich nicht auf die Außenpolitik. Rassismus, verankert im Grundgesetz, in Ausländer- und Asyl-

verfahrensgesetzen, in der Praxis von Polizei, Justiz und Bürokratie, wird von allen staatstragenden Parteien gestützt und ergänzt durch den Straßenterror des deutschen Mobs.

Osteuropa - Hinterhof Großdeutschlands

Osteuropa und die Gebiete der ehemaligen Sowjetunion werden in den EG-Block integriert, differenziert nach Verschuldungsgrad, Rohstofflagern, vorhandener Infrastruktur und Fabrikdisziplin. Deutsche Kreditinstitute halten z.B. 50 Prozent der Forderungen aller Banken gegenüber der ehemaligen Sowjetunion; zwar gehen nur 4 Prozent der deutschen Exporte nach Osten, was dort jedoch einem Marktanteil von knapp 50 Prozent entspricht. Länder wie die Tschechoslowakei, Ungarn oder Slowenien werden künftig den Status von reinen Zulieferern für den Westen einnehmen, weite Teile der ehemaligen Sowjetunion, Bulgarien und Rumänien auf Trikont-Niveau absinken. Osteuropa und die GUS-Staaten verwandeln sich in eine Armutsregion, mit wenigen prosperierenden Sonderwirtschaftszonen.

Gegen die Unterdrückung von Frauen

Frauen werden weltweit besonders ausgebeutet und unterdrückt. Sie verrichten *zwei Drittel* der Arbeit, erhalten aber nur *ein Zehntel* des Einkommens und besitzen nur *ein Prozent* des Eigentums. Sie erhalten im Durchschnitt 40 % weniger Lohn als männliche Arbeiter. Aufgrund der weltweiten geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung leisten Frauen fast überall zusätzlich unbezahlte Reproduktionsarbeit (z. B. Hausarbeit, Kindererziehung, soziale Versorgung). Frauen werden bei Ernährung und Ausbildung sowie der Gesundheitsversorgung benachteiligt, ihr Körper wird als Ware gehandelt (Sextourismus, Frauenhandel, Prostitution). Sie sind vielfältigen Formen patriarchaler und sexistischer Gewalt und Folter ausgesetzt. Frauen leben weltweit in wirtschaftlicher und rechtlicher Abhängigkeit von Ehemännern. Zum Beispiel ist die Aufenthaltsgenehmigung von Migrantinnen in der BRD oft an die des Ehemannes gekoppelt. Konkret heißt das, daß eine Scheidung und damit ein unabhängiges Leben hier erschwert wird.

In den kapitalistischen Zentren wie im Trikont sind Frauen Objekte bevölkerungspolitischer Maßnahmen. Mit Hilfe von Gen- und Reproduktionstechnologien wird Frauen die Kontrolle über ihre Gebärfähigkeit entzogen. Mit dem Scheinargument der Überbevölkerung werden Frauen in Afrika, Lateinamerika, Asien und Ozeanien sowie schwarze Frauen in den Metropolen Zwangssterilisierung, Zwangsabtreibungen und gesundheitsschädigenden Verhütungsexperimenten ausgesetzt. Frauenwürdige Bedingungen für Abreibungen existieren weltweit nicht. Hierzulande wird, um "reinrassigen" deutschen Nachwuchs zu sichern, Schwangerschaftsabbruch durch den §218 kriminalisiert.

Gegen Rassismus

Das AusländerInnengesetz ist das Instrument zur Diskriminierung von MigrantInnen. Sie haben zu funktionieren und keine politischen Rechte. Die gesellschaftliche Realität selektiert nach Alter, Qualifikation, Geschlecht, politischer Gesinnung, Hautfarbe und Leistungsfähigkeit. Wer nach ökonomischen und rassistischen Kriterien brauchbar ist, darf herein. Die Grenzen der westlichen Wohlstands-Oasen werden für die Masse ihrer Opfer verschlossen. Gegen die Festung Europa meinen wir, daß es für alle Menschen, die weltweit vor Hunger, Elend, Unterdrükkung und Ausbeutung fliehen, ein Existenzrecht ist, dorthin zu kommen, wo die Verantwortlichen für die weltweiten Verhältnisse sitzen.

Staatliche Repression und Rassismus nehmen in allen kapitalistischen Zentren zu. Die BRD schiebt Flüchtlinge in Folterländer ab und leistet den dortigen Regimen umfangreiche Polizei- und Militärhilfe, z.B. der Türkei. Folter gibt es jedoch nicht nur in den Diktaturen des Trikont, sondern z.B. auch in den Gefängnissen und Hochsicherheitstrakten der BRD (Isolationshaft), Großbritanniens (Nordirland) oder Spaniens (BaskInnen).

Flüchtlingen wird nach dem bewährten Muster des Sündenbocks die Schuld an den sozialen Mißständen bei uns zugeschoben. Statt der Fluchtursachen werden die Flüchtlinge bekämpft. Flüchtlinge und ArbeitsmigrantInnen sind für das Kapital zugleich Manövriermasse zur Deregulierung der Arbeitsverhältnisse in den Zentren. Vier Millionen "Illegale" sind bereits in der EG, als rechtlose ArbeitssklavInnen ohne soziale Absicherungen in Landwirtschaft, Gastronomie, am Bau und in der Textilindustrie.

Kapitalistische Produktion = ökologische Zerstörung

Die Zerstörung von Mensch und Natur wird in den Industrienationen verursacht, als Folge der absoluten Profitausrichtung der Wirtschaft. Die Ausplünderung des Trikont. Rohstoffabbau, Monokultur, genetisch manipuliertes Saatgut und Chemie in der Landwirtschaft usw. führt zu Bodenerrosion, Ausbreiten der Wüsten, Abholzen tropischer Wälder sowie klimatischen Veränderungen. Banken, Chemiekonzerne und Atomindustrie drehen den Menschen im Trikont und hier mit Radioaktivität und chemischen Giften die Luft ab, vergiften das Wasser und verseuchen den Boden.

Die Täter sitzen hier im Norden: Hier werden 80% der kommerziellen Brenstoffe verbraucht, entsteht 3/4 der Emmissionen von Kohnedioxyd und FCKW. Verschwendungs- und Verschleißwirtschaft basieren auf einer Ideologie, die von vielen Menschen in den Metropolen geglaubt wird, ohne ihre eigene Verantwortung zu sehen, und die der Ökologie entgegensteht. Im Management der Ökokraten wird die ökologische Frage von der sozialen abgekoppelt, so als wäre der Mensch ein Fremdkörper in der Natur. Es öffnet sich ein neuer lukrativer Markt für Reperaturtechnologien (z.B. Gentechnologie). Um die Sinnlosgikeit dieser Ökotechnokratie zu vertuschen und um zu suggerieren, für Umweltschutz würde etwas getan, werden krankmachende Industrien in den Trikont verlagert und Giftmüll exportiert.

Gegen militärische Interventionen!

Alle Versuche in einzelnen Ländern, diesem System zu entrinnen, sind in der Vergangenheit gescheitert. Gescheitert an der durch den Kolonialismus erzwungen Abhängigkeit aller Regionen dieser Erde von dem einen kapitalistischen Weltmarkt und an der militärischen Überlegenheit der imperialistischen Staaten, sowie ihrer Bereitschaft diese rücksichtslos einzusetzen, um ihre hohen Profite weiterhin zu garantieren. Die Blutspur der europäischen Staaten, der USA und ihrer Satelliten zieht sich von Algerien und Vietnam, über Angola und Nicaragua, Chile und Zaire, bis hin zu Panama, Kurdistan und dem Krieg am Golf. Krieg mit modernen Waffen ist Völkermord. Aber die Bundeswehr plant am Grundgesetz vorbei weltweite Einsätze mit dem Ziel einer Weltpolizei, die den Interessen des Kapitals dienstbar ist.

Auch nach dem Zerfall des Warschauer Paktes wird es deshalb keine Abrüstung geben, sondern eine Umrüstung: High-Tech Waffen, internationale Eingreiftruppen, weltweite Programme zur Aufstandsbekämfung. Die türkische Regierung hat offiziell beantragt, zur Bekämpfung der Befreiungsbewegung NATO-Kontingente in Kurdistan zu stationieren.

Der "neue" alte Feind der NATO steht im Süden. Es sind die Widerstands- und Befreiungsbewegungen im Trikont und hier, die künftigen Elendsrevolten in Osteuropa, sowie die Millionen von Flüchtlingen und MigrantInnen an den Grenzen der kapitalistischen Zentren.

Kapitalistische Barbarei oder soziale Befreiung!

Über den Weltmarkt ergibt sich eine immer engere Verzahnung der Lebensverhältnisse. Der vom internationalen Kapital angestrebte way of life mit der speziellen Mischung aus hochdifferenzierter Lohnarbeit, Freizeitindustrie und Konsum, Single oder Kleinfamilie ist höchstens für 1/10 der Menschheit überhaupt erreichbar. Die Mehrheit muß um das tägliche Überleben bangen. Die Welt heute gleicht einem internationalen Reservatssystem, einer globalen Apartheid mit hunderten von Homelands - genauso rassistisch und ökonomisch abgegrenzt wie in Südafrika.

Keineswegs ist also nach fünfhundert Jahren jener "Reichtum der Nationen" eingetroffen, den liberale Ideologen einst versprachen. Gemessen an seinem eigenen Anspruch, allen Menschen ein besseres Leben zu ermöglichen, ist dieses System gescheitert! Kapitalismus ist eine Wirtschaftsordnung einzig um des maximalen Profits willen, ohne Rücksicht auf menschliche Bedürfnisse und ökologische Zusammenhänge; ein System, in dem alles Leben nur nach dem Maßstab kommerzieller Verwertbarkeit beurteilt wird. Der Kapitalismus ist daher unfähig, die von ihm verursachten sozialen, politischen und ökologischen Krisen zu lösen. Seine einzige Antwort: noch mehr Polizei und Soldaten, Staatsterror und Krieg, Rassismus - die Folge: Gewalt und Brutalisierung aller Lebensverhältnisse, kein Existenzrecht für Millionen von Menschen, Ausschluß der Mehrheit von demokratischer Selbstbestimmung, Verletzung all jener Menschenrechte, die das Bürgertum einst verkündete.

Diese "Ordnung" wollen wir nicht! Dagegen setzen wir internationale Solidarität. Zusammen mit allen, die sich - weltweit - befreien wollen, leisten wir gegen diese Verhältnisse Widerstand. Unsere Mobilisierung zum WWG hat einen unbedingt internationalistischen Charakter: Als Hauptbetroffene des weltweiten Herrschaftssystems sollen Menschen aus den Befreiungsbewegungen des Trikont, aus Flüchtlings- und MigrantInnengruppen sich selbst vertreten und eine ihrer weltweiten Bedeutung entsprechende Rolle spielen. Angestrebt ist ein gemeinsamer Diskussions-, Erfahrungs- und Praxisprozeß, um darin Ideen und Perspektiven von Widerstand und Befreiung zu entwickeln.

Der WWG, als eine Veranstaltung, in der wichtige Absprachen über die weitere Entwicklung dieser mörderischen Ordnung getroffen werden, ist für uns deshalb ein zentraler Angriffspunkt für Kritik und Widerstand.

čislo 18 ZPRAVY ALTERNATIVNICH AKTIVIT

A-kontra

INFORMATIONSVERANSTALTUNG ÜBER A-KONTRA AUS PRAG

A-Kontra ist eine tschechische, anarchistische Zeitung, die auch international berichtet.

Sie beschränkt sich nicht nur auf anarchistische Berichterstattung, sondern begreift sich als Medium verchiedener linken und Romainitiativen. So wird zum Beispiel eine Romazeitung in ihren Redaktionsräumen produziert.

Wichtigster Schwerpunkt ist antifaschistische Arbeit, sowie der Kampf gegen die unsoziale Politik der rechtskonservativen Regierungspartai.

Durch die demagogische antikomunistische und antilinke Propaganda der Rechtsparteien unterstützt die breite Öffentlichkeit die nationalistischen und rassistischen Strömungen. Selbst militante Faschisten finden Anerkennung und Sympathie in der Bevölkerung und oft direkte Unterstützung.

In der CSFR herrschet zeitweise Pogromstimmung gegen KubanerInnen, AsiatInnen und vor allem gegen Romas. Es gab mehrere Tote. Linke Gruppen sind von allen Seiten massiver Repression ausgesetzt.

A-Kontra als wichtiger Bestandteil der Gegenöffentlichkeit wird unter Druck gesetzt, die Redaktionsräume wurden mehrmals zerstört, die menschen bedroht.

UNVOLLSTÄNDIGE CHRONOLOGIE

14.10.1989	In Prag findet die erste anarchistische Demonstration gegen die Wehrpflicht statt. Dies ist seit den 20er Jahren der erste Auftritt der AnarchistInnen in der Tschechoslowakei überhaupt
10 .5. 1990	Als Reaktion auf die aufkeimende Aktivität faschistischer Skinheads veranstaltet die ČAS (Tsch.Anarch. Verein) ein Konzert gegen Rassismus und Gewalt in Prag unter der Teilnahme von 2000 Menschen. Es ist die erste öffentliche Aktion überhaupt, die auf die Gefahr von Faschismus und Rassismusentwicklung in der CSFR autmerksam macht.
17.11.1990	Anarchistischer Umzug durch Prag (600 - 700 TeilnehmerInnen)Die Anarchisten blockieren die Hauptverkehrstrasse,um die Durchfahrt des Präsidenten Bush zu verhindern. Dadurch verspätet sich Sein öffentlicher Auftritt um 40 minuten. Am Abend desselben Tages findet eine Solidemonstration für die Hausbesetzer der Mainzerstrasse in Berlin statt.
14.1.1991	Anarchistische Gruppen veranstalten in Prag die erste Demonstration gegen den Golfkrieg. Um die 300 protestieren vor der Amerikanischen sowie vor der Irakischen Botschaft.
14.8.1991	15 Skinheads stürmen die Redaktion der Zeitschrift A-Kontra. Sie bedrohen die Redaktionsmitglieder und beschädigen die Computer.
14.9.1991	Auf dem Altstadtring in Prag treffen ca 1 100 Menschen zusammen, um gegen Rassismus und Militarismus zu Demonstrieren (dies ist die erste Demonstration an die der Romer Nationalkongres teilnimmt). Es folgt ein Umzug durch Prag und abends ein Konzert, auf dem Romas und Punk Bands spielen.Ein Versuch seitens der Skinheads das konzert zu Stürmen wird von Anarchisten verhindert.
28.9.1991	P.R.A.K. (Prager radikale anarchistische Verein)* demonstriert vor den Toren der Prager ZOO für Tierrechte.
November 91	Rassistische Angriffe auf Romer nehmen zu (ein Echo ähnlicher Gewalttaten in Deutschland) Am 24.11.91 veranstalten Prager Skinheads eine faschistische demonstration "White Power". ČAS, LA und RNK organisieren eine Kontra demonstration (700 Teilnehmer). Die Anarchisten betonen, das der Anstieg rassistischer und Faschistischer Tendenzen eine Folge der sich verschlimmernden sozialen und politischen Lage in der CSFR sei.
10.12. 1991	Erneuter Angriff von 40 Faschisten auf die Redaktionsräume von A-Kontra.
8.2 .1992	LA und ČAS organisieren eine Demo gegen die "Bälle der Milionäre". Die Anarchisten bewerfen die Ballbesucher mit faulem Obst, was zu scharfen zusammenstössen mit der Polizei führt. An der Aktion beteiligen sich sowohl 600 Angehörige Anarchistischer Gruppen als auch 600 SympatisantInnen (auch ältere Menschen).
28.3. 1992	Kündigung von A-Kontra. Seitdem befindet sich die Redaktion illegal in ihren Räumen.

Infoveranstaltung
mit Fotos und Menschen
von A-Kontra und der Bewegung
Anschliessend Solidisco

<u>am Sa., der 21. 3. 92, 21 Uhr in SFE</u>

Gneisenaustr. 2a, Mehringhof

FÜR DAS MASSAKER DURCH DIE METHANGASEXPLOSION IN DEN BERGWERKEN VON ZONGULDAK-KOZLU IST DIE OLIGARCHIE VERANTWORTLICH!..

Wie der Öffentlichkeit mittlerweile bekannt ist, hat am 3. März 1992 im Kohlerevier von İncirhamamı Ocağı ein Massaker stattgefunden: bei der Methangasexplosion 385 Meter unter der Erde haben nach offiziellen Angaben 130 Bergarbeiter ihr Leben verloren, 52 Arbeiter wurden verletzt und etwa 300 werden noch vermißt, bei denen jede "Hoffnung" auf Rettung aufgegeben werden muß. (*)

Da nach Angabe der Behörden nach der Explosion ein giftiges Gas (Schwefeldioxid) und große Hitze entstanden sind, konnte für lange Zeit "nicht mit der Rettung der Arbeiter begonnen werden." Die Arbeiter, die verletzt gerettet werden konnten, meinten später, daß im Bergwerk viel mehr Arbeiter beschäftigt waren, als es die Kapazitäten verlangt hätten, und daß man trotz des Computerwarnsystems keine Schutzmaßnahmen ergriffen habe. Nach Aussage der für das Massaker verantwortlichen Leitung des Bergwerks fand keine regelmäßige Gaskontrolle statt und sie geben nochmals zu, daß deshalb "fast immer die Gefahr einer Explosion bestand".

AN DIE ÖFFENTLICHKEIT:

Dies war kein "Schicksal" oder "Unglück", sondern ein MASSAKER. Es ist der Preis, den die Werktätigen mit ihrem Leben an dieses gierige Ausbeutungssystem zahlen müssen. Sie werden bewußt in den Tod geschickt, weil bis heute die Methangasmassaker nicht nur einigen hundert sondern Tausenden das Leben gekostet haben. Aber das Leben der Arbeiter hat keinen Wert für die Arbeitgeber. Wir fragen diejenigen, die in den letzten 50 Jahren mehr als 4000 Bergarbeiter in den Tod geschickt haben, die bis heute keine Maßnahmen gegen Gasexplosionen getroffen haben und heute wieder für den Tod der 130 und der anderen 300 Bergarbeiter, für die keine "Hoffnung" mehr besteht, verantwortlich sind:

Was haben Sie für die Rettung dieser Bergarbeiter gemacht? Haben Sie bei der Errichtung von Zementbarrikaden gegen das Überspringen der Explosion auf andere Teile des Bergwerks daran gedacht, auch die anderen 300 Arbeiter zu retten? Oder ging es für sie nur darum, den Schaden für das Bergwerk möglichst gering zu halten? Können sie erklären, warum sie so arbeiterfeindlich sind während im Westen sogar Hunde und Katzen von der Feuerwehr gerettet werden?

DIE OLIGARCHIE LÜGT...

Die Zuständigen, die die Bergwerke, in denen Hunderttausende arbeiten, schließen wollen, weil im Westen keine Kohle mehr zur Energiegewinnung verwandt wird, müssen sich fragen lassen, warum sie stattdessen weiter billige Kohle aus Südafrika -dem imperialistischen Kollaborateur und Mörder der afrikanischen Völker- importieren!

Der wahre Grund für die Schließung der Bergwerke und die damit verbundenen Opfer für die Arbeiter sind nicht Umweltverschmutzung oder veraltete Technologie, sondern die Tatsache, daß sie durch den Import billigerer Kohle Kosten sparen wollen. Wenn es nicht so wäre, würden sie für die Arbeiter neue Arbeitsplätze schaffen oder andere Maßnahmen ergreifen. Stattdessen versuchen sie, die hunderttausenden Arbeiter mit möglichst wenig Gegenwehr auf die Straße zu setzen.

Die Regierung muß erklären, ob zwischen ihrem jetzigen Verhalten und dem Vorschlag einiger Kapitalisten, nach dem letzten Massaker, bei dem hunderte Bergarbeiter ums Leben kamen, die Bergwerke einfach zu schließen und Kohle zu importieren, ein Zusammenhang besteht.

WIR WIEDERHOLEN NOCH EINMAL...

Diese Methangasexplosion war kein Unglück sondern ein absehbares Massaker! Es ist Ergebnis der Arbeiterfeindlichkeit der Oligarchie!

Die Verantwortung für dieses Massaker tragen:

die Betriebsverwaltung und der Direktor,

die zuständigen staatlichen Kohlegesellschaften (TKİ),

der Präsident der Minenarbeiter Gewerkschaft Şemşi Denizer, der den Unfall als "Schicksal" bezeichnet hat,

Ministerpräsident Demirel, Staatspräsident Özal, der Minister für Energie und Rohstoffe, der Arbeitsminister,

und die Konzerne.

Kurz gesagt - DIE OLIGARCHIE IST VERANTWORTLICH FÜR DAS MASSAKER!

Wir rufen die Öffentlichkeit auf, gegen die türkische Regierung wegen ihrer Verantwortung für das Massaker zu protestieren. Wir rufen sie auf zur Solidarität mit den verstorbenen Bergarbeitern und ihren Angehörigen.

(*) Nach Berichten des Mücadele-Büros in Zonguldak vom 4. März ist die Bergung der Leichen gestoppt und alle Eingänge des Bergwerks sind mit Zementbarrikaden verschlossen worden. Als Reaktion auf das Massaker haben die Arbeiter die Büros der Minenarbeiter Gewerkschaft besetzt und sind danach zum Parteibüro der DYP gezogen. Außerdem haben die demokratischen Massenorganisationen ein Komitee mit dem Namen "Kampf gegen das Massaker" gegründet. Dieses Komitee hat eine Protestdemonstration in Kozlu vor dem Betrieb durchgeführt und ist dabei von der Polizei angegriffen worden.

Ihre Spenden können sie auf das folgende Konto überweisen:
Ziraat Bankası in Zonguldak, Kontonummer: 91393, mit dem Zusatz: "2 Nolu Hesap".

Erklärung der Ex-Norderstedter Flüchtlinge

Am 12. September begannen wir als eine Flüchtlinggruppe einen kollektiven Widerstand gegen die Zwangsverteilungen in die Ex-DDR. Dieser Kampf, der eine humanitäre Basis hatte, war ein Widerstand von Flüchtlingen, die sich gegenseitig unterstützten. Es war ein Widerstand gegen die ständige Beschneidung der Asylrechte und gegen die Vorbereitung dafür, eine öffentliche Billigung für die rassistischen Angriffe gegen AusländerInnen zu erhalten, indem der Fremdenhaß angespornt wird. Außerdem wollten sie die Legitimität für die Behandlung von Flüchtlingen mittels den neuen Übereinkünften bei den Asylverfahren erhalten.
Tausende Flüchtlinge, die die gleiche Asylpolitik erdulden mußten, die isoliert waren, die absichtlich als Ziel für faschistische Angriffe ausgesucht wurden und diejenigen, die vor ihrer Abschiebung stehen, begriffen unseren Kampf auch als ihren Kampf.
In dem fünfmonatigen Widerstand für ein Bleiberecht in Schleswig-Holstein und gegen Zwangsverteilungen sagten wir STOP zu der offenen Fremdenhaß fördernden Politik der Regierung, die die rassistischen Angriffe gegen AusländerInnen zur Folge hat. Kirche und Regierung kollaborierten miteinander in vielfältiger Weise, um uns zum Schweigen zu bringen.
Der Grund, warum wir in Greifswald von Faschisten angegriffen wurden, liegt in dem oben genannten Hintergrund. Die Verantwortung dafür, daß die Flüchtlinge in Greifswald angegriffen wurden, liegt bei denen, die diese Asylpolitik gegen Flüchtlinge praktizieren.

Anfänge deutscher Kolonialpolitik in Afrika. Nach der «Illustrierten Zeitung», 1881

Das deutliche Ergebnis ihrer praktizierten Asylpolitik:

20 Flüchtlinge aus unserer Gruppe mußten aus der BRD fliehen. Es gab 4 Familien mit kleinen Kindern, die in andere Länder flüchteten und das Risiko auf sich nehmen, das sie dort erwartet. Einige von ihnen verließen die Kirche, während wir uns in einem kollektiven Hungerstreik mit diesen Familien befanden, um einer drohenden Polizeiräumung zu entgehen. Bald danach verließen sie auch Deutschland.
Es laufen Vorbereitungen dafür, die neuen Übereinkünfte in der Asylpolitik in die Tat umzusetzen. Die neuen Übereinkünfte sehen eine schnelle Abschiebung nach einem sechswöchigen Verfahren vor. Es ist kein Zufall, daß wir Norderstedter Flüchtlinge als die ersten Muster-Opfer für diese Behandlung ausgewählt werden und wir sogar für die faschistischen Angriffe selbst verantwortlich gemacht werden.
Unmittelbar nachdem sie unseren kollektiven Widerstand durch die Androhung polizeiliche Maßnahmen beenden wollten, wir uns der staatlichen Gewalt nicht aussetzen wollten und die Kirche verlassen haben, erklärte der Innen-Staatssekretär Mecklenburg-Vorpommerns Pollehn: "Wir werden jede rechtliche Möglichkeit ausschöpfen, um alle bis zuletzt in die Affäre verstrickten Asylbewerber auszuweisen und abzuschieben."
Dies ist der eindeutige Beweis dafür, welche Art von spezieller Asylpolitik sie praktizieren.
Trotz dieser Drohung registrierten wir Norderstedter Flüchtlinge uns in Mecklenburg-Vorpommern. Bald danach gab Schleswig-Holsteins Sozialminister Jansen an, daß wir nach Mecklenburg-Vorpommern gegangen seien und implizierte, daß keine/r der Flüchtlinge es wagen kann, sich gegen die Zwangsverteilungen zu widersetzen.
Während sie vorhaben, mittels ihrer harten Politik gegen Flüchtlinge weniger WählerInnenstimmen zu verlieren, werden sie natürlich nicht die Gründe öffentlich machen, warum sich eine größere Anzahl von illegalen Flüchtlingen in den Straßen Schleswig-Holsteins und in anderen westlichen Bundesländern aufhält, die vor Angriffen und Isolation aus der Ex-DDR geflüchtet sind und nun an den Orten leben, die sie für sich bevorzugen.
Wir selbst leben jetzt wie tausende anderer Flüchtlinge an Orten, wo es Menschen gibt, die uns nahestehen und uns Solidarität zeigen, und nicht dort, wohin wir zwangsverteilt werden sollten.
Diese Forderungen, die wir 5 Monate lang in den Vordergrund gestellt haben, sind verständlich und berechtigte Forderungen. Die Reaktion der Regierungen Schleswig-Holsteins und Mecklenburg-Vorpommerns gegen diese Forderungen sind der beste Beweis dafür, wie der deutsche Staat Faschisten unterstützt und eine rassistische Politik praktiziert. Dies werden auch in Zukunft tausende weitere Flüchtlinge am eigenen Leib erfahren.

Lebenswertes Deutschland

Zum Thema Asyl und Besetzung der Schalom-Kirche

Liebe Leute, ich möchte vorausschicken, daß ich weder rechts noch links, noch rechtsextremistisch o. ä. eingestellt bin!

Seit über 3 Monaten hielten zuletzt noch 15 Asylanten die Kirche besetzt, und kein Politiker griff richtig durch. Da war einmal kurz vor der Wahl die Möglichkeit gegeben, sich zu profilieren, aber man läßt Wochen, sogar Monate verstreichen.

Wenn man dazu noch lesen muß, daß es Sympathisanten der Asylbewerber gibt, kann man nur mit dem Kopf schütteln. Die Asylanten wollten, verlangten, forderten – das kann doch nicht wahr sein. Wir sind ein Rechtsstaat, und diese Leute machen sich strafbar und haben spätestens nach den jetzt angerichteten Verwüstungen nichts mehr bei uns zu suchen. Aber man glaubt es kaum – Herr Engholm redet immer noch von Erfolgsaussichten und Anerkennung der Bewerber – unglaublich!

Wir sind überall Ausländer – stimmt! Nur wollen wir meist im Ausland Urlaub machen und unsere harte DM eintauschen, und wir wollen keine Sozialhilfe, Wohngeld oder ein Bleiberecht, denn danach kehren wir alle in das noch lebenswerte Deutschland zurück!!

E. Hartmann, Kiel

STOPPT DIE ZWANGSVERTEILUNGEN!
STOPPT DIE UNFAIREN ASYLSCHNELLVERFAHREN!
STOPPT DIE ABSCHIEBUNGEN!

SPENDENKONTOS:

Postgiroamt Hamburg
Infoladen Omega Stichwort "ASYL"
Kontonr. 164 68-203
BLZ 200 100 20

oder:

Postgiroamt Hamburg
Perschewski
Kontonr. 635806-208
BLZ 200 100 20

Zählappell in Schleswig Holstein

Die SPD Landesregierung in Schleswig Holstein, hat ihre groß angelegte und terminlich sehr genau datierte Wahlkampfaktion am 2. März 92 in die Tat umgesetzt: den Zählappell für alle AsylbewerberInnen in Schleswig Holstein.
Mit dieser demagogischen Aktion gegen Flüchtlinge, bestätigt die SPD regierungsamtlich das Vorurteil, "daß es in erster Linie AusländerInnen sind, die die deutsche Hilfe und Gastfreundschaft schamlos ausnutzen und deutsche Landeskassen plündern".
Den Zählappell begründet die SPD Landesregierung damit, den Mißbrauch von Sozialhilfe ausschalten zu wollen. Um diesen Zählappell allerdings durchzusetzen, war es notwendig, alle AusländerInnen die Sozialhilfe beziehen kollektiv als BetrügerInnen zu klassifizieren, was Sozialminister Jansen dann auch umgehend und skupellos tat.
Eingebunden in den staatlich rassistischen Konsenz zwischen den politisch Verantwortlichen und breiten Teilen der Bevölkerung, griff die bürgerliche Presse diese SPD Aktion auf und stellte sie als bahnbrechendes Instrument dar, daß so schnell wie möglich bündesweit greifen müsse.
Neben der hauptsächlich in SPD regierten Ländern üblichen erkennungsdienstlichen Behandlung von Flüchtlingen, soll nun auch noch das Prinzip der Gruppendiskreminierung zur gängigen Praxis werden.
Dies dürfen und werden wir nicht unwidersprochen hinnehmen.

Im nachfolgenden werden wir einen Artikel aus der GRENZENLOS Nr. 5 und einige ~~Artikel~~ Schlagzeilen der bürgerlichen Presse dokumentieren.

Betrug leichtgemacht
Asylbewerber kassierte bei Sozialämtern ab

Schikane vor der Landtagswahl

Jansen bläst zum Zählappell

Am 2. März mußten sich alle Asylbewerber, die Sozialhilfe beziehen, mit ihren Familienangehörigen zwischen 14 und 16 Uhr in den Sozialämtern des Landes einfinden, um für die Monate März und April 1992 ihre laufende Hilfe zum Lebensunterhalt per Barscheck zu erhalten. Wer an diesem Termin nicht erscheint, hat das Recht auf Sozialhilfe verwirkt.

Die Landesregierung erklärt, auf diese Weise "Mißbräuche" ausschalten zu wollen. Diese Maßnahme widerspricht jedem Rechtsempfinden von der Gleichbehandlung hilfebedürftiger Menschen. Bisher ist es Recht und Brauch gewesen, auch bei Verdacht von Mißbrauch jeden Einzelfall gesondert zu prüfen. durch die kollektive Überprüfung wird den Flüchtlingen dagegen pauschal ein Betrugsverdacht unterstellt, der einer Gruppendiskriminierung gleichkommt. Steuerbetrug eines einzelnen Bürgers setzt beispielsweise auch nicht die Überprüfung aller Steuerzahler in Gang. Diese Maßnahme bedeutet einen weiteren Schritt zum Abbau der Rechte von Flüchtlingen und ist nicht geeignet, das dringend erforderliche Verständnis für die politischen und wirtschaftlichen Hintergründe von Flucht, Vertreibung und Asylsuche zu fördern. Sie ist vielmehr entgegen allen offiziellen Beteuerungen einzureihen in die Stimmungsmache gegen Flüchtlinge, die sich zumehmend verschärft.
...ese angeblich notwendige Aktion ist in jeder Hinsicht verfehlt ...d trägt zur politischen Unkultur bei. Der Zusammenhang ...es Verwaltungsaktes mit der Landtagswahl in Schleswig-...stein am 5. April 1992 ist nicht zu übersehen. Darüberhinaus ...befürchten, daß durch diesen "Zählappell" eine Reihe von ...mpfängern, die der deutschen Bürokratie nicht gewachsen... nd, in zusätzliche Not gerät, denn die Sozialhilfesätze sind ...in niedrig genug.
...l diesen Gründen ist eine kollektive Überprüfung der ...nge abzulehnen.
...ner Presseerklärung des AK Asyl, Schleswig)

Sozialdezernentin gegen Zählappell
Zum Zählappell Jansens gibt es innerhalb der SPD Elmshorn Kritik. Die Sozialdezernentin Weinhagen versicherte auf der Fachtagung zur Ausländerpolitik am 29. Januar, daß sie gegenüber dem Sozialminister gegen diese Maßnahme protestiert habe und diese auch so nicht durchführen wolle, dies aber keinen Erfolg gehabt habe. Als "Begründung" für den Zählappell wurden ihr Zahlen aus der Stadt Aachen übermittelt, wonach angeblich von 4142 Asylbewerbern nur 2445 sozialhilfeberechtigte übrig blieben. Das ist eine unverschämte Lüge! In Aachen wurden zuerst 4142 Personen vorgeladen beim zweiten Mal aber nur noch 2976. In Wirklichkeit wurden unter dem Strich 0,39 % ermittelt, die mehrmals Sozialhilfe bezogen. Es hat den Anschein, als ob der Sozialminister die Ämter bewußt mit falschen Informationen beliefert hat, um seine umstrittene Maßnahme zu rechtfertigen.

In Rensburg sind gegen den Zählappell der Landesregierung Flugblätter verteilt und eine Kundgebung gehalten worden. Auch in Lübeck und Kiel wurden am 2. März Flugblätter verteilt, die sich gegen die unzumutbare Kollektivüberprüfung wandten. Vor dem Kieler Sozialamt wurde außerdem an die Flüchtlinge Kaffee und Kuchen verteilt.

Die Quizfrage des Monats

Mit welcher Zahl muß man einen Sozialhilfejahressatz malnehmen, um auf ein Sozialministermonatsgehalt zu kommen?

Einsendungen bis spätestens 30. März 1992 bitte an:

G. Jansen
Ministerium für Soziales, Gesundheit und Energie
Brunswiker Straße
2300 K...

Der ... ossen

Demo gegen Unmenschlichkeit

„Zählappell": Jeder zehnte Asylbewerber fehlte

„Warum wird nicht in ganz Deutschland gezählt?"

Kiel ließ Asylbewerber antreten

„Volkszählung" der Asylbewerber im Sozialamt – Schäferhund sorgte für Aufregung
Nervenstärke war gefragt

NEUMÜNSTER: 30 von 445 Asylbewerbern erschienen nicht zur vorgegebenen Zeit
„Zählappell" im Rathaus

Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts
Schanzenstraße 75-77, Postfach 306 232, 2000 Hamburg 36
Tel. 040/43 72 32, Fax 040/439 22 28

Die (Be-)Gründung des deutschen Sozialstaats im 19. Jahrhundert. Hintergründe, Alternativen, Legenden

Wissenschaftliche Tagung am 15./16. April 1992 in Hamburg

Eine bilanzierende Bestandsaufnahme unseres Wissens über Deutschlands Weg zum Sozialstaat im ausgehenden 19. Jahrhundert gibt es bis heute nicht. Auch eine Sammlung historischer Schlüsseldokumente zu diesem epochemachenden Vorgang steht immer noch aus. Und was wissen wir eigentlich über den historischen Wahrheitsgehalt und den wissenschaftlichen Wert jener Geschichtsschreibung, die seit Beginn des 20. Jahrhunderts die Entstehung unseres Sozialstaats darzustellen und zu deuten versucht hat? Wenig, jedenfalls zu wenig, um den Ergebnissen vertrauen zu können. Im Gegensatz zu diesem unbefriedigenden (Er-)Kenntnisstand steht eine staatliche Phalanx an Einschätzungen, Einordnungen, Wertungen der historischen Dimension deutscher Sozialstaatswerdung, die sich im Laufe der Jahre zu einer Art herrschenden Lehre verdichtet hat.

Ein Gemeinplatz ist, daß der heutige Sozialstaat „irgendwie" in der Tradition der Bismarckschen Sozialstaatsgründung vor 100 Jahren steht. Schon weniger bekannt ist, daß diese vielbeschworene Kontinuität eine inzwischen mehr *äußerliche* als eine inhaltlich-konstruktive ist, eine höchst brüchige dazu. Das ist auch gut so. Denn das, was Bismarck und seine Inspiratoren sozialpolitisch tatsächlich gewollt haben, das stünde unserem Staats- und Gesellschaftssystem heute schlecht zu Gesicht. Das Legitimationsbedürfnis des deutschen Wohlfahrtsstaates, wie er sich dann im 20. Jahrhundert fast naturwüchsig herausgebildet hat, mußte diese Diskontinuitäten und Brechungen jedoch aus guten Gründen übersehen. Und die sozialpolitische Mythographie in diesem Land hat Großes geleistet, diesen schönen Schein einer in Deutschland besonders tief verwurzelten Tradition von Sozialstaatlichkeit fachgerecht zu konservieren. Kritische Geschichtsschreibung darf das nicht. Sie muß vielmehr die betreffenden Mythen durch belehrende Rationalität aufklären. Mehr noch: Durch solides Wissen über die historische Wirklichkeit und durch kritische Überprüfung der Geschichtsschreibung muß sie die Illusion der oberflächlichen Verdikte überwinden helfen. Und darum geht es uns. Wir wollen, daß neue Fragestellungen präpariert und darüber das historische Problembewußtsein geschärft wird. Des weiteren wollen wir uns durch die Aufarbeitung der konkreten Forschungsgeschichte in den Stand setzen, genauere Einblicke in das Wechselverhältnis von zeitgeschichtlich-politischen Vorgaben und geschichtswissenschaftlicher Reflexion zu nehmen; einmal um die Zeitgebundenheit und „ideologische" Funktion bestimmter Interpretationsmuster zu erkennen; vor allem aber auch, um die begrenzte Reichweite von Werturteilen, die bis heute die historische Fachliteratur bestimmen, zu unterstreichen. Das läßt sich am besten durch eine Konferenz erreichen, die wissenschaftlich ausgewiesenen, aber nicht unbedingt „stromlinienförmigen" Meinungen das Wort erteilt. Diese Tagung kann natürlich nur ein *Einstieg* in einen Diskurs sein, dem weitere Forschungen auf diesem Gebiet folgen müssen.

Ihr Programm ist an einer ebenso einfachen wie erklärungsbedürftigen übergreifenden Fragestellung aufgehängt: Welcher historisch-politischen Potenz kann/soll eigentlich die (Be-)Gründung des Sozialstaats deutscher Prägung zugeschrieben/angelastet werden? Und wie ist mit dem Erbe dieser „Gründer" im 20. Jahrhundert politisch/histographisch umgegangen worden? Dieses Problem gilt es auf zwei unterschiedlichen Ebenen zu untersuchen: auf derjenigen der *„Realgeschichte"*, wo einige der weichenstellenden sozialpolitischen Vorgänge im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts kritisch durchleuchtet und Alternativen zu sowie Fundamental-Kritiken an Bismarcks Sozialstaatsmodell zur Diskussion gestellt werden; und auf derjenigen der *Historiographie- bzw. Ideologiegeschichte*, wo es um die diversen (wissenschaftlichen) Werturteile geht, die die säkulare Sozialstaatswerdung dem großen Publikum jeweils „zeitgemäß" interpretiert und gedeutet haben.

Die im nachfolgenden aufgelisteten Vortragsthemen stekken insofern das Feld der zu führenden Debatte ab, als sie jeweils *exemplarisch* in zentrale Problembereiche hineinführen. Das ist nicht das ganze Spektrum forschungsrelevanter Fragen, aber es reicht vielleicht aus, um den festgefahrenen Diskurs neu zu akzentuieren.

Die (Be-)Gründung des deutschen Sozialstaats im 19. Jahrhundert. Hintergründe, Alternativen, Legenden

Tagungsprogramm

15. April

1. Zur Realgeschichte der deutschen Sozialstaatsgründung

a. Der Anteil der deutschen Großindustriellen an der Konzeptualisierung der Bismarckschen Sozialgesetzgebung
(*Monika Breger*, Berlin)

b. Bismarcks genuine Leistungen auf dem Gebiet der sozialpolitischen Gesetzgebung
(*Lothar Machtan*, Bremen)

c. Konsensfähige Alternativen zu Bismarcks Modell von sozialpolitischer Gestaltung
(*Hans Jörg von Berlepsch*, Mainz)

d. Linksliberale und sozialistische Grundsatz-Kritiken an dem Sozialprogramm der Kaiserlichen Botschaft von 1881
(*Gustav Seeber*, Leipzig)

e. Die „Wohltaten" der Arbeiterversicherung aus der Sicht der Adressaten/Betroffenen
(*Wolfgang Schröder*, Berlin)

f. „Recht auf Arbeit" ohne Arbeitslosenversicherung. Zu den immanenten Grenzen der staatlichen Arbeiterfürsorge im Bismarckreich
(*Klaus Saul*, Oldenburg)

16. April

2. Zur sozialpolitischen Ideologie und Historiographie

a. Schöpfermythen des Wilhelminismus: Kaiser und Kanzler an der „Wiege des deutschen Sozialstaates"
(*Eckart Reidegeld*, Hagen)

b. Die Auseinandersetzung mit dem Bismarckschen Sozialstaatsmodell in der sozialistischen Diskussion der Weimarer Republik
(*Martin H. Geyer*, Köln)

c. Hans Rothfels und die Anfänge der historisch-empirischen Sozialpolitikforschung in Deutschland
(*Lothar Machtan*, Bremen)

d. Die nationalsozialistischen Bemühungen um Bismarcks Erbe in der Sozialpolitik (1934-1942)
(*Karl Heinz Roth*, Hamburg)

3. Generaldiskussion: Deutschlands Weg zum Sozialstaat. Eine kritische Bilanz unseres Wissens

Öffentliche Veranstaltung; um Anmeldung wird gebeten

Tagungsort: Patriotische Gesellschaft, Trostbrücke 4-6, 2000 Hamburg 1

Beginn: Jeweils um 9.00 Uhr

11. März 1992

Berlin ist eine Reise wert, heißt es. Für Mercedes-Benz Motorsport ist Berlin sehr viel mehr als eine Reise wert. Unter dem Motto "Wir fahren ab auf Berlin 2000" sind zwei AMG Mercedes 190 E-Renntourenwagen in diesem Jahr gleich zwölfmal in der Deutschen Tourenwagen-Meisterschaft für die Olympia-Bewerbung Berlins im Jahre 2000 unterwegs. Keke Rosberg, Ex-Formel 1-Weltmeister, und Ellen Lohr, Deutschlands schnellste Frau auf Rädern, werden sich als Olympia-Botschafter auf den Rennstrecken, aber auch bei vielfältigen Promotion-Aktivitäten rund um die Berlin 2000-Fahrzeuge für die Sache Berlins einsetzen. Prominente Sportler, Politiker und Künstler werden mit ihrer Unterschrift auf den Berlin 2000-Rennfahrzeugen die Bewerbung der deutschen Hauptstadt um die Austragung der Olympischen Spiele des Jahres 2000 sichtbar unterstützen.

Der Startschuß zur Kampagne "Wir fahren ab auf Berlin 2000" fällt am 23. März 1992 in Berlin. Zu diesem Ereignis, das mit einer Pressekonferenz beginnt, möchten wir Sie

am Montag, 23. März 1992, um 10.30 Uhr, in den Wappensaal des Roten Rathauses in Berlin

recht herzlich einladen. Podiumsgäste der Pressekonferenz sind: Prof. Willi Daume, NOK-Präsident, Dr. Axel Navrocki, Geschäftsführer der Olympia GmbH, Matthias Kleinert, Direktor Öffentlichkeitsarbeit der Daimler-Benz AG, Norbert Haug, Leiter des Mercedes-Benz Motorsports. Darüber hinaus stehen Ihnen als Ansprechpartner auch Repräsentanten des Sports, unter anderem Franz Beckenbauer, der ehemalige Teamchef der deutschen Fußball-Nationalmannschaft, sowie Keke Rosberg und Ellen Lohr zur Verfügung.

Um 11.30 Uhr wird der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen im Rahmen eines Fototermins vor dem Rathaus auf dem Berlin 2000-Rennfahrzeug unterschreiben. Danach möchten wir Sie um 12.30 Uhr zu einem gemeinsamen Mittagessen in das Palast-Hotel, Karl-Liebknecht-Str. 5, bitten.

In der Hoffnung, Sie am 23. März 1992 in Berlin begrüßen zu dürfen, und mit der Bitte um Rücksendung der beiliegenden Antwortkarte verbleiben wir

mit freundlichen Grüßen
Mercedes-Benz Presseabteilung

Uwe Brodbeck   Martin Geers

Mercedes-Benz AG, Presse, Postfach 60 02 02, D-7000 Stuttgart 60, Telefon 07 11/17-0

Neuköllner Kiez-Spaziergang

Im Rahmen unserer Aktivitäten gegen die geplante Umstrukturierung von Neukölln wollen wir am 21.3.92, unter dem Motto, "Wir werden nicht weichen, gegen ein Neukölln der Reichen", einen Kiezspaziergang entlang des "Goldenen Dreiecks" veranstalten. Ausführlichere Infos zu den geplanten Umstrukturierungsmaßnahmen stehen in der, hoffentlich mitveröffentlichten 19. Neuköllner Kiez Flugschrift (unter dem selben Motto).
Unser Kiezspaziergang beginnt vor der Post (Hermann-/Werbellinstr., U-Bhf Boddinstr.) und geht dann zuerst zu dem zukünftigen unabhängigen Kieztreffpunkt in den Kindl-Sälen, da wo die Stadtteilstrategen ein 4 Sterne Hotel samt Bürohochhaus hinsetzen wollen. Weiter geht es durch die Flughafenstraße zum geplanten Konsumtempel Forum Neukölln. Den Abschluß bildet dann eine Besichtigung der Denkmalsenthüllung (um 12 Uhr) von Comenius am Richardplatz, zu der uns die dort alle anwesenden Stadtverplanungsstrategen sowie andere hochgestellte Persönlichkeiten auf schärfste eingeladen haben.

Also kommt soviel ihr könnt!
Am Samstag, den 21.3.92
um 11 Uhr (pünktlich)
zur Post an der Hermann-/Werbellinstr.

N.A.U.P.

Das **N**euköllner **A**nti-**U**mstrukturierungs- **P**lenum
und die Betroffenenvertretung Rixdorf
laden ein zum

N.A.U.P. trift sich alle 2 Wochen Mittwochs um 20 Uhr im Krümelladen (11.3.) u.s.w.

KIEZPALAVER

DO. 19. 3. 92

19.00 UHR

SENIORENCLUB RIXDORF, Kirchgasse 1, Ecke Richardstraße

Informationen zu den geplanten Großprojekten in der Neuköllner Altstadt (Hotel Hermannstraße, Forum Neukölln Karl- Marx Straße) + **Diskussion** über die mögliche **Verhinderung** dieser Umstrukturierung.

Wir werden nicht weichen - Gegen ein Neukölln der Reichen!

In Neukölln tut sich was. Alte Häuser werden auf "schön" getrimmt, um die doppelte Miete kassieren zu können. Immer mehr kleine Läden schließen. In schick ausgebaute Dachgeschosse ziehen gutverdienende Akademiker und Yuppies, die über die Familien, die diesen Wohmraum viel dringender brauchen würden, höchstens die Nase rümpfen.
Der Stadtteil wird "durchmischt" und umstrukturiert. Dieser Prozeß soll durch spektakuläre Großprojekte beschleunigt werden, allen voran das sogenannte **"Goldene Dreieck"**.
Dieses Dreieck besteht aus dem Forum Neukölln Karl Marx/ Ecke Flughafenstr. (Baubeginn Ende 92), dem 4 Sterne Hotel samt Bürohochhaus in der Hermannstraße (Baubeginn Frühjahr 92) und dem KünstlerInnen Forum rund um den Saalbau in der Karl Marx Straße.
Weitere Bauvorhaben sind:
> Bürohotel Hasenheide direkt neben der Neuen Welt
> Hotel Hermannplatz (Hermannplatz Ecke Sonnenallee)
> Bürotrackt Flughafen-/Hermannstraße
> Bahnhof Hermannstraße, der zu einem Einkaufszentrum ausgebaut werden soll.
> die Verlängerung der Stadtautobahn durch Neukölln, der 30 Häuser in der Wederstraße zum Opfer fallen sollen.
Neuköllner Lokalpolitiker erwarten von den Umstrukturierungsvorhaben **"einen kräftigen wirtschaftlichen Aufschwung und einen erheblichen Attraktivitätszuwachs für die Nord-Neuköllner Innenstadt". "Die Schmuddeltrödler hätten es dann schwerer"**, dies hofft zum Beispiel der Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky. Und Baustadtrat Bodo Manegold frohlockt: **"Die Leute werden dann eben vor die Tore der Stadt ziehen müssen, wenn die Miete in der City** (Neuköllner Altstadt) **zu teuer ist."**
Und das ist für immer mehr Menschen der Fall. Durch die Mietenexplosion nach Luxusmodernisierungen und die Erhöhung der "Sozial"-Mieten ist die Wohnungssuche besonders für Leute mit wenig Einkommen und AusländerInnen zu einem Lotteriespiel verkommen. Die Profiteure dieser Umstrukturierung sind die Baumafiosis, die Miethaie und die BetreiberInnen der neuen Schicki-Micki-Läden. Daß dieses **"Goldene Dreieck"** und die anderen Umstrukturierungspläne der Mietausbeuter und Spekulanten verhindert werden muß, sollte allen Menschen klar sein, die weiter in Neukölln leben wollen.
Deshalb müssen wir unsere Belange selbst in die Hand nehmen.

Zukunftsvisionen der Spekulantengruppe ***Bauwert/Wohnwert***: So sollen die Neubauten an der Hermannstr./Ecke Rollbergstr. einmal aussehen. Im Vordergrund das 4 Sterne Hotel mit seinen 450 Betten (hier hat Steigenberger Interesse angemeldet). Im Hintergrund der 45m hohe sternförmige Bürokomplex mit 33.000 qm Fläche, alles zusammen für schlappe 400 Mio. DM.

Widerstand lohnt und hat Perspektive!
Zum Beispiel verhindern die MieterInnen der Weisestr. 48 seit 3 Jahren erfolgreich den Abriß, in der Weisestr. 25 haben die BewohnerInnen eine Luxusmodernisierung erfolgreich abgewehrt.
Machen wir aus Neukölln wieder den widerspenstigen Bezirk, den er für die HERRschenden in seiner langen Geschichte schon immer gewesen ist. Schließen wir uns zusammen und überlegen, was wir gemeinsam tun können. Gegen Elefanten helfen Mäuse, gegen Dampfwalzen der richtige Schnitt an der richtigen Stelle.
Ein Schritt in diese Richtung ist das seit Dezember 91 bestehende **Neu-**

Almanlar ve yabancılar beraber ırkçılığa karşı mücadele edelim!

Politikacılar ve basın bizi hiçbir zaman bölemez.
Bütün insanlarla dayanışma, Nazilere ve ırkçılığa karşı olanlarla, ve bunlara karşı birleşme.
Bütün insanlara sınır lar açılsın - sınırsız sermayeye karşı!
Anayasada oturma hakkı!

---

köllner Anti-Umstrukturierungsplenum (NAUP). Ziel des NAUP ist die Verhinderung des "Goldenen Dreicks" und aller anderen Umstrukturierungsvorhaben in Neukölln. Konkreter will dieses Plenum Ver- und Behinderungsaktionen vorbereiten, gestalten und diskutieren. Weiter soll über dieses Plenum eine bessere Vernetzung von Initiativen, Gruppen und Einzelpersonen stattfinden, um sich gemeinsam auch gegen die alltägliche Umstrukturierung wehren zu können.

Also kommt zahlreich zum <u>Neuköllner Anti-Umstrukturierungsplenum!</u>
Das **NAUP** trifft sich alle 2 Wochen, immer <u>Mittwochs um 20 Uhr im Krümelladen</u> (Weserstr. 155, nahe U-Bhf Rathaus Neukölln).
Die nächsten Termine sind: 25.3., 8.4., 22.4 usw.

<u>**Denk-mal!**</u>

Die Einweihung des Comenius-Denkmals am 21.3.92 auf dem Gelände der ehemaligen Richardburg (Richardstr. 35) ist eine einzige Heuchelei angesichts der hiesigen Flüchtlingspolitik. Ein Asylgesuch des böhmischen Glaubensflüchtlings Comenius, der auch reformpädagogische Schriften verfaßte, würde heutzutage mit Sicherheit abgelehnt werden. Jedenfalls dürfte er sich heute nicht mehr in Neukölln ansiedeln, wird doch im Bezirksamt der "hohe" AusländerInnenanteil als so problematisch aufgefaßt, daß die Stadtteilverplanungsstrategen ihn verringern wollen.
Wir brauchen keine teueren Denkmäler! Wir brauchen eine offensive antirassistische Politik. Deswegen: Bleiberecht für alle Flüchtlinge!!!

<u>**Kindl-Festsäle**</u>

In einem offenen Brief des Neuköllner Anti-Umstrukturierungsplenums, an die Verantwortlichen des Bezirkes, wird die Umwandlung der Kindl-Festsäle in einen "selbstverwalteten unabhängigen mulitikulturellen Treffpunkt" gefordert. Dieser offene Brief wird bisher von weit über 20 Geschäften, Kneipen und Gruppen unterstützt. Auch wir unterstützen diese Forderung. Denn angesichts der Tatsache, daß immer mehr ausländische und unabhängige Projekte wegen Mietwucher schließen müssen, aber die Kindl-Festsäle leer stehen und im Zuge des Hotelneubaus an der Hermannstraße abgerissen werden sollen, ist dies die einzig richtige Forderung!
Bauwert baut das Hotel auf Sand - denn die Kindl-Säle kommen in unsere Hand!

ÖFFENTLICHE BETROFFENHEIT

SCHAUT NICHT LÄNGER WEG!

Keine Luxushotels, Büropaläste und Konsumtempel in unserem Kiez!
Friede den Hütten - Krieg den Palästen!

Anarchistisches Stadtteilkomitee

V.i.S.d.P:
H. Witzka
Karl Marx Str.
1 Berlin 44

Sich dem Kapitalismus nicht ergeben

Überlegungen zur Organisationsfrage und darüber hinaus

Mit diesem Text sollen keine Wahrheiten verbraten werden. Die meisten Thesen sind ungenau und noch völlig am Anfang. Sie repräsentieren auch nicht die Gruppe "fels" sondern nur einen Menschen daraus, dessen Meinung in der Gruppe nicht unwidersprochen ist. Trotzdem wollen wir diesen Text veröffentlichen, er spiegelt wieder in welche Richtung manche von uns diskutieren, und er könnte Anlaß zu Erwiderung sein. Außerdem macht die Veröffentlichung dieses und anderer Texte von Einzelpersonen der Gruppe unseren Diskussionsprozeß als solchen transparent. Wir wollen Diskussionen schließlich öffentlich und nicht im Privatzirkel führen.
Zum anderen: bevor jetzt die Unterstellung kommt, die Theoriefraktion würde es sich auf ihren Bürostühlen bequem machen und über Krise oder nicht schwadronieren, -erst mal hinschauen und abwarten. Es gibt keine Praxis ohne Theorie, aber es gibt auch keine Theorie ohne Praxis. Wir wissen das so gut wie andere.- Wir finden es bescheuert, wenn Überlegungen von Leute mit Todschlagargumenten abgewürgt werden.
So long- für eine neue und organisierte revolutionäre Bewegung.

Die „Krise der Linken"

Vor 75 Jahren begann der erste Versuch, über die Geschichte von gescheiterten Revolten hinauszukommen und den Sozialismus einzuführen; von Anfang an gab es scharfe Auseinandersetzungen um den dafür richtigen Weg und grundlegende Meinungsverschiedenheiten; die Linke war reich an Vorstellungen, die über das sowjetische „Modell" weit hinausreichten; den Sowjetsozialismus ohne Alternative gab es für sie nie; 1968 dann, vor inzwischen 25 Jahren, kritisierte eine ganze Generation zunehmend auch praktisch, den vorgegebenen Weg; mit Cuba fiel das Revolutionsmodell der *führenden kommunistischen Parteien*, in verschiedenen Ländern ging es um ein neues Verhältnis von Spontanität und Organisationen, die feministische Kritik deutete weitergehende Formen von Befreiung an. Heute ist dagegen Verwirrung angesagt. Die Linke steht vor einem Scherbenhaufen- sie weiß nicht mehr, was richtig und was falsch ist...oder zumindest glaubt sie es.

Die letzten von 68 gebliebenen Intellektuellen-in ihrem Verhalten immer ein Maßstab für Vormarsch oder Niederlage- wandern in Richtung neoliberaler oder reformistischer Projekte ab. Verschiedene Befreiungsbewegungen im Trikont verabschieden sich von der Machtübernahme als Ziel, wobei die allerorts unbewältigten Probleme wie Korruption, Theoriemangel und Vertikalismus voll zur Geltung kommen. Und in der BRD herrscht Ratlosigkeit: in Form von zur Schau gestelltem Pessimismus („wir wissen nicht mehr, was links ist, und bis wirs wissen, brauchen wir auch gar nichts mehr machen"), der den Defaitismus benützt , um sich der praktischen Verantwortung zu entziehen-, und als Nostalgie, die stehen bleibt, wo die Geschichte am schönsten war (ob es dabei um spanischen Anarchismus, deutsche KP-Geschichte, die Hippie-Zeit oder die italienische Autonomia geht, ist völlig belanglos).

Die „Krise der Linken" ist zum Schlagwort der Zeit geworden. Es paßt ganz hervorragend in den ideologischen mainstream vom „Ende des Marxismus/Kommunismus/der Geschichte" (daß die drei Begriffe auch in der Öffentlichkeit in einem Atemzug genannt werden, ist kein Zufall), den die Linke reproduziert, auch wenn sie das Gegenteil behauptet. Es fehlt die Stärke, zu sich selbst zu stehen.

So betonen die Autonomen zwar trotzig ihre/unsere Mythen vom revolutionären Widerstand, aber alle schieben schnell nach, daß sie „keine Ahnung haben, was das ist". Es lebe die Ohnmächtigenideologie. Was uns immer gesagt wurde, stimmt eben doch: wir sind weltfremde Spinner. Bei Marcuse heißt das „die Abschottung der Linken gegenüber den neuen Möglichkeiten der Praxis- ein systematisch gezüchteter Minderwertigkeitskomplex".

Dabei ist der weltgeschichtliche Einschnitt, den wir erleben, für die Linke in der BRD zunächst sehr viel weniger negativ als für die Bewegungen im Trikont. Der Blockkonflikt bot den antiimperialistischen Kämpfen in der ganzen Welt zweifellos Spielräume, aber er stärkte auf der anderen Seite in Form des Antikommunismus gerade in Westeuropa die ideologische Hegemonie der Rechten. Er war Grundlage des keynesianistischen Klassenkonsens und der immens hohen Reformbereitschaft von Seiten des westdeutschen Staates und des Kapitals. Politisch war vor dem Hintergrund der existierenden sozialistischen Staaten eine gesellschaftsfähige revolutionäre Perspektive schwer zu entwerfen. Und schließlich spricht nichts dafür, daß der Kapitalismus mit der vollen Integration der widerspruchsreichen osteuropäischen und asiatischen Staaten in den kapitalistischen Markt seine Krisenhaftigkeit überwinden können wird.

Zugegeben: der Zusammenbruch der Sowjetunion rechtfertigt keinen Optimismus- solange es keine realistische, d.h gesellschaftsfähige Alternative zu ihm gibt, wird selbst die antikommunistischste Linke von ihm betroffen sein- aber er erklärt auf der anderen Seiten auch weder die herrschende theoretische Verwirrung noch das um sich greifende Gefühl der Hilflosigkeit.

Wahrscheinlich hat die wachsende Erkenntnis bei so vielen Linken, alle Begrifflichkeiten, analytischen Methoden, Praxisformen und organisatorische Methoden der letzten Jahrzehnte seien falsch gewesen, sowieso viel mehr mit tiefliegenden psychischen Strukturen zu tun als mit Beobachtungen und eigenen Überlegungen. Sich gegen vorherrschende Ideologie zu stellen (und zwar mit mehr als einem bloßen nein) bedarf der Ich-Stärke, eines Bewußtseins, gesellschaftliches Subjekt und nicht Objekt zu sein. Und weil wir das unter den herrschenden gesellschaftlichen Bedingungen immer weniger besitzen, fällt es ständig schwerer, eine eigene, zwangsläufig widersprüchliche Position zu beziehen. Die Linke wählt zwischen Defaitismus oder dem Rückgriff auf einfache Lösungen. Entweder es ist alles Scheiße oder Verrat von bösen Verschwörern...

Zwischen Selbstkritik und Zusammenbruchsideologie

Natürlich gibt es für die Linke die Notwendigkeit zur Neuanpassung oder zum Neuanfang,- obwohl mir beide Begriffe nicht gefallen. Gar nicht so sehr, weil eine *epochale* Umwälzung (sozusagen der Anbruch eines gänzlich neuen Zeitalters) stattgefunden hätte, sondern deswegen weil in verschiedenster Hinsicht Phasen zu Ende gehen, von denen die Entwicklungen im realsozialistischen Block nur ein Aspekt sind. Die anderen wären die Durchsetzung der postfordistischen, neo-

liberalen Gesellschaften in den hochindustrialisierten Ländern, zweitens das Entstehen eines tripolaren Imperialismus (EG, Japan, USA), in dem Deutschland zunehmend zur imperialen Führungsmacht wird-, und drittens -damit zusammenhängend- auf der politischen Ebene das Einbrechen sowohl der traditionellen Arbeiterparteien als auch der auf der Kritischen Theorie aufbauende, Technologiekritischen und antiautoritären Bewegungen.

Eine Neuanpassung müßte diese Entwicklungen berücksichtigen und wird dabei mit zahlreichen Widersprüchlichkeiten auskommen müssen. So wird sich die Linke grundsätzlich in ihren Konzepten und organisatorischen Strukturen in Frage stellen müssen (z.B indem sie sagt: nicht nur die erledigten K-Gruppen, sondern auch das jüngere und in den 80ern wenigstens etwas erfolgreichere Konzept Autonome ist am Ende), ohne sich in das Gefühl des Zusammenbruchs fallen zu lassen. Sie wird die Marxsche und Leninsche Methodik radikal kritisieren, aber dafür eben sehr viel genauer kennen (und das heißt aneignen) müssen als in den letzten 15 Jahren. Und sie wird darauf zielen müssen, daß die Linke zugleich wagemutiger als auch pragmatischer, theoretischer wie praktischer wird.

Dafür müssen wir begreifen, daß theoretische und praktische Überlegungen niemals endgültig, objektiv wahr, sondern immer nur konkret und situationsbezogen sein können. Eindeutige Antworten, die uns Sicherheiten geben und uns den Weg aufzeigen, wird es ebensowenig geben wie klare Unterscheidungen in gut-böse, revolutionär-Verrat. Eine offene Diskussion, wie wir sie brauchen, muß über die zwei Alternativen hinauskommen (wie z.B: alles was nicht befreite Gesellschaft ist, ist Faschismus, oder: entweder autonomer Wildwuchs oder Partei, Papiertiger oder Haudrauffraktion, entschlossen-revolutionär oder reformistisch). Der Hang zu praxisfernen Verabsolutierungen ist historisch immer das größte Hindernis für eine solche im Ergebnis offene Diskussion gewesen.

Meiner Ansicht nach besteht das besondere und Emanzipatorische an einer revolutionärer Position genau darin, etwas entschlossen zu verteidigen, bei dem es ständig die Notwendigkeit gibt, es neu zu denken und zu verändern, also das Prozeßhafte zum Prinzip zu Erheben. Um das zu leisten, kann die Linke sich eben nicht auf die Frage Theorie *oder* Praxis, revolutionär *oder* pragmatisch-realistisch, konsequent *oder* vermaßt zurückzuziehen. Sie muß alles leisten, und vor allem: nicht hintereinander, sondern gleichzeitig.

Die Organisationsfrage

Das ist zugegebenermaßen eine lange Einleitung für einen Text, der etwas mit der Organisationsfrage zu tun haben will; aber auch nicht überflüssig, vor allem dann nicht, wenn man davon wegwill, die Frage auf ein technisches Problem zu reduzieren.

Eine politische Organisation ist zwar zunächst einmal vor allem Instrument für kontinuierliche Lernprozesse, Praxis und Diskussion (womit auch schon gesagt ist, warum ich die Debatte unverzichtbar finde), aber wenn die Diskussion zur Strukturfrage ohne Hintergrund degradiert wird, kann sie auch nur zur Aufwärmung von historischen Konzepten führen (wie z.B bei den Kommunistischen Brigaden).

Die Organisationsdebatte muß, zumindest in den Autonomen, im Zusammenhang mit 2 Erfahrungen geführt werden: das ist einmal die Geschichte der kommunistischen Parteien (darunter auch die K-Gruppen der 70er Jahre) und zum anderen die der Spontis, die in gewisser Weise die ideologisch prägende Kraft für die Autonomen geblieben sind.

Beide Erfahrungen reichen über die BRD-Linke weit hinaus. Die Kritk an der traditionellen KP-Linie (die sich meiner Einsicht nach viel massiver durchgesetzt hat als die am Spontaneismus) läßt sich in einigen Stichpunkten zusammenfassen: mechanistisches Verständnis von Revolution (z.B in der starren Etappentheorie: erst bürgerlich-demokratische dann sozialistische Revolution); Beschränkung auf Übernahme des Staatsapparates/ Verstaatlichung der Industrien; Fehlen einer echten Sozialisierung der Produktionsmittel; kein umfassender Begriff von sozialer Emanzipation und ihrer Prozeßhaftigkeit; Unterordnung der Bewegungen anderer Länder unter die Interessen einer Zentrale; Ignoranz gegenüber anderen Theorieansätze, Nicht-Revolutionierung des sogenannten Reproduktionsbereichs...

Anders gesagt: bisher hat die kommunistische Linke zwar in zahlreichen Fällen erfolgreich die Macht übernommen, aber in nur ganz kurzen Perioden gesellschaftliche Prozesse in Gang gesetzt und am Leben gehalten. Im Grunde genommen fehlten der kommunistischen Bewegung Konzepte und vor allem Möglichkeiten, eine Einheit von (notwendiger) Eroberung staatlicher Macht und umfassender Umwälzung in Produktion und Lebensalltag zu schaffen. In der BRD äußerte sich diese Unfähigkeit, mehr als nur aktionsfähige Organisationsapparate mit straffer interner Ordnung aufzubauen, zuletzt in den K-Gruppen, sektiererischen Kleinstparteien mit repressivem Innenleben (lesenswert und Passagenweise durchaus witzig: „Wir waren die stärkste der Parteien"/Rotbuch).

Die Spontis- Organisationsfeindlichkeit und „Abschaffung der Macht"

Der Spontaneismus, der mit dem antiautoritären Flügel der 68er Bewegung an Stärke gewint, ist dagegen bis heute ein unreflektierter Begleiter der Autonomen. Unter anderem als Ausdruck ihrer/unserer Ablehnung von realsozialistischen Avantgarden und dem daraus resultierenden Fehlen von Masseninitiative lehnt die Bewegung heute grunsätz

lich führende Rollen von revolutionären Organisationen ab und vertraut auf die „Selbstorganisierung der Klasse" (wie also ob Parteien in vielen Fällen nicht auch Formen von Selbstoranisierung wären). In ihrer letzten Konsequenz führt die Vorstellung zur Brotrevolten- und Riot-theorie, mit der die wenig fortschrittlichen Aspekte von „spontaner Selbstorganisierung" wie z.B Bandenkriege in Lateinamerika und den USA oder die nicht minder auftretende Korruption völlig ausgeblendet werden.

Ein zweiter Ansatzpunkt der Antiautoritären ist die *Kritik der Macht*. Das von der traditionellen Linken (und allen anderen Linken) unbeantwortete Problem, wie Macht vergesellschaftet werden kann, wird dadurch aufgelöst, daß die Fragestellung ganz einfach abgeschafft wird. *Macht als solche* wird für inexistent erklärt und verboten. Damit ist die Linke/die Menschheit zwar nicht weiter, aber man wäscht sich rein von den Verbrechen der realsozialistischen GenossInnen.

Die Überlegung ist aber ernsthaft blöde. Einmal ist die *Abschaffung der Macht* nur als Prozeß vorstellbar, d.h als allmähliches Verdrängen durch Gegenmacht (und dann auch keine Abschaffung, sondern ein Bilden neuer Strukturen). Zum anderen ist langfristig die Übernahme von ökonomischen, politischen, und administrativen Machtpositionen zwar -und hier ist die Kritik am Sowjetmarxismus berechtigt- längst nicht hinreichend für die Revolution, aber diese ist auch nicht ohne sie unvorstellbar. Neben den verschiedenen Formen reformistischer Veränderung, -d.h der Durchdringung einer Gesellschaft wie nach 68 oder wie es die Sozialdemokratie seit über 100 Jahren praktiziert-, besteht für eine radikale Umwälzung eben nur die Perspektive der Eroberung und Zerstörung alter Machtpositionen (und darunter auch des Staates).

Ein Beispiel für die vereinfachte Sponti-linksradikale Position zur Frage „Wie kann Gegenmacht entstehen, ohne neue Machteliten herauszubilden", ist die von Dany Cohn-Bendit, der im Februar 77, als er noch ein Linker war, irgendwie sagte: „Die Einheit von WGs, Betriebszellen, alternativen Projekten, Landkommunen und anderen Organisationsformen, die wir heute überhaupt noch nicht denken, zu entwikkeln, wird die revolutionäre Organisation bilden." Na alles klaro, wa ? Das Bauen auf Selbstentwicklungen, die ohne Zutun entstehen, ist genauso blöde wie ein künstliches Vorantreiben der Verhältnisse. Spontane Revolten, z.B die von der *Autonomie*-Redaktion so in den Vordergrund gerückten Brotunruhen haben in Lateinamerika zwar Regierungen hinweggefegt, aber das nur für ein paar Tage. Es gibt keine revolutionäre Umwälzung ohne Organisationen, die das Machtvakuum besetzen; ja es gibt noch nicht einmal beständige gesellschaftliche Gegenmacht ohne solche Organisationen. Venezuela ist dafür ein gutes Beispiel: vom Caracazo, dem Aufstand Februar 1989 ist nicht viel geblieben außer ein paar Tausend Toten und dem Gefühl einer Niederlage.

Ähnlich ist die Erfahrung im Iran, die Ende der 70er von der Autonomie-Redaktion (Hefte 1 und 8) zu einer Art neuen Typus von Revolution hochstilisiert wurde. Das Fehlen einer *in den Massen verankerten revolutionären Führung* (was ja nicht Zentrale bedeutet...) wurde von der

Autonomie als Ausdruck von Authenzität verstanden. Aber authentisch sein bedeutet eben auch die unreflektierte Übernahme von patriarchalischem, feudalem, kapitalistischem, rassistischem Kulturgut.
Das Problem der Macht und ihrer Vergesellschaftung stellt sich komplizierter dar als in ihrer einfachen Abschaffung. Befreiung ist ein komplexes Zusammenwirken von Machtkampf und gesellschaftlichem Neuaufbau, und kann nur als Zusammenwirken von Verdrängen der Gegenseite und Selberbesetzen der eroberten Positionen verstanden werden, und zwar auf allen Ebenen gesellschaftlicher Macht (politisch, militärisch, kulturell, ökonomisch). Dafür braucht eine Linke aber nicht weniger Machttheorie, sondern im Gegenteil mehr und genauere.
Im Gegensatz zu den leninistisch inspirierten Revolutionsmodellen dürfen diese Überlegungen nicht in die Richtung gehen, „wie die Linke wieder an die Macht kommt“, sondern dahin, wie sie den Zustand vergesellschafteter Macht (als Räte-, Sowjet-, Volksmacht...)entwickeln, festigen und verlängern kann.
Das ist nichts abgehoben-abstraktes, was bis auf einen Sankt-Nimmerleinstag warten kann. Gerade wenn *Revolutionen eben keine Machtübernahmen von Eliten mehr sein sollen*, dann ist die Arbeit an gesellschaftsfähigen Gegenstrukturen eine aktuelle Aufgabe. Den Embryo einer anderen Gesellschaft trägt ein System schon in sich, wenn es noch voll intakt ist. Deswegen sind z.B Machtstrukturen der Linken, in denen nicht die Schlauheit der Spitze, sondern die breite Erkenntnis vieler zählt, natürlich eine Aufgabe für den Augenblick und nicht erst für die befreite Gesellschaft.
Darüberhinaus aber gibt es aber eben nicht nur die Notwendigkeit, Befreiung vorwegzunehmen, sondern wirklich Gegenmacht darzustellen. Die Gegenseite wartet schließlich nicht bereitwillig interessiert darauf, verändert zu werden. Sobald es einen gewissen Grad überschreitet, antwortet die Staatsmacht konzentriert und organisiert. Linke Politik bewegt sich immer auf dieser Gratwanderung zwischen Kampf um gesellschaftliche Bedeutung, also realistischer Politik, und Vorwegnahme der Utopie...

Noch eine andere Kritik an der Sponti-Autonomen Linken nach 68 ist wichtig: ihr zunehmend ideologisierter Arbeitsbegriff. Ein Gutteil der Linken beschränkt sich auf die Ablehnung des herrschenden, von Lohnarbeit und preußischer Disziplin geprägten Arbeitsbegriffs. „Arbeit ist Verrat am Proletariat“behaupten die Autonomen und leugnen damit ein Bedürfnis fast aller Militanten. Jede und jeder von uns strebt in irgendeiner Weise danach, Dinge zu schaffen, d.h sich Arbeitsziele zu setzen und zu erreichen- und wenns dabei um die Renovierung von einer Wohnung geht. Während des Arbeitsvorgangs wird jede und jeder von uns umso geplanter vorgehen müssen, umso komplexer der Arbeitsvorgang ist, d.h das Fegen läuft noch relativ spontan, für das Streichen trifft man Vorbereitungen, und das Tapezieren wird sogar geplant. Man handelt also strategisch, denkt voraus, bereitet spätere Schritte vor.- So banal wie Banane...Genau diese nicht-Bockbezogene, sondern vorausdenkende Methode lehnen weite Teile der Bewegung jeodoch für die politische Arbeit ab. Revolution wird zum ich-bezogen Spektakel, zur Aneinanderreihung von ersten Mais und anderen sich zufällig ergebenden Happenings.
Ich finde es wichtig: das Zusammenwirken von sinnvollen, erfolgsorientiert organisierten Arbeitsschritten und schöpferischer Freiheit macht das Bedürfnis des Menschen nach Arbeit aus. Planung und Kreativität sind ein sich gegenseitig bedingendes Begriffspaar und müssen natürlich auch für die politische Praxis, d.h Arbeit an der Gesellschaft, gelten.

Die Fragen über die funktionierende Struktur hinaus

Bei den Diskussionen um die Organisationsfrage tauchen drei grundlegende Fragen immer wieder auf
a) Sind die verschiedenen Unterdrückungsverhältnisse (Klassen-, Geschlechter- und Rassenunterdrückung nicht zu unterschiedlich, sodaß eine gemischte Organisation sowieso unmöglich ist ?
b) Wenn die bisherigen Revolutionen in ihrer Befreiung immer wieder auf die vorher herrschenden Bedingungen zurückgefallen sind, für was kämpfen wir dann ? Und welche Funktion hat eine politische Organisation in dieser allgemeinen Konzeptlosigkeit ?
c) An wen richtet sich die Linke ? Gibt es ein kämpfendes Subjekt oder ist die Linke nicht dazu gezwungen, sich mit sich selbst zu beschäftigen ?

Die Unterdrückungsverhältnisse ~~oder~~ das Basis-Überbau Modell ist falsch

zu a) das komplizierte bei der Analyse der verschiedenen Unterdrükkungsverhältnisse in den modernen kapitalistischen Gesellschaften ist, daß ihre Entwicklung äußerst widersprüchlich verläuft. Der US-Historiker Immanuel Wallerstein sagt, der Kapitalismus sei gleichzeitig universalistisch und anti-universalistisch, d.h seine Entwicklung gehe gleichzeitig dahin, auf der einen Seite unterschiedliche Ausgangsbedingungen der Individuen abzubauen (beim Entstehen des Kapitalismus wurde so z.B aus dem versklavten Bauern der rechtlich gleichgestellte freie Lohnarbeiter), auf der anderen Seite aber auch solche ungleichen, aus gesellschaftlicher Trägheit und zur Systemstabilisierung übernommene vorkapitalistische Verhältnisse beizubehalten und weiterzuentwickeln.
Und so ist- obwohl das Kapital in seinem Drang nach optimaler Vernutzung der fähigsten Kräfte tatsächlich universalistisch, d.h gleichmachend ist- das kapitalistische System gleichzeitig durch und durch reaktionär. Es ist mehr als nur kapitalistisch. Sein ganzes ökonomisches Werden ist von den patriarchalischen und fremdenfeindlichen Gesellschaften, aus denen es hervorgeht, bestimmt. Rassismus ist *eben nicht* die herrschaftsstabilisierende Ideologie des Kapitals (auch wenn er manchmal diese Funktion einnimmt), sondern prägender Bestandteil der Ökonomie. Genauso wie auch das Geschlechterverhältnis sehr viel mehr ist als von den Personen reproduzierte sexistische Ideologie, nämlich ein materielles Ausbeutungsverhältnis, das unabhängig von der Schlechtheit oder Gutheit der Männer und Frauen die gesellschaftliche Struktur durchzieht.
So ist die Klassenzusammensetzung von Anbeginn der kapitalistischen Entwicklung „rassisch“ und geschlechtlich diferenziert gewesen: Iren in England und Polen in Deutschland waren bei den Parias überdurchschnittlich vertreten, die Leichtlohngruppen bestehen nach wie vor aus Frauen und AusländerInnen.
Der Irrtum der traditionellen Linken war es zu glauben, daß sich die übernommenen gesellschaftlichen Verhältnisse, die älter sind als der Kapitalismus, im Rahmen seiner Universalisierung zwangsläufig auflösen müßten, d.h die vermeintliche Sozialisierung der Produktion zum Verschwinden von überbaustrukturen wie Sexismus und Rassismus führen müßten.
Verkannt wurde in diesen simplen Basis-Überbau-Modellen, daß sich Kultur und Ökonomie gar nicht schematisch voneinander trennen lassen, weil eben das Kapital die alten gesellschaftlichen Verhältnisse nicht vorrangig überwindet, sondern vor allem in sich aufnimmt.

Ein heterogenes System

Wenn das bestehende kapitalistische System aber widersprüchliche Elemente und Tendenzen (z.B gleichmacherisch und gleichzeitig rassistisch) beinhaltet, dann werden konkrete Vorhersagen über den weiteren Werdegang der gesellschaftlichen Struktur so gut wie unmöglich.
Diese innere Heterogenität des Systems ergibt sich neben universellen Elementen (den Regeln der Weltwirtschaft), die überall gelten, und Charakteristika, die aus den spezifischen historischen, geographischen und kulturellen Vorbedingungen vor Ort (überlieferte Lebens- und Produktionsweisen) übernommen werden, vor allem aus den sozialen Kämpfen, die innerhalb und gegen das System geführt werden, aber nicht zu ihrem Zusammenbruch führen. So kann der Kapitalismus je nach inneren oppositonellen Bewegungen Frauenfreundlicher oder Frauenfeindlicher, rassistischer oder multikultureller, sozialdemokratischer oder neoliberaler werden.
Im Gegensatz zur Linken kann er mit seiner inneren Widersprüchlichkeit sehr gut leben. Sie macht ihn flexibel, steigert seine Anpassungsfähigkeit. Die Heterogenität der modernen kapitalistischen Gesellschaften führt dazu, daß sich Zusammensetzungen andauernd krisenhaft verändern und gerade von den sozialen Bewegungen (also von uns), die gegen den herrschenden Status Quo kämpfen, weitergebracht werden.
Klar wird hieran, daß ein Basis-Überbau-Modell, das eine einfache, kausale Verknüpfung (vom neutralen Kapitalverhältnis zum Überbau-Rest) vornimmt, viel zu kurz greift. Natürlich bleibt die Ökonomie zentral, nur ist die konkrete Ausformung der Ökonomie eines Landes von einem Haufen Faktoren bestimmt, von denen Patriarchat und imperialistisches Gefälle nur die beiden hervorstechendsten sind.

Die Suche nach der eindeutigen Gesellschaftsanalyse führt nach nirgendwo

Kein Spruch ist deshalb so blöde wie : erst mal wieder Klarheit kriegen, bevor man handelt. Das Prinzip im Kapitalismus ist es ja gerade, seine sich aus dem technischen Fortschritt und den sozialen Kämpfen ergebende Entwicklung im Fluß zu halten und dabei völlig widersprüchliche

Tendenzen in sich zu bewahren. Eine Analyse, die uns alles erklärt, kann es nicht geben, dafür sind selbst Momentaufnahmen zu heterogen.
So ist Fakt, daß noch nie in der Menschenheitsgeschichte die Universalität (d.h die Möglichkeit, unabhängig von Rassen-, Geschlechterzugehörigkeit und Klassenherkunft, Führungspositionen im Kapitalismus zu übernehmen) so groß war wie heute, ohne daß dies bedeutet, daß es nicht gleichzeitig starke Rollbacktendenzen auf den verschiedensten Feldern gäbe. Der kapitalistische Entwicklungsgang ist ständig widersprüchlich und den Interessen der Kämpfenden oft völligentgegengesetzt. So haben die Frauenkämpfe gegen Geschlechterrolle und Hausarbeit zum Teil Emanzipation bedeutet, zum Teil aber auch nur zu einer Kapitalisierung des Reproduktionsbereiches geführt (Fast Food-Industrie, Pornoindustrie, Frauenhandel).
Das Verständnisproblem, das sich für uns aus dieser innerkapitalistischen Beweglichkeit ergibt ist monokausal ("die Ökonomie ist linear erklärbar und bedingt alles weitere") nicht zu bewältigen aber auch eine Vermischung der Unterdrückungsverhältnisse (wie sie das 3:1-Papier vorschlägt) oder das Entdecken eines neuen Hauptwidespruchs wie bei den Bielefelder Radikalfeministinnen (Werlhof, Mies) sind wenig überzeugend.
Die Stärke des Kapitalismus und seiner tragenden politischen Institutionen (Sozialstaat, Kirche, Parteien, Medien usw.) ist es vor allem seine Komplexität pragmatisch anzuerkennen. Der Pluralismus der bürgerlichen Gesellschaft ist kein Blöff. Natürlich schieben sich in Krisenphasen planende Zentralen über das Gefüge von widersprechenden Interessen, und natürlich gibt es Grenzen für Pluralismus, aber innerhalb dieser Grenzen ist Widerstand und Bewegung nicht nur zugelassen, sondern sogar erwünscht. Mit der Vorstellung von einem einheitlichen Schweinesystem mit planenden Zentralschweinen lügen wir uns in die Tasche. Selbst die entschiedensten Kämpfe gegen das System sind vor dem Reformismus nicht gefeit: solange sie sich nicht in wachsendem Bewußtsein und Organisierung ummünzen sind sie auch nur der radikal-reformistische Stachel, der zur Modernisierung beiträgt.

Wir brauchen heute weder eine monolythische noch eine diffuse Linke

Um zur Frage zurückzukommen: linke Theorie kann aufgrund dieser Heterogenität der kapitalistischen Gesellschaft ein revolutionäres Projekt nicht als auf einem Weg erkämpfbare Veränderung, sondern um kompliziert miteinander verstrickte Bemühungen auf den verschiedensten gesellschaftlichen Feldern verstehen. *Den* zentralen Bereich politischer Tätigkeit gibt es dabei genausowenig, wie ein Messen an der staatlichen Repressionsmaschine. Veränderung müßte wie in anderen Ländern als Vielzahl von durchaus widersprüchlichen Bemühungen verstanden werden. Das Ziel wäre damit eine revolutionäre Linke, die ohne beliebig zu werden, so pluralistisch ist wie die bürgerliche Gesellschaft selbst.
Wer jetzt leichtfertig den Reformismusvorwurf auspackt ("mit der Position kannste in die AL"), macht es sich zu einfach. Ein Blick auf die revolutionären Prozesse in der Welt, zeigt, daß eine Linke um revolutionär zu sein eben nicht nur radikale (an die Wurzel gehende) Positionen braucht, sie muß diese Positionen auch massenhaft artikulieren können. Weil sie widersprüchliche Gesellschaften vorfindet (nirgends gibt es den von Marx vorhergesehenen Antagonismus Bürgertum-Arbeiterklasse voll ausgebildet), muß auch die Linke (als Kern der anderen Gesellschaft) widersprüchlich sein. Die entscheidende Frage, wo die Grenze anzusetzen hat, bis wohin linker Pluralismus gehen kann, ohne eine revolutionäre Position aufzugeben, kann sich nur in der Praxis beweisen. Vorsicht ist angebracht. Aber eine Position, die diesen Widersprüchen einfach aus dem Weg geht, indem sie sich in die Isolation zurückzieht, entzieht sich nur der gesellschaftlichen Wirklichkeit und ist nicht weniger reformistisch.

Der Standpunkt von Hahn Solo (wenn ich ihn richtig verstanden habe), die heutige Gesellschaft sei in zu viele gesellschaftliche (Unterdrükkungs-) Verhältnisse zersplittert, um eine gemeinsame Linke, als Organisation, zuzulassen ist deshalb meiner Ansicht nach die falsche Antwort auf eine richtige Erkenntnis. Es ist sozusagen eine Kapitulation vor der Durchsetzung der individualisierten, warenförmigen Gesellschaft, die nur noch den subjektlosen Untertan der Massengesellschaft (z.B in der Bürokratie oder den Parteien) oder den Kleingruppenmenschen (z.B der Kleinfamilie) kennt.
Ja gerade weil die vorherrschende Tendenz in den Metropolen ist, bestimmte offene Sozialstrukturen förmlich abzuschaffen,-zum Beispiel durch die Veränderung des Städtebaus, am Arbeitsplatz, in den Familienstrukturen-, muß eine Linke daran interessiert sein, Gegengesellschaftlichkeit aufzubauen. Und zwar nicht von *außerhalb der Gesellschaft* als sektenförmige Szene, sondern durchaus im Normalalltag als Organisation.
Vielleicht ist dieser Wunsch unrealistisch. Dann aber vor allem deswegen, weil die Linke -und das ist auch der Grund, warum ich das Mißtrauen der traditionellen Linken gegenüber den nach 68er-Linke bis zu einem gewissen Grad verstehe- die individualisierenden Tendenzen nicht bekämpft hat, sondern im Gegenteil an vielen Stellen eine Art Vorreiterrolle für sie eingenommen hat. Das seit 68 durchgesetzte Recht, aus der Norm auszubrechen, ist eben nur bis zu einem bestimmten Punkt gesellschaftliche Befreiung gewesen. Es war daneben auch Grundlage für ein modernes und sehr kapitalkonformes Lebensgefühl von Spaß, Luxus, Unverbindlichkeit, Teilzeitarbeit, Invidualreisen... Auch die Einrichtung von Ersatzfamilien (WGs) mit ihrem Umfeld widerspricht dem nicht. Es gibt durchaus eine Kontinuität vom Vollsponti "Dany le Rouge" zum *nouveau citoyen* Cohn-Bendit.
Das Betonen der widersprüchlichen Unterdrückungsverhältnissen macht mich deshalb bei manchen Diskussionen skeptisch. Oft nämlich dient die Unvereinbarkeit von "deutsch" und "ausländisch", von Mann und Frau als Vorwand für eine grundsätzliche Unfähigkeit zur Kollektivität. Das Konzept der unterschiedlichen Ausbeutungsverhältnisse ersetzt Gedanken über jenes postmoderne Lebensgefühl, das aus Unverbindlichkeit, genossener Vereinzelung und Für-Sich-Selbst-ganz-subjektiv-Reden besteht.
Die Hoffnung auf die einfache Einheit der Unterdrückten ist in ihrer Makellosigkeit natürlich ein Mythos der patriarchalisch dominierten Linken, und hier ist die Kritik von Hahn Solo und anderen allgemein gültig. Selbst in Trikontländern wie z.B jetzt in der 500-Jahres-Kampagne in Lateinamerika kriegen die linken "Avantgardeorganisationen" die Unterdrückten nur noch unter einen falschen Hut: Frauen, Schwarze und Indianerinnen rebellieren gegen die Einheit der Geknecheteten unter Führung weißer Männer aus der Mittelschicht. Aber im Gegensatz zur Linken in der BRD bedeutet das nicht das Festschreiben der Zersplitterung, sondern Bemühungen und innere Kämpfe um eine andere Einheit. Insofern haben die OrganisationskritikerInnen mit einem richtigen Argument unrecht. Die Antwort auf die falsche Einheit kann nicht der Verzicht auf weitreichende Organisierung sein, sondern Bemühungen um eine pluralistische Linke.

zu b)

Ein anderer Revolutionsbegriff ?

"*So sind Eroberung der politischen Macht und Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln lediglich die notwendige, aber nicht die ausreichende Bedingung einer Transformation der Struktur im sozialistischen Sinne- notwendig, weil jene nachfolgende Umwälzung ohne sie nicht zu vollziehen ist; nicht ausreichend, weil sie sich in dieser Bedingung noch nicht erschöpft. Daras folgt, daß die sogenannte „Übergangsgesellschaft" eine Gesellschaft ist, in welcher nicht als Residuum der Vergangenheit, sondern als ganz in der Gegenwart verwurzelte Form ein Großteil der kapitalistischen Produktionsweise fortbesteht.*"

(Rossana Rossanda, Über die Dialektik von Kontinuität und Bruch)

"*Alle bisherigen Revolutionen, meint Freire, unterliegen an dieser Stelle der Kritik. Sie verzichteten auf eine revolutionäre Pädagogik oder sie vertagten sie. Und also überlebten im revolutionären Prozeß vorrevolutionäre Bewußtseinsstrukturen und Herrschaftstechniken. Und das führt mit Notwendigkeit zur Bürokratisierung der Revolution, zu ihrer Selbstzerstörung. Das konterrevolutionäre Potential im Bewußtsein der Massen und ihrer Führer ist viel zu groß. Der Feind, der rechts beseitigt ist, steht immer noch innen (...) Nur wenn der revolutionäre Prozeß mit dem Vertrauen zum Volk und also mit einer revolutionären Pädagogik anhebt und fortschreitet, als „kulturelle Aktion für die Freiheit" vor dem revolutionären Akt, als Kulturrevolution danach, wird er hervorbringen, was hervorzubringen sein einziges und eigentliches Ziel ist: freie Menschen.*"

(Ernst Lange in der Einleitung zu „Pädagogik der Unterdrückten" des brasilianischen Befreiungspädagogen Paulo Freire)

Die zweite Frage nach dem Revolutionsbegriff, d.h nach einer Vorstellung von dem, was Befreiung heute bedeutet, hat viel mit dem obengesagten zu tun. Die traditionell-marxistischen Begrifflichkeiten von "Basis" (ökonomischer Grundlage) und "Überbau" (Kultur, Ideologie, Parteien, Staat) beinhalten eine einfache Schlußfolgerung: wenn

sich das erste verändert, wird auch das zweite revolutioniert. Diese Vorstellung ist mechanizistisch und war bestimmend im Sowjetmarxismus (gutes Beispiel dafür: Bucharin). So war die Revolution in der SU (vor allem aufgrund gegebener objektiver Zwänge) auf die Übernahme der Staatsführung beschränkt (die Bürokratie blieb zu einem erheblichen Teil sogar zaristisch), was zwar Möglichkeiten eröffnete, aber eben auch die Grenzen des Prozesses ziemlich eng festlegte.
Für einen anderen Revolutionsbegriff müßte aus dieser Erfahrung mehrere Schlußfolgerungen gezogen werden: es müßte erkannt werden, daß die Machtübernahme zwar notwendig, aber nicht hinreichend ist; daß zweitens die Kontrolle über den Staat und selbst die Sozialisierung der Produktionsmittel andere gesellschaftliche Verhältnisse unangetastet lassen kann, also gesonderte Bemühungen auf allen gesellschaftlichen Feldern nötig sind (Alexandra Kollontai hat das ziemlich früh erkannt)- Integralität der Revolution könnte man das nennen; und daß drittens -da die staatlich-administrative Machtübernahme nur ein Element des revolutionären Prozesses ist- dieser lange vor ihr einsetzen kann und muß.

Der italienische Kommunist *Antonio Gramsci* spricht in diesem Zusammenhang von *Stellungskrieg*, d.h von einer Umwälzung, die aus der allmählichen Einnahme von Positionen besteht- ohne dabei an die Reformmöglichkeiten innerhalb des bestehenden Systems zu glauben.
Die Idee von der Vorwegnahme der Revolution ist auch bei anderen Linken nicht neu. Seit 25 Jahren wird der Revolutionsbegriff des Sowjetmarxismus massiv kritisiert. Der *Marsch durch die Institutionen* der StudentInnenbewegung mit seiner Hinwendung zu diesen ist eine Folge dieser Kritik am Realsozialismus und zeigt auch die darin beinhalteten Schwierigkeiten auf. Weder kann eine straff organisierte Linke den Staat einfach per Unterwanderung übernehmen noch kann eine lose linke Strömung die Reformen bis zum Sieg weitertreiben. Es geht vielmehr um das schwierige Zusammenwirken von *Zerstören und Neuaufbauen* (Gramsci). Das alte System muß zerschlagen werden- eine radikale Reform kann es nicht geben-, und auf der anderen Seite müssen parallele Strukturen aufgebaut werden, die *eine Grundlage bilden für später, eine beschränkte Vorwegnahme von Befreiung bedeuten und Bestandteil der politischen (Gegen-)Macht sind.*
So müßten ArbeiterInnen eines Betriebs sich sowohl für konkrete Kämpfe organisieren als auch die Bildungsgrundlage erarbeiten, um den Betrieb später selber verwalten zu können. Darüberhinaus jedoch muß die Organisation dieser ArbeiterInnen befreiende Tendenzen beinhalten: sie muß, was antisexistisches Bewußtsein oder egalitäre Strukturen betrifft, nach vorne weisen.
Gemäß diesem Revolutionsbegriff läßt sich ein revolutionärer Prozeß jederzeit einläuten und entwickeln, selbst in Phasen, in denen das kapitalistische System höchst stabil erscheint. Jede Organisierung von Menschen wäre Aufbau einer anderen Gesellschaft und müßte sich an den drei genannten Kriterien messen lassen: sie muß Teil von Kämpfen sein und diese vorwärtstreiben; sie muß das utopische Moment beinhalten, d.h aufzeigen wie es anders gehen könnte, auch wenn sich Veränderungen nur langsam und prozeßhaft einstellen; und sie muß außerdem bewußt der Embryo der neuen Gesellschaft sein, d.h die Fähigkeit zur Selbstverwaltung aller gesellschaftlichen Bereiche schulen.
Für dieses Fernziel, das gleichzeitig aus Nahzielen von Neuaufbau besteht, muß die Linke gesellschaftlich präsent sein. Viel mehr als wir es bisher vertreten haben, ist revolutionäre Umwälzung ein mühseliges Ringen um die Hegemonie emanzipatorischer Inhalte in der Gesellschaft. Nicht mehr der Sturm des Präsidentenpalastes/die brennende Bullenwanne sind zentral, sondern das Herausbilden neuer sozialer Strukturen, die in ihren *Kämpfen (also nicht nur als tolerierte Alternative)* eine neue Gesellschaft vorformen.

Revolutionäre Positionen messen sich daran, ob sie diese verschiedenen Elemente gleichzeitig beinhalten oder nicht. Weder sind Kämpfe, die über die Machtübernahme nicht hinausdenken, wirklich befreiend, noch besitzen all jene Strukturen, die sich ohne Ausweitung in die Gesellschaft bereits durch ihre Existenz für subversiv halten (ein verbreiteter Irrtum der Szene) für uns größere Bedeutung. Die Verwechslung von Parallelmacht und Alternativkultur führt in die Irre. Die Absonderung in Form einer angepunkten Politbewegung ist uninteressant, es geht um den Aufbau kollektiver Strukturen im Normalalltag, dort wo wir arbeiten, studieren und leben.
Es ist banal, aber immer noch nicht durchgesetzt: ein revolutionärer Prozeß ist nie von außerhalb gegen die Gesellschaft, sondern nur innerhalb der Gesellschaft gegen ihre Unterdrückungsverhältnisse möglich. Vielleicht ist manchmal nichts anderes mehr möglich als eine Beschränkung auf eine völlig isolierte Minderheitenposition. Aber ein selbstgefälliges Einrichten in ihr, wobei die Außenwelt nur noch als feindlich und spießig empfunden wird, ist ein Verzicht auf jede politische Position. Es ist ganz einfach nur die Suche nach einer Nische, in der man sich moralisch einwandfrei fühlen kann.

Egal wie groß unsere Schwierigkeiten dabei sind: die Linke braucht eine Ausweitung in die Gesellschaft zurück, auch wenn die Berührung mit den wirklich haarigen Widersprüchen viel schwierigere Entscheidungen als bisher erfordert.
Außerdem wird es bei einer politischen (anstelle einer subkulturellen) Definierung „unserer Bewegung" zwangsläufig zu Brüchen kommen: viele der sich als *radikal-dagegen* begreifenden Menschen verfolgen kein politisches Projekt und unter denen, die es verfolgen, gibt es völlig unterschiedliche Vorstellungen.
Aber eine solche Klärung, die der Linken bevor steht, bedeutet nichts schreckliches. Die notwendigen politischen (Um-)Brüche brauchen nichts endgültiges und absolutes an sich haben. Die Möglichkeit des Irrens sollten wir alle berücksichtigen und für unsere freundschaftlichen Beziehungen müssen sie gar nichts bedeuten. Zu bedenken haben dabei zudem gerade wir, die wir eine politische Organisation wollen, daß weder alle SystemgegnerInnen das gleiche wollen müssen, noch daß eine solche Organisation einen Führungsposition beanspruchen darf. Wenn unsere Bemühungen nur zu einer zusätzlichen Zersplitterung beitragen, war alles für die Katz. Andere politische Umgangsformen sind gerade jetzt für eine mögliche Neuzusammensetzung ein absolutes muß.

Für eine Linke ohne zentrales Subjekt

Die materialistische Lehre, daß die Menschen Produkte der Umstände und der Erziehung, veränderte Menschen also Produkte anderer Umstände und geänderter Erziehung, vergißt daß die Umstände eben von den Menschen verändert werden und daß der Erzieher selbst erzogen werden muß.

Marx/Engels: Redigierte Feuerbachthesen

zu c) Banal ist inzwischen auch die Erkenntnis, daß das gesellschaftlich treibende Subjekt im Augenblick in der BRD nicht in der Arbeiterklasse zu erkennen ist. Trotzdem stürzt sich die Linke auf neue zentrale Widersprüche, die die ersehnte Umwälzung ermöglichen werden. Für einige sind es- gemäß der Miesschen Theorie- die Frauen, für andere wie die MacherInnen der *Materialien für einen neuen Antiimperialismus* und den sich bewußt oder unbewußt an ihnen orientierenden Autonomen, die Massen im Trikont und dort vor allem die *farbige Frau*; und darüberhinaus sind es natürlich auch all dijenigen, die es sein wollen, was im verengten Blickfeld man natürlich meistens selbst ist. Das paßt im übrigen auch gut zur *"Politik in der ersten Person"* und ist deswegen sympathisch.
In der Praxis werden alle drei Theorien miteinander vermischt, wobei zwischen Beliebigkeit, billiger Verelendungstheorie und ich-bezogener Selbstkasteiung (die ganze Zeit zu betonen, daß man als weißer Mann zu den Ausbeutern gehört, ist schließlich auch eine Methode sich wieder zum Mittelpunkt der theoretischen Auseinandersetzung zu machen) hin- und herschwankt.

Das revolutionäre Subjekt dürfte im Augenblick in der BRD und wahrscheinlich nirgends in der Welt auszumachen sein. Alle gesellschaftlichen Gruppen, selbst die verelendeten Massen im Trikont, sind im Moment so heftigen Bewegungen und Veränderungen unterworfen, daß sie als soziale Einheiten schon wieder im Zerfallsprozeß begriffen sind, bevor sie aufgrund äußerer materieller Bedingungen zusammenfinden könnten. Die Kultur- und Informationspolitik des modernen Kapitalismus, der seine Fernsehserien bis in die Slums von Corumba im Urwald Brasiliens reichen läßt, tut ein übriges. Die materiellen Gemeinsamkeiten sind differenziert genug, um Solidarisierung zu verhindern, kulturelle Einheiten werden durch die immer noch massiv durchgesetzte Konsumkultur zerschlagen. Und dort, wo es den Zusammenhalt als Stadtteil, Region, ausländische Gemeinde oder Subkulturszene gibt, kämpft die Rechte mit Repression und Integration meistens erfolgreich um Hegemonie.
Die Aussichten, daß demnächst ein von der Geschichte dazu prädestiniertes soziales Subjekt auftauchen wird (das dann das Objekt der Linken ist) ist eher klein. Die theoretisch leicht zu handhabende Masse aus Arbeitern, Frauen, Flüchtlingen, Roma und Cinti, die aus materiellem Zwang revolutionär wird, ist die Erfindung einer verwirrten Linken nach Marx. Weder im Trikont noch in den Metropolen werden sich unsere RetterInnen (oder nur noch kleines *i*?) aufspüren lassen. Das Schielen auf das Subjekt sollten wir lassen.
Auf der anderen Seite aber bestehen die gesellschaftlichen Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse weiter, es gibt weiterhin objektiv vorhandene Klassen (auch wenn sie sich kaum politisch artikulieren) und einen nicht abgeschwächten, sondern nur ausdifferenzierten Antagonismus zwischen diesen.
Die materialistische Analyse, nach der die Position innerhalb des Ausbeutungsgefüges das Interessse an Veränderung steigen oder fallen läßt, hat nicht an Gültigkeit verloren. Genausowenig die Erkenntnis, daß weite Teile der Bevölkerung auch in den Metropolen den unterschiedlichsten materiellen Ausbeutungsverhältnissen (in der Familie, im Lohnarbeitsverhältnis, aber auch als kleine Selbständige) unterworfen sind. Trotz relativ guter Löhne wird diesem Großteil der Bevölkerung wirkliche Lebensqualität in Form von Gesundheit, sozialen Beziehungen, Bildung und Entfaltungsmöglichkeiten nach wie vor vorenthalten. Nichts spricht dafür, daß der Kapitalismus diese Bedürfnisse in der Zukunft besser erfüllen und seine inneren Widersprüche auflösen wird. Das Gegenteil dürfte der Fall sein.

So gesehen besteht die Notwendigkeit, und damit auch die Grundlage, für ein sozialistisches Projekt fort. Dafür aber, daß eine Bewegung sich diese andere Gesellschaft erkämpfen will, dafür ist das subjektive Erleben des Alltags wichtiger geworden. Klar, daß dieses Erleben völlig unterschiedlich ist und deshalb auch die Kampfbereitschaft stärker von subjektiven Faktoren (Sensibilität, Gerechtigkeitsempfinden, Bedürfnis nach Sozialbeziehungen, usw.) beeinflußt ist als möglicherweise noch im Manchesterkapitalismus. Der Determinismus - *wer in diesen Verhältnissen lebt, muß sich folgendermaßen verhalten-* war nie richtig, heute ist er noch falscher geworden.
Für die Linke bedeutet das aber auch, daß es wichtiger geworden ist, Alternativen aufzuzeigen. Gar nicht so sehr in Form schlüssiger Theoriegebäude, sondern eher dadurch, daß sie persönlich greifbar ist. Die Linke muß, wenn sie eine gesellschaftliche Option sein will, präsent sein und sie muß es (und da haben die GöttingerInnen total recht) auch endlich wieder den verschiedensten Leuten ermöglichen, an linker Politik teilzunehmen. Wenn Politik keine Exklusivität für Jugendliche Singles zwischen 17 und 27 sein soll, dann muß der Alltag mit Lohnarbeit, Kindern, Haushalt usw. Thema sein. Erst recht für eine offene Organisation.
Wichtig wird dabei auch sein, ob die Linke den Schritt *vom Agitatorischen zum Befreiungspädagogischen* schafft; ob sie weiterhin glaubt, Wissen vermitteln zu müssen, oder aber ob sie ihre Umwelt zur Selbstfindung, zum Subjektwerden anstachelt. Das ist mühselig und bedarf ein ganz und gar unarrogantes Verhältnis zur Umgebung, aber es ist im Endeffekt der einzige erfolgsprechende Weg zur Revolution. Das revolutionäre Subjekt mußt eben wirklich aus Subjekten bestehen.
Oder wie es bei Paulo Freire heißt:
"Kritischer und befreiender Dialog, der Aktion voraussetzt (...) muß auf allen Stufen des Kampfes um Befreiung geführt werden. Der Inhalt dieses Dialogs kann und muß sich verändern, je nach den historischen Bedingungen und dem Maß, in dem Unterdrückte die Wirklichkeit begreifen. An Stelle des Dialogs jedoch Monolog, Schlagwort und Kommuniques zu setzen, bedeutet den Versuch, die Unterdrückten mit dem Instrumentarium der Domestizierung zu befreien. Wer versucht, die Unterdrückten ohne ihre denkende Teilnahme am Akt der Befreiung zu befreien, behandelt sie als Objekte, die man aus einem brennenden Gebäude retten muß. Es heißt, (...) sie in Massen verwandeln, die man manipulieren kann." (Pädagogik der Unterdrückten)

Kurzum: so wichtig es für uns Linke ist, die materiellen Bedingungen und Klassenzusammensetzungen einer Gesellschaften zu analysieren, so absurd muten manchmal die Versuche an, die Verwirrung durch die Suche nach einem neuen zentralen Subjekt zu überwinden. Wir werden uns daran gewöhnen müssen, daß es die Subjekte, auf die wir uns mit unseren Absichten stürzen könnten, nicht gibt. Denn Subjekte treten als das auf, was sie sind- als Handelnde und nicht Behandelte...

Die Perspektiven einer revolutionären Organisation

Die Zeiten für eine neue Organisation in der Linken sind schwer. Die Skepsis überwiegt allerorts, Sozialismus ist zu einem diskreditierten Wort geworden und die Vorstellungskraft der Gesellschaft zerbrochen.
Auf der anderen Seite gibt es keine Alternative zu einem neue Anlauf in Richtung befreite Gesellschaft. Ansonsten wird das Fehlen eines gesellschaftlichen Zieles auf lang oder kurz auch auf d System selbst zurückfallen. Eine Gesellschaft ohne befreiende Projekte, Utopien und Entwicklungen geht langfristig vor die Hunde, weil sich Sinnleere breit macht. Insofern ist unser Problem nicht nur unser Problem, - egal wie isoliert wir im Augenblick mit unserer Suche sind.
Die Linke wird nicht darum herumkommen, sich gerade jetzt zusammenzuraufen und gewagte Schritte in Richtung Neubestimmung zu machen. Und um die dafür notwendige Diskussion verschiedenster Konzepte führen zu können, brauchen wir Strukturen, in denen sich mehr Wissen angeeignet und gegenseitig vermittelt wird als im Augenblick. Es fällt mir schwer, mich hier verständlich zu machen, weil ich es für absolut offensichtlich halte: die Strukturen sowohl für eine offene Praxisbezogene Diskussion -also eine, die Theorie in Kämpfen erproben muß- als auch für verankerte Aktionen und (klar auch) Kampagnen sind zwangsläufig die einer Organisation. Es gibt -außer in Bewegungshochzeiten- überhaupt keine Alternative.

Die Schritte dorthin sind schwer vorzuzeichnen, zumal die Bereitschaft, in einer Kollektivstruktur, für die Verbindlichkeit und Arbeit benötigt wird, aufzugehen, nach wie vor klein ist. Konkrete Vorschläge werden deshalb zwangsläufig am Unwillen einer eigentlich zufriedenen Linken abprallen, und sich von vorneherein darauf einstellen müssen, mehr GegnerInnen als FreundInnen zu haben.
Zudem werden wir uns nicht zuviel von einem Ansatz erwarten dürfen. Ein Großteil der Probleme der radikalen Linken in der BRD sind gesellschaftliche, und werden in einer anderen Struktur ebenso auftauchen wie bisher. Außerdem spricht nichts dafür, daß eine linke Organisation in absehbarer Zeit eine Massenbasis haben wird. Es ist eben nicht so, daß ***die*** Bevölkerung darauf wartet, revolutionäre Impulse zu erhalten. Eine schlaue Linke wird nicht viel stärker sein als der KB in besseren Zeiten oder die Autonomen 86. Bescheidenheit ist angesagt und die linke Praxis sollte sich dabei mehr an unscheinbaren Erfolgen einer soliden Arbeit als an den spektukalären Ereignissen, von denen in 2 Jahren nur noch eingeweihte VeteranInnen reden, orientieren. Eine linke Organisation kann im Augenblick eben keine Massenorganisation sein, aber sie kann Positionen halten helfen und Leute wieder einbinden, die aufgrund ihrer Lebensweise aus bestehenden Strukturen herausgefallen sind.

Ohne langen Atem, einer dicken Haut gegen Anfeindungen und der Bereitschaft sich gegen den durchgesetzten Mainstream zu stellen, wird jedes Organisierungskonzept scheitern. Nach allen Anzeichen wird die Veränderung in der Linken, -wenn sie denn kommt-, verheißungsvoll unspektakulär werden. Ein mühsames Aufbrechen längst verinnerlichter Rede- und Denkstrukturen, ein Zweifel schürender Abschied von den Ideologien (die es bei den Autonomen nicht weniger gibt als anderswo). Natürlich wird in diesem Prozeß viel von der Kraft Einzelner abhängen. Darauf daß alle gleichzeitig zum selben Schluß kommen, darauf könnten wir ewig warten. Etwas vorzugeben wird sicherlich positiv zu bewerten sein, und das setzt den Mut der sich Vorwärtswagenden voraus.
Alles in allem eher mittelmäßige Perspektiven, aber nicht schlechte. Woran sollten wir mehr lernen als an Umbrüchen und Krisen wie heute. Revolution ist sowieso sehr viel weniger das begeisternde Spektakel, von dem wir mit 16 geträumt haben, als vielmehr die kontinuierliche Arbeit, der gesellschaftliche Prozeß, der ständig weitergeführt werden kann und kein klares Ende hat.
Aber nichtsdestotrotz: der Satz *es gibt keine Alternative* ist ernst gemeint. In den Stromschnellen gesellschaftlichen Umbruchs können nur die überleben, die bereit sind, sich und ihre Vorstellungen ständig in Frage zu stellen. Alles andere führt zum Verlust der gesellschaftlichen Relevanz und dann direkt zur Psycho-Sekte, egal ob man sich selbst Partei oder Szene nennt. Als uns selbst als ideologiekritisch bezeichnende Menschen sollten diejenigen, die wir uns jahrelange als Autonome begriffen haben, bei dieser Bereitschaft zum Neulernen eigentlich in der ersten Reihe stehen.-

Zettelknecht (eine Einzelperson aus der Gruppe "Für eine linke Strömung")

"Praxis und Dialog ist für den Menschen identisch. Es von der Praxis, von der Weltveränderung ausschließen, heißt, es aus der zwischenmenschlichen Kommunkation ausschließen. Ihm die Sprache stehlen und damit den Dialog verwehren heißt, es an der Praxis hindern. So oder so wird dieses Lebewesen, das nur im Mehrwerden menschlich, ist, weniger: ein Haustier. Die kulturelle Invasion der Unterdrücker, die die Unterdrückten sprachlos und praxislos macht, ist darum eine Art Genozid, Tötung des Menschlichen am menschen, damit aber zugleich Selbsttötung, sozialer Suizid der Unterdrücker: auch sie sind ja Dialogwesen, und indem sie anderen den Dialog verwehren, zerstören sie ihre eigene Zukunft. ... "
Ernst Lange in der Einleitung zu Paulo Freire: „Pädagogik der Unterdrückten"

31.1.92

Lieber Lutz

Wir haben deinen Brief vom 21.12. bekommen. Wir wollen nicht auf dieselbe Art, wie du deinen Brief geschrieben hast, antworten. Bevor wir versuchen, zu einigen Punkten von uns aus etwas zu sagen, ein paar Bemerkungen zu deinem Brief. Du schreibst, daß ihr nicht wißt, wer wir sind und daß das, womit wir uns abkämpfen und was wir politisch akkumulieren, völlig im Dunkeln bleibt. Das geht aus unserem Brief auch wirklich kaum hervor - was wir mittlerweile auch als politischen Fehler ansehen -, und trotzdem ist es natürlich eure/deine Entscheidung, dich/euch auf weitgehend anonyme Fragen und Kritikpunkte einzulassen oder eben nicht. Du aber machst keins von beidem: Du schnappst dir das Ganze und machst uns zum Objekt, indem du einfach mal alles, was dir an Leuten stinkt und was du an Haltungen unter bestimmten Leuten draußen vermutest, auf uns projizierst.

Wenn wir und unser Brief nicht ernst zu nehmen sind, warum ihn dann veröffentlichen? Der Widerspruch muß dir doch auch auffallen: uns einerseits von oben herab zu bescheinigen, daß wir nicht ernst zu nehmen sind, andererseits aber 12 Seiten mit ausgedehnten Beschimpfungsabschnitten zu schreiben, um sie zusammen mit unserem Brief zu veröffentlichen - das paßt nicht zusammen. Außerdem scheint es so, daß du uns nur benutzen wolltest: Du hast schon von Anfang an deinen Brief nicht an uns, sondern als Text zur Veröffentlichung geschrieben, in dem du mit einem bestimmten Politikverständnis abrechnest, das mit uns überhaupt nichts zu tun hat. Dementsprechend hast du auch Verhaltensweisen und Positionen, die dir da reinzupassen scheinen, einfach dazuerfunden oder aus unserem Text verfälscht übernommen. Eins davon z.B. die Hierarchiegeschichte: man warte auf genaue Anweisungen (wir haben geschrieben "Antworten auf Fragen"), oder: wir wollten ein Schnäppchen machen..., wir attackierten pauschal "Reformisten" und Reformen, wir hätten jegliches "Umdenken" als gefährlich bezeichnet u.a.m. ... Lutz, das reimst du dir zusammen, und das entspricht dem, wie du mit unserem Brief umgehst - von oben herab.

Wir wollen und wir brauchen keine Anweisungen von euch/dir, wir halten aber auch nicht den Mund, wenn wir eure Erklärungen schwammig finden, weil sich jeder und jede das rausholen kann, was ihm/ihr in den Kram paßt. Und genau das, wie weit diese Erklärungen interpretierbar sind, wollten wir euch aufzeigen (das haben wir bereits im ersten Brief geschrieben, nur hast du's anscheinend überlesen.)

Das Schlimmste für uns war, zu merken, daß du Fragen und Kritik einfach dadurch wegwischst, daß du uns zum Objekt degradierst, anhand dessen du dann mal abkotzen kannst oder was von dir sagst; und daß dir in diesem Zusammenhang der Unterschied wichtig wird, daß du "ja von was abschwören könntest im Gegensatz zu uns".

Diese Art, mit Kritik umzugehen, erinnert uns an Zeiten, die wir für vergangen halten. Wir haben euch unsere Fragen und unsere Kritik nicht geschrieben, um vermeintliche Fraktionen und deren Gräben auszumachen und für Machtspielchen auszunutzen. Ebensowenig hatten wir vor, euch abzuklopfen, ob ihr noch "auf Linie" seid. Die Grundlage für einen politischen Prozeß, für gemeinsame Weiterentwicklung ist, daß alle wissen, wer von welchen Punkten ausgeht - uns ist das aus euren Hungerstreikerklärungen nicht klar geworden. In unserer Formulierung, was "politische Lösung" denn alles heißen könnte, wollten wir deutlich machen, daß wir nur mit der Klarheit der jeweiligen Positionen eine konstruktive Auseinandersetzung führen können.

Sicher ist für eine inhaltliche Klärung die Frage danach, ob ihr die Bedingungen im Knast nicht mehr aushaltet, unbrauchbar und saublöd und muß euch zynisch vorkommen.

Die Zeiten, in denen Texte von politischen Gefangenen kritiklos gefressen oder gar bejubelt worden sind, sind vorbei. Eher bedrückend ist für uns, daß - soweit uns bekannt - nur wir euch geschrieben haben, obwohl auch andere ähnliche Fragen an euch haben. Vielleicht fehlt manchen auch einfach der Mut dazu, was wir nach deinem Antwortbrief auch verstehen können.

Für eine produktive Diskussion finden wir deine Definition sinnlos, revolutionäre oder reformistische Politik mache sich an der Form der Praxis allein fest; für uns macht sie sich auch an der inhaltlichen Bestimmung und Zielsetzung fest. Im letzten Hungerstreik haben wir Kundgebungen gemacht und Veranstaltungen, öffentliche mit Angehörigen, RechtsanwältInnen, ÄrztInnen und interen in verschiedenen Tübinger Gruppen, offene Briefe geschrieben, Zeitungsbeiträge und -anzeigen. Wir sehen diese Arbeit auch heute als eine vordringliche Aufgabe der 'Initiative für die Zusammenlegung der politischen Gefangenen' an und gehen das immer wieder an, letztens z.B. mit einer Diskussionsveranstaltung im Rahmen der Aktionstage zu 500 Jahre Conquista, die von 15 Tübinger Gruppen, v.a. aus der Drittweltsoliarbeit, organisiert wurden. Dabei hilft uns auch, daß wir alle außer in der 'Ini' noch in anderen - und recht verschiedenen - Gruppen z.T. schon sehr lange arbeiten, daß wir dort verankert sind und umgekehrt unsere unterschiedlichen Erfahrungen in die 'Ini' mitbringen. Und einige von uns machen eben das INFObüro, sorgen u.a. für den Informationsfluß zwischen uns und anderen Gruppen/Menschen drinnen und draußen.

Du wolltest uns wohl das Etikett "straighte Autonome/Antiimps" anheften; wir tun uns schwer mit Klassifizierungen, wenn wir uns in unserer Verschiedenheit beschreiben wollen (Autonome, Antiimps, Ökosoz.../aus Frauenzusammenhängen, Roma-UnterstützerInnen, Zentralamerikakomitee...); wichtiger finden wir, was uns zusammengebracht hat und in kontiunierlicher Arbeit/Auseinandersetzung gegenseitiges Mißtrauen abbauen geholfen hat: die gemeinsame Erfahrung der Begrenztheit von 'Gruppen-Politik', die Notwendigkeit, daß - mit allen unterschiedlichen Erfahrungen, Ansätzen und Schwerpunkten - viel mehr zusammengehen muß, um Vorstellungen über tragfähige Initiativen und Perspektiven zu entwickeln. Diese gemeinsame Erkenntnis wirkt auch in unsere jeweiligen Zusammenhänge zurück. Wir glauben nicht, daß wir die Weisheit mit Löffeln gefressen haben, aber immerhin werden Diskussionen in der 'Ini' zusammengebracht. Ja, wir machen auch Cafê und Volxküche und da kommen auch mal Obdachlose. Wie das in deinem Brief rüberkommt, gerade mit den Obdachlosen, ist aber pure Arroganz, eben das "Alte": von oben herab, Hierarchie, Besserwisserei - darin waren und sind Männer schon immer besonders stark.

Und jetzt noch zu den Punkten, von denen wir ausgehen, was die Arbeit zur Durchsetzung eurer Forderungen angeht.

Den HS 89, mit den Forderungen nach ZL in große selbstbestimmte Gruppen und nach freier Diskussion und Kommunikation mit allen gesellschaftlichen Gruppen, sehen wir bis heute als Erfolg an. Die Mobilisierung hat gesellschaftliche Relevanz erreicht und damit Risse im Machtblock erzeugt. Soweit geben wir dir recht. Daß die Mobilisierung eine solche Breite erreicht hat, hatte aber eine ganze Reihe von Gründen. Einer davon war auch, daß schon vor dem HS eine Basis für die Mobilisierung geschaffen war durch die Arbeit zu den Verhaftungen und den anschließenden Prozessen gegen GenossInnen aus dem Widerstand, die aus z.T. ganz unterschiedlicher Geschichte kamen; natürlich auch durch den Hamburger Aufruf (wir wissen, daß die presserechtlich Verantwortliche dafür Rosita Timm war, und wir würden sie nie so abkanzeln, wie du es uns unterschiebst). Da gabs viele Diskussionen über politische Justiz, § 129a und die Haftbedingungen der politischen Gefangenen. Ein weitere Faktor war die Art und Weise, wie der HS von euch bestimmt war, und im besonderen eure HS-Erklärung.

Für viele war die Wahrheit über die Haftbedingungen wirklich beunruhigend und euer Kampf dagegen mobilisierend. Zudem war die Forderung nach Diskussion und Kommunikation für viele selbstverständlich - wenn auch sicher aus unter-

schiedlichsten Gründen; für nicht wenige aus ehrlichem Interesse, für welche aber auch mit der Hoffnung im Hinterkopf, daß mit der ZL und der gesellschaftlichen Diskussion möglicherweise der bewaffnete Kampf der RAF und die militante Opposition insgesamt befriedet werden könnte. Die so breit wie nie zuvor getragene Forderung nach ZL war in der Hauptsache eine Forderung nach Humanität (was ja zunächst auch nichts Schlechtes ist). Aber der eigenständige Wille aller Spektren zur Auseinandersetzung (mit euch und allen anderen) über politische Wege zur grundlegenden Veränderung der gesellschaftlichen Realität war und ist bis heute kaum entwickelt. So war auch keine politische Radikalisierung der Bewegung während des HS oder auch, nachdem die Forderungen erfüllt waren, möglich; im Gegenteil, die meisten waren kurz danach wieder weg, nicht wenige haben sich nach dem Herbst 89 insgesamt zurückgezogen oder sind - v.a. wegen der Entwicklungen in der DDR und in Osteuropa - in den totalen Frust abgestürzt. So, und das ist die Situation auch heute. (Klar ist diese Situation offen für Weiterentwicklung, wir haben in unserem ersten Brief nicht - wie du behauptest - gesagt, die Situation sei nicht offen, sondern das Kräfteverhältnis ist nicht offen in dem Sinn, daß es ohne einen längeren Prozeß 'morgen' zu unseren Gunsten zu kippen wäre.)

Für uns zieht diese Einschätzung folgende politischen Konsequenzen nach sich: Zuerst mal war und ist es unser Interesse, als 'Initiative für die Zusammenlegung der politischen Gefangenen' weiter kontinuierlich zusammen zu arbeiten und nicht auseinanderzugehen, um uns erst "beim nächsten HS" wieder zusammenzufinden (wie es nach den vorherigen HS oft der Fall war). Für grundsätzliche Veränderungen weltweit und hier und um eure Forderungen bis hin zu eurer Freilassung durchsetzen zu können, müssen wir eine gemeinsame politische Kraft entwickeln. Dies ist eine Erfahrung, die wir in der 'Ini' gemacht haben, und die wir in unseren politischen Schwerpunktbereichen (wie z. B. Antirassismus-/Flüchtlingspolitik, Zentralamerikasoliarbeit oder im Radikale-Linke-Projekt) machen. Das können wir uns nur auf dem Wege vorstellen, daß ein lebendiger, kritisch-solidarischer Diskussionsprozeß mit Gefangenen, innerhalb der radikalen Linken (und darüberhinaus) um politische (unterschiedliche) Einschätzungen, Ziele, Strategien breiter in Gang kommt. Von diesem Diskussionsprozeß versprechen wir uns auch eine politische Verankerung der ZL-Forderung in den sozialen Bewegungen und in den verschiedenen Spektren der Linken. Woraus sollen wir nur im entfernten die politische Kraft für die Durchsetzung der 'Freiheit' entwickeln, wenn nicht eine breite Bewegung die Gefangenen als "ihre Gefangenen" begreift und aus eigenständigem Interesse die Diskussion mit den Gefangenen über gemeinsame Perspektiven, Ziele, Strategien führt? Auf der Suche nach Ansatzpunkten (in der Stadt und überregional), diese Vorstellungen in öffentlich politisches Handeln umzusetzen, sind wir über eure Erklärungen gestolpert. Wir sahen in unserem Brief die Möglichkeit, diese Diskussion anzufangen. Das ist auch weiterhin unser Interesse.
Da wir eine unserer Hauptaufgaben also darin sehen, die ZL-Forderung politisch zu verankern, heißt das, nicht mehr nur die Haftbedingungen in den Mittelpunkt der Diskussion zu stellen, sondern die Notwendigkeit und den eigenen Willen, ein politisches Verhältnis zu euch zu entwickeln, zu der Politik, für die ihr jeweils eingefahren seid, und zu den politischen Ansätzen, die ihr heute im Knast (soweit unter den gegebenen Bedingungen möglich) formuliert. Und diese Diskussion einzubringen in alle Zusammenhänge, in denen Leute aus der 'Initiative' arbeiten oder die für uns erreichbar sind. Ein Ins-Verhältnis-Setzen zu euch geht aber nur, wenn Positionen deutlich sind. Gerade in der Situation heute, in der viele in den ganzen Umbrüchen nach Orientierung suchen und die gemeinsame Arbeit an greifbaren Alternativen zu den vorherrschenden Entwicklungslinien innerhalb des Systems (ob rot-grün oder schwarz-gelb oder wie auch immer) immer noch am Anfang seht, bedeuten die Eindeutigkeit von politischen Positionen und die Glaubwürdigkeit von einzelnen Menschen und politischen Zusammenhängen/Gruppierungen viel.

Und noch was zum Schluß:
Wir haben den Brief damals bewußt nur an euch Gefangene geschickt, weil wir kein Interesse an einer politischen Schlammschlacht haben, die von bestimmten Fraktionen (auch im Apparat) ausgenützt wird. Das sehen wir auch heute noch so. Wenn unser erster Brief und dein Antwortbrief aber dazu beitragen, daß wieder eine Diskussion um den Umgang miteinander, um Hierarchien, Objektstatus, Funktionalisierung, beginnt, dann hat es auch so seinen Sinn gehabt.

Wir hoffen, wir haben mit dem, was wir jetzt über uns, über unsere Gedanken und Diskussionen geschrieben haben, das nachgeholt, was wir im ersten Brief versäumt haben, sind für dich greifbarer geworden. Wir hoffen, du kannst jetzt unsere Fragen nochmal durchlesen, mit anderen Augen, und dich auch darauf einlassen. Wir hoffen auf eine Antwort von dir, die an uns und unseren Fragen nicht vorbeigeht.

Solidarische Grüße

die 'Ini'

Der unsichtbare Aufstand
Zur "Volxsport statt Olympia"-Aktivität am Freitag dem 13.März anläßlich des Schinkelfestes in der HdK ist uns einiges zu Ohren gekommen, was in den Medien leider ausgeklammert blieb:
Beispielsweise, daß
- einige OlympiagegnerInnen zu Beginn der Rede Nagels Flugis ins Publikum flattern ließen und Parolen brüllten
- andere Beherzte für angemessene Geruchsbelästigung durch Buttersäure im Saal sorgten
- Scheiben des Konzertsaals auf Durchzug getrimmt wurden und Rauchbomben den Innenhof zierten

TERMINKALENDER:

Do 19.3. 19.00 Seniorenclub Rixdorf,Kirchgasse1,1/44
Neuköllner Kiezpalaver

Fr 20.3. ? Lunte,Weisestr.53,1/44 - Filmkolleg aus dem Projekt "Arthur" BRD 87, Veranstaltung
20.00 EX,Mehringhof - Infoveranstaltung zu mumia abu-jamal + Solidisco

Sa 21.3. 11.00 Neuköllner Kiezspaziergang
Treffpunkt: Post (Hermann-/WErbellinstr.)
13.30 Antifa-Aktionswochenende: DEMO in Leipzig
21.00 SFE,Mehringhof - Infoveranstaltung über A-Kontra aus Prag + Solidisco

So 22.3. 15.00 Mehringhof-Versammlungsraum - Soliveranstaltung zur demokratischen Volksrevolution in Äthiopien
20.00 Speisen im EX

VOLXSPORT STATT OLYMPIA

Anti-Olympia-Stadtrundfahrt

am 28.März 92 (Samstag)
und auch
am 11.April 92 (Samstag)

Preis: 12.-

11 Uhr Abfahrt

Treff: Schlesisches Tor vor der Falkensteinstr.46

Karten gibt es an folgenden Stellen:
O-Buchladen Oranienstr. 21 1/36
Schwarze Risse Gneisenaustr.2a 1/61

SONNTAG HELL'S KITCHEN IM EX

OT QWISYN

VON ACHT BIS ELF

Mo 23.3. 10.30 Roten Rathaus "Wir fahren ab auf Berlin 2000"
19.30 LAZ,Crellestr.1/30 - Vorbereitungstreffen zu den Aktionstagen im Juni (G7,EG,500Jahre)

Mi 25.3. 20.00 Bandito Rosso,Lottumstr.10a - Video "Das Unternehmen Barbarossa, der Überfall auf die SU (Teil 1)

Do 26.3. 9.00 Gericht,Turmstr.91,Raum 571 -Mainzerstr. Verhandlung wegen "Hausfriedensbruch"
19.30 Olga Benario,Weserstr.5,1/44 - Video über iranische Frauen in Berlin "Himmel über Teheran"

Fr 27.3. 19.00 Clash,Uferstr.,1/65 - JobberInnentreffen
20.00 EX - Veranstaltung mit zwei Vertretern des American Indian Movement

SOLIDISCO

freiheit für mumia abu-jamal

REVOLUTION HAS COME
OFF THE PIGS
TIME TO PICK UP THE GUNS
OFF THE PIGS

ab 20.00 h Essen
ab 20.30 h Veranstaltung

Filme:
'Zerschlagung der Panthers' (30 min)
'Aus der Todeszelle: Hier spricht Mumia Abu-Jamal' (26 min)
Informationen:
zur aktuellen Situation vom Schwarzen Widerstand.

ab 23.00 h
R.C.C. Azlans
(Rap-Band)

Disco mit Black Liberation Sound System

Fr. 20.3. EX

Gneisenaustr. 2a 1/61 U-Bhf: Mehringdamm